Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmaack Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Gr. Münzstr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Münzstr. 3. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk monatl. 76 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die 7gespaltene Kolonelzeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Reklameteil Zeile 1 Mk. Zeitungspreisliste Seite 429

Nr. 221. Magdeburg, Mittwoch den 21. September 1910. 21. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Erster Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung.

Vorsitzender **Dietz:**

Unser Genosse Gerisch hat, seit er im Amte ist, sämtliche Parteitage besucht. Diesmal ist er durch Krankheit verhindert. Ich möchte Sie bitten, daß wir auch unsern alten, treuen Gerisch telegraphisch herzlich grüßen und ihm baldige Genesung wünschen. (Allseitige Zustimmung und lebhafter Beifall.)

Singer richtet folgendes Telegramm an den Parteitag: „Herzlichsten Dank für den mich hoch erfreuenden Beweis treukameradschaftlicher Gesinnung. Meine heißesten Wünsche begleiten die Verhandlungen des Parteitags. Sie gipfeln in der festen Zuversicht, daß seine Beschlüsse den unverbrüchlichen Willen, die Einheitlichkeit der Parteikundgebungen sowie die republikanische Gesinnung in vollem Umfang aufrechtzuerhalten, aufs neue machtvoll bekunden werden." (Lebhafter Beifall.)

Von auswärtigen Vertretern sind noch eingetroffen: Franz Fischer für die belgische Partei und Dr. Hanauer für den deutschen Arbeiterverein in Brüssel.

Die

Diskussion über Presse und Literatur

wird eröffnet.

Es wird beantragt, dem Parteivorstand die Anträge 24 und 33 zur Berücksichtigung zu überweisen.

Neukirch (Breslau):

begründet den Antrag 5: Wir haben zwar eine Reihe sehr guter Broschüren, die wir vor vielen Jahren mit wahrem Heißhunger verschlungen, an denen wir uns gebildet und emporgearbeitet haben, aber inzwischen sind Jahrzehnte vergangen. Der Antragsteller, unser Bibliothekar, sagt nicht mit Unrecht, daß unsre Broschüren äußerlich ein mehr als kümmerliches Gewand haben. An Papier, Druck und Einband lassen unsre Agitationsbroschüren sehr viel vermissen, früher auch unsre Kalender, die in den letzten Jahren allerdings äußerlich annehmbarer geworden sind. Denselben Fortschritt müssen wir jetzt auch bei den Agitationsbroschüren machen. Die manchmal geradezu raffinierte äußere Ausstattung der Schundliteratur schafft ihr wahrlich nicht zuletzt die Verbreitung. Da ist gerade angesichts der kommenden Reichstagswahl die Frage einer besseren Ausstattung unsrer Schriften aktuell.

Frau **Thiel** (Teltow-Beeskow):

Unser Antrag ist gestellt, weil eine Reihe von Lokalblättern durch Modezeitungsausgaben oder Beilagen Arbeiterabonnenten kapern. Was diese bürgerlichen Blätter können, können wir auch. Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, daß auch von uns eine Modezeitung herausgegeben wird.

Zubeil

begründet den Antrag 24. Nachdem eine Schaffung eines Abendblatts für den „Vorwärts" auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist, muß wenigstens eine Montagszeitung herausgegeben werden. Es ist beantragt worden, diesen Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen. Meist dauert es aber jahrelang, bis eine solche Berücksichtigung zur Tat geworden ist. (Pfannkuch ruft: Ich habe heute morgen das Gegenteil bewiesen!)

Woldt (Berlin):

bittet, daß der Antrag zur Berücksichtigung überwiesen wird. Solche Anträge sollten nicht ohne weiteres dem Parteitag vorgelegt werden, weil erst Vorbereitungen der Aufsichtsinstanzen vorhergehen müssen.

Körner (Ludwigshafen)

spricht für den Antrag 27. Wenn man nicht gleich eine Modezeitung gründen will, soll man wenigstens der „Gleichheit" Schnittmuster beifügen.

Frau **Zetkin:**

Ich begreife durchaus die im Kerne sichhaltigen Ausführungen, die zur Begründung der Anträge auf eine Modezeitung usw. gemacht worden sind. Ohne Zweifel sind es bürgerlich durchseuchten sogenannten unparteiischen Modeblätter, die bis zu einem gewissen Grade das Eindringen der sozialistischen Literatur in die Kreise der noch indifferenten Frauenwelt hindern. Es fragt sich aber, ob die hier vorgeschlagene Form einer Ausgestaltung der „Gleichheit" nach dieser Seite hin, die mir an sich sehr sympathisch wäre, zweckmäßig ist. Die Beilage einer besonderen Modezeitung würde die „Gleichheit" zu sehr verteuern, und die Beschränkung des Inhalts der „Gleichheit" zugunsten einer solchen Beilage könnte ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Ich würde vorschlagen, hier keinen bindenden Beschluß zu fassen, sondern die ganze Angelegenheit zu einer ausgiebigen sachlichen Prüfung und Vorberatung den in Betracht kommenden Parteiinstanzen zu überweisen.

Limbertz (Essen)

begründet den Antrag der Essener Genossen auf Herausgabe von Broschüren über alle zur parlamentarischen Verhandlung stehenden sozialpolitischen Gesetze und eines Handbuchs über die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsfinanzreform und der preußischen Wahlreform. Trotz aller Schwierigkeiten muß wenigstens das Handbuch in Angriff genommen werden. Das Zentrum war mit seinem Bericht über die Tätigkeit seiner Landtagsfraktion in der Wahlrechtsfrage viel eher zur Stelle als wir.

Ludwig (Olvenstedt)

tritt für den Antrag der Genossen von Wolmirstedt-Neuhaldensleben ein, daß in möglichst kurzer Zeit eine kurzgefaßte Broschüre über die Unterlassungen und Abstimmungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsvorlage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste herausgegeben werde. Die Führer können nicht in allen Versammlungen anwesend sein. Da ist es nützlich, wenn die Genossen sich durch kleine Broschüren informieren können, so daß sie den Gegnern entgegentreten können.

Westkamp (Düsseldorf)

begründet den Antrag, der „Neuen Welt" eine landwirtschaftliche Beilage beizulegen. Andre Blätter bringen mehr über Hauswirtschaft und Garten und hindern dadurch das Eindringen unsrer Parteipresse in ländliche Kreise. Es müßte dann aber auch dafür gesorgt werden, daß die „Neue Welt" der ganzen Parteipresse obligatorisch beigelegt wird.

Bérard (Hamburg)

bittet um Ablehnung des Antrags. Gewiß lassen sich manche Gründe des Vorredners hören. Aber die Auflage der „Neuen Welt" beträgt schon 500 000. Durch eine neue Beilage würden die Kosten sehr erheblich steigen. Viele meinen schon jetzt, daß der Preis für die „Neue Welt" zu hoch sei. Dabei hat das Blatt schon jetzt alljährlich das ganz bedeutende Defizit von 21 000 Mark, das nur darum nicht im Bericht des Vorstandes erscheint, weil das Hamburger Geschäft das Defizit deckt. Aber es wird gewiß möglich sein, der Landwirtschaft in der „Neuen Welt" mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher.

Henke (Bremen)

begründet den Antrag der Bremer Genossen, wonach einige tüchtige Sozialpolitiker geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenstellen sollen. Da ich bezweifle, daß sich eine genügende Mehrheit für die Annahme des Antrags finden wird, so beantrage ich, den Antrag zur Berücksichtigung zu überweisen in der Ueberzeugung, daß der Parteivorstand ihn auch wirklich berücksichtigen wird. Zum Antrag auf Schaffung einer landwirtschaftlichen Beilage möchte ich noch bemerken, daß wir in einigen großen Städten recht viele Leser haben, die Interesse gefunden zu Gartenbau und dergleichen ausnutzen. Tausende von Arbeitern würden als Leser und Interessenten des Blattes für Gartenbau in Betracht kommen. An sich sind diese Arbeiter vielfach für die Agitation verloren. Es wäre das beste, wenn die Arbeiter von Grund und Boden gänzlich losgerissen würden und von dieser ländlichen Arbeit überhaupt ließen. Aber, ich habe mich überzeugt, daß sehr starke Gegengründe dieses Losreißen verhindern; Vergnügen am Wechsel der Beschäftigung, Liebe zur Natur, der reelle Nutzen, den die Leute sich herausrechnen usw. Der Schaden, den diese Richtung uns zufügt, kann dadurch wieder wettgemacht werden, daß uns diese Leute durch eine ihnen zusagende Spezialzeitung wieder näher gebracht werden.

Ryssel (Leipzig):

Auf der sächsischen Landeskonferenz hat unser Landesvater Sindermann (Heiterkeit) lebhafte Klagen gegen die Schrebervereinler und Sportvereinler erhoben und sämtliche Parteigenossen haben ihm darin beigepflichtet, daß alle Arbeiter, die sich der Gartenkunst in den Schrebervereinen widmen, für die Partei verloren sind. Und nun kommt wieder dieser Antrag von Düsseldorf. Es kann doch nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, nebenbei auch noch die Gartenkultur zu betreiben. Dann kommen schließlich noch die Kanarienzüchter und die Kaninchenzüchter. Ich bitte dringend, den Antrag von Düsseldorf abzulehnen. Wir können doch nicht alle Mätzchen der bürgerlichen Presse nachahmen. Somit kommen wir schließlich auch noch zu der Zeitungsunfallversicherung. Auch die Anträge auf eine Modezeitung bitte ich abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion.

Es folgen die Schlußworte.

Pfannkuch:

Erfreulicherweise hat der Geschäftsbericht des Parteivorstandes den Genossen zur Kritik nicht Gelegenheit geboten. Der Parteitag ist also wohl mit der Geschäftsführung des Parteivorstandes im letzten Jahre einverstanden. Doch muß ich auf einige Bemerkungen eingehen, die bei der Verhandlung der Anträge gefallen sind. Genosse Westkamp (Düsseldorf) hat einen ziemlich krassen Ausdruck über die besondere polnische Organisation in Deutschland gebraucht. Die Parteileitung faßt die Sache so nicht auf. Wir haben der P. P. S. in der Verhandlung seinerzeit dieselbe Selbständigkeit zugestanden, wie sie andre Landesorganisationen haben. Sie gehört als Glied der deutschen Partei an und ihre Organisation muß sich mit der der deutschen Partei decken. Es liegt kein Anlaß zu Aenderungen vor. Es ist bis jetzt möglich gewesen, ein gutes Einvernehmen zwischen den polnischen und deutschen Genossen durchzuführen, und das wird auch in der Folgezeit möglich sein. — Die Parteikorrespondenz ist auch bisher schon an Einzelmitglieder geliefert worden; der dahingehende Antrag ist also überflüssig. — Die Parteigenossen sollten erneut darauf achten, die Anträge zum Parteitag rechtzeitig einzureichen. — Die Herabsetzung der Mitgliedsbeiträge für Invaliden ist Sache der Kreisorganisationen. — Warum die Bremer Genossen durchaus das Zentralfrauenbureau in die Räume des Parteivorstandes verlegen wollen, weiß ich wirklich nicht. Ein Mitglied des Frauenbureaus, Frau Zietz, ist auch Mitglied des Parteivorstandes, und wenn sie manchmal mit ihren Ansichten in der Minderheit bleibt, so würde sich daran auch nichts ändern, wenn das Frauenbureau statt Lindenstraße 3 Lindenstraße 69 wäre. (Heiterkeit.) Ich ersuche Sie aber im Interesse der Agitation unter den Frauen doch das Frauenbureau bestehen zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn man von einer Divergenz reden kann, so ist eine solche daraus entstanden, daß bisweilen die Agitationsansprüche der weiblichen Parteigenossen über das Maß der Gleichberechtigung hinausgegangen sind. In den meisten Fällen sind diese Ansprüche aber doch im Hinblick auf die Eigenart der Frauenagitation auch vom Vorstand als berechtigt anerkannt worden. Divergenzen haben bestanden hinsichtlich der Genossin Gewehr. Der Parteivorstand hat sich mit dem Bescheid der Kontrollkommission nicht einverstanden erklärt, und auf Grund seiner gründlichen Untersuchung sein Urteil über die Genossin Gewehr aufrechterhalten. Da die Kontrollkommission aber trotz abweichender Beurteilung der Genossin Gewehr unsern Beschluß aufrechterhält, so würden wir gegen ihre Entscheidung keine Berufung einlegen. Wir halten die Sache nicht für wichtig genug, um sie zur weiteren Erörterung vor die Parteiinstanzen zu bringen. Wir sind mit einem Mitglied der Kontrollkommission darin einverstanden, daß schon vielzuviel Zeit auf die Sache verwandt worden ist. Namens des Parteivorstandes danke ich Ihnen, daß Sie Ihr Einverständnis mit seiner Tätigkeit bekundet haben. (Beifall.)

Ebert:

Ich möchte mich namentlich gegen die Anträge auf Verlegung des Geschäftsjahres wenden. Nach eingehenden Konferenzen mit erprobten Praktikern, Parteisekretären usw., sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Organisationen wohl in der Lage sind, so rechtzeitig die Berichte an den Parteivorstand zu liefern, wie es das Statut verlangt. Die Berichterstattung der Wahlkreisorganisationen ist von Jahr zu Jahr besser, gewissenhafter und prompter geworden, und im letzten Jahre ist sie im großen und ganzen einwandfrei gewesen. Alle Genossen in der Verwaltung werden mir entgegen Dittmanns Ausführungen bestätigen, daß durchschnittlich die Organisationen den Durchschnitt des zweiten Quartals ihrer Berichterstattung zugrunde legen. Es ist auch bezeichnend, daß sich gegen Dittmann gerade die Genossen Ryssel und Treu gewandt haben, die Sekretäre von zwei der größten Wahlkreisorganisationen. Dittmann sagt nun, bei den Durchschnittskreisen stimme es nicht. Das ist unrichtig. Ich kann nachweisen, daß gerade Bezirke mit Durchschnittswahlkreisen geradezu mustergültig waren.

Auch die Behauptung Dittmanns muß ich zurückweisen, daß unser Bericht zu spät erscheine, als daß die Genossen noch dazu Stellung nehmen könnten. Unser Bericht erscheint sieben Wochen vor dem Parteitag und zum Anfang August unter allen Umständen durch die Presse den Genossen übermittelt werden. Die Delegierten mindestens haben wahrlich ausreichend Zeit, das Material gründlich zu prüfen und die Interessen ihrer Wahlkreise geltend zu machen. Gegen die Verlegung spricht ferner, daß Ende März und Anfang April unsre Organisationen in angestrengtester Agitationsarbeit sich befinden. Die Parlamente tagen um diese Zeit und die Parteileitung ist durch die parlamentarische Agitation durchweg stark in Anspruch genommen. Dann nehmen wir wirklich besser die parlamentsfreien Sommermonate. Dittmann selbst bezeichnet ja die Angelegenheit nicht als so dringend. Lassen wir uns also Zeit. Kommen wir zur Revision, dann werden alle Wünsche geprüft werden. Ich bitte also um Ablehnung der betreffenden Anträge.

Noch einige Worte zu den Anträgen zur Presse. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß die Anträge den Instanzen zur Prüfung überwiesen werden. Nun möchte ich zu einigen Anträgen einige Worte sagen und einen von der Ueberweisung ausgeschlossen haben. Mehrere Anträge verlangen die Herausgabe von besonderen Agitationsschriften und Handbüchern. Solche Broschüren und Handbücher werden heute schon herausgegeben und den Organisationen zu möglichst billigem Preise angeboten. Das Handbuch über die Reichsfinanzreform, eine sehr wertvolle Arbeit, ist bereits erschienen, das Handbuch über die Wahlrechtsfrage ist den Delegierten heute übergeben worden, das Handbuch über die Reichsversicherungsordnung in in Arbeit. Also der Parteivorstand tut schon heute nach dieser Richtung was nötig ist. Abzulehnen bitte ich den Antrag auf eine landwirtschaftliche Beilage zur „Neuen Welt". Eine solche Beilage würde gar nicht zum literarischen Charakter der „Neuen Welt" passen und würde ihr Budget so belasten, daß ihr Bestand überhaupt in Frage gestellt würde. Dem Genossen Zubeil gegenüber bemerke ich, daß der Parteivorstand selbstverständlich alle Anträge sorgfältig und objektiv prüft. (Beifall.)

Kaden:

Da Genosse Pfannkuch näher auf den Fall Gewehr eingegangen ist, muß ich ebenfalls dazu sprechen. Wir haben alle Akten des Falles einer genauen Prüfung unterzogen, selbstverständlich auch den Bericht des Parteivorstandes an die Kontrollkommission. In der letzten Sitzung hat die Kontrollkommission dazu erklärt: Nach längerer Diskussion beschließt die Kontrollkommission, dem Parteivorstand mitzuteilen, daß sie auch nach Kenntnisnahme des zweiten Briefes keine Veranlassung hat, von ihrer Beurteilung des Falles abzugehen. Der Parteivorstand hat sich diesem Beschluß gefügt und die Kontrollkommission hat sich, da die Sache schon längst erledigt war, ebenfalls damit abgefunden. Ich glaubte, in meinem Referat über diese kleine Differenz zwischen Parteivorstand und Kontrollkommission schweigen zu können und bedaure, daß Pfannkuch diese Sache angeschnitten hat.

Damit sind die Schlußworte erledigt

Genossin **Gewehr**

gibt folgende persönliche Erklärung zu Protokoll: Angesichts der unerwarteten Aeußerung des Genossen Pfannkuch sehe ich mich verpflichtet, zu erklären: 1. Es scheint mir sehr befremdlich, daß der Referent des Parteivorstandes Aeußerungen, die für die persönliche Ehre einer Genossin und Delegiertin so schwer kränkend sind, im Schlußwort in einer Form vorbringt, der gegenüber der Angegriffene völlig wehrlos ist. 2. Genosse Pfannkuch hat erklärt, der Parteivorstand habe von einer Berufung gegen die Entscheidung der Kontrollkommission abgesehen, weil die Angelegenheit ihm nicht wichtig genug erschien. Demgegenüber muß ich bemerken, daß die Ehre einer Genossin, wenn sie auch nur ein bescheidener Soldat aus der großen Armee der Partei ist, durchaus keine so gering zu schätzende Sache ist. Auch ich konnte von der Entscheidung der Kontrollkommission an den Parteitag appellieren, habe jedoch davon abgesehen, um die höchste Instanz der Partei nicht mit unerquicklichen Angelegenheiten persönlichen Charakters zu behelligen. Auch hatte mir die Kontrollkommission

in moralischer Hinsicht vollkommene Genugtuung gewährt. Ich muß daher den Angriff des Genossen Pfannkuch zurückweisen, der mich dafür straft, daß ich meine persönlichen Interessen hinter Parteirücksichten zurückgestellt habe.

Pfannkuch:

Mir ist es nicht im Traum eingefallen, die persönliche Ehre der Genossin Gewehr anzutasten. Ich habe nur den schriftlichen Verkehr der Kontrollkommission in dieser Sache, so weit es dem Parteivorstand nützlich und notwendig erschien, klargestellt. Genau wie die Genossin Gewehr hat der Parteivorstand an die Darlegungen des Genossen Kaden nicht das geringste mehr anzufügen. Auch wir sind damit befriedigt.

Die Abstimmung.

Die Anträge 6, 8, 16 und 18[1]) werden dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Der Antrag auf Ueberweisung der Angelegenheit Geck-Süßkind an die Beschwerdekommission wird vom Vorsitzenden Dietz als angenommen erklärt. (Rufe: Gegenprobe!)

Vorsitzender Dietz: Da das Bureau einig über die Annahme ist, können wir eine Gegenprobe nicht vornehmen. (Unruhe.)

Der Antrag 83 wird dem Parteivorstand überwiesen. Ebenso die Anträge zu Presse und Literatur 24, 25, 26, 32, 33, 4, 5[2]), während 27, 29, 30 und 34[3]) abgelehnt werden.

---

[1]) 6. Höchst: Der Parteitag gibt den Wahlkreisen das Recht, statutarische Bestimmungen dahin zu treffen, daß Parteimitgliedern, welche auf Grund der Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes als dauernd invalid anerkannt sind, für die Dauer der Invalidität die Möglichkeit gegeben wird, durch einen geringen Beitrag, von welchem Prozente nicht an die Zentralkasse abzuführen sind, ihre Parteimitgliedschaft zu erhalten.

8. Barmen: Zur Herbeiführung einer größern Einheitlichkeit in der Aktion und zur Vermeidung von Divergenzen ist das Zentralfrauenbureau mit dem Bureau des Parteivorstandes zu vereinigen.

16. Solingen: Die Generalversammlung bedauert, daß die Bestimmungen des Organisationsstatuts über das Geschäftsjahr dem Parteivorstand nicht gestatten, den Geschäftsbericht der Partei zeitig genug zu veröffentlichen, um den Organisationen die Möglichkeit zu geben, sich bei ihrer Stellungnahme zum Parteitag bereits damit zu befassen und so eine sichere Grundlage zu gewinnen für die Beurteilung und eine etwaige Kritik an der Tätigkeit der Gesamtpartei. Die Generalversammlung bittet den Magdeburger Parteitag, sich diesem Bedauern anzuschließen und den Parteivorstand zu ersuchen, bei der nächsten Revision des Organisationsstatuts auf eine Abstellung dieses Uebelstandes bedacht zu sein.

18. Köln, Stadt und Land: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird ersucht, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften zu dem Zweck in Verbindung zu setzen, um zu erörtern, ob es nicht angebracht ist, in Zukunft die Jugendausschüsse zu gleichen Teilen aus Erwachsenen und Vertretern der freien Jugend zusammenzusetzen.

[2]) 83. Wahlkreiskonferenz des 1. und 2. pfälzischen Wahlkreises Neustadt-Landau: Die Parteikorrespondenz möge nicht wie bisher nur den rednerisch tätigen Parteigenossen zugestellt werden, sondern in je einem Exemplar auch den sozialdemokratischen Ortsvereinen.

23. Teltow-Beeskow: Der Parteivorstand und die Preßkommission des „Vorwärts" mögen die Herausgabe eines Montagsblatts in die Wege leiten.

25. Teltow-Beeskow: Der Parteitag möge die Herausgabe einer eignen Rodezeitung beschließen.

26. Niederbarnim: Der Parteitag möge sich mit der Frage der Schaffung einer Modenzeitung als Beilage zur „Gleichheit" befassen. Dieselbe soll den Anforderungen der Arbeiterfamilien entsprechen und ihre Einführung eine fakultative sein.

32. Mülhausen: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Den Parteivorstand zu ersuchen, über alle sozialpolitischen Gesetze, die im Reichstag verhandelt werden, Broschüren herauszugeben, und hierin die Stellung der Sozialdemokratie besonders hervorzuheben. Die Broschüren sollen in Massen vertrieben werden.

2. Den Parteivorstand zu ersuchen, ein Handbuch herauszugeben, welches in Kürze die Stellungnahme aller Parteien zu den Sozialgesetzen, der Reichsfinanzreform und der preußischen Wahlreform klargelegt. Ebenso müßte das „Büchlein" alle Abstimmungen der Parteien mit kurzem Kommentar enthalten.

33. Krefeld: Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, alljährlich eine Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, in welcher die krassen Klassenjustizurteile in Spalten nebeneinander zum Vergleich gezogen werden.

4. Bremen: Der Parteitag wolle beschließen, einige tüchtige Sozialpolitiker zu beauftragen, geeignetes Agitationsmaterial für die nächsten Reichstagswahlen zusammenzustellen, worin alle Fragen, die voraussichtlich im Wahlkampf zur Sprache kommen, gemeinverständlich in unserm Sinne zu beantworten sind. Zum Beispiel die Finanz- und Steuerpolitik, der Militarismus, die Teuerung, Ringe und die Agrarpolitik, die Arbeiterversicherungsgesetze u. a. m. Dieses Material in sämtlichen Parteiblättern zum Selbstkostenpreis abzugeben, welche es in ihren Spalten mit dem Hinweis veröffentlichen, daß sich jeder intelligente Genosse dieses Stoff aufbewahre, um eventuell in den Wahlkampf eingreifen zu können.

5. Breslau und Breslau-Land: Zur Vertiefung und Erweiterung unsrer Agitation soll durch Preisausschreiben des deutschen Parteivorstandes ein durch Massenverbreitung sehr billiges Schriftchen geschaffen werden, welches auf Kosten der einzelnen Wahlvereine jedem bisherigen und jedem neueintretenden Mitglied gratis zu geben ist und an das folgende Bedingungen geknüpft werden:

1. Titel: Warum mußt du Sozialdemokrat sein?

2. Inhalt: Eine kurze einfache Darlegung der sozialdemokratischen Grundgedanken, Ausführen und Erfolge in besonders volkstümlicher, zu Herzen gehender und frappierender Sprache.

3. Umfang: Höchstens 16 Druckseiten in Oktav.

4. Papier: Stark, anständig und haltbar.

5. Druck: Besonders groß und klar.

6. Einband: Fest und dauerhaft, empfiehlt, mit einer anmutenden bildlichen Darstellung von Arbeit und Freiheit.

Die Schrift ist, wenn möglich, so zeitig herzustellen, daß sie noch für die kommenden Reichstagswahlen wirken kann.

[3]) 27. Ludwigshafen: Der Frauenzeitschrift „Gleichheit" sind Schnittmusterbogen mit Erläuterungen beizufügen.

29. Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Der „Neuen Welt" ist eine Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft beizulegen, und zwar monatlich mindestens einmal.

30. Niederbarnim, Genosse Sonnenschein: Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die „Neue Zeit" erscheint vom nächsten Jahrgang ab in einer dem Titel, dem Inhalt und dem modernen Kunstempfinden entsprechenden Ausstattung.

2. Der internationalen Bedeutung der „Neuen Zeit" entsprechend und um die Lektüre auch den ausländischen Genossen, die der deutschen Sprache wohl mächtig sind, denen aber die deutschen (gotischen) Schriftzeichen Schwierigkeiten bereiten, zu erleichtern, hat der Schriftsatz in lateinischen Lettern zu erfolgen.

34. Wolmirstedt-Neuhaldensleben: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wolle in möglichst kurzer Zeit eine kurzgefaßte Broschüre herausgeben, worin die Unterlassungen und Abstimmungen der verschiedenen bürgerlichen Parteien bei der Wahlrechtsvorlage, der Finanzreform und der Erhöhung der Zivilliste angegeben sind.

Debattelos wird auf Antrag des Vorsitzenden Dietz dem Vorstand Decharge erteilt und Parteivorstand und Kontrollkommission der Dank für ihre mühevolle Arbeit ausgesprochen.

Vorsitzender Dietz:

Es wäre jetzt die badische Budgetbewilligung zu behandeln. Da aber unser Genosse Bebel noch nicht wieder so frisch ist, wie es seinerseits und von seiten aller Genossen zu wünschen wäre, hat er gebeten, diesen Punkt auf morgen früh zu verschieben. Ich schlage also vor, jetzt den Punkt 7, Maifeier, zu behandeln.

Der Antrag wird widerspruchslos angenommen.

Die Maifeier.

Berichterstatter Parteisekretär

Müller:

Auf jedem Parteitag haben wir uns mit der Frage der Maifeier beschäftigt. Bei allen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen waren wir im Grunde einig, daß die Maifeier an Ausdehnung gewinnen muß, und daß besonders ihre würdigste Form, die Arbeitsruhe, Zunahme finden müßte. Die diesjährige Maifeier hat eine ganz außerordentliche Beteiligung gefunden. In erster Linie wurde sie durch die politische Situation gefördert, stand sie doch im Zeichen der Wahlrechtskämpfe. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteivorstand hat noch einen besondern Aufruf herausgegeben, in welchem er die Organisationen auch in Süddeutschland aufforderte, durch eine imposante Wahlrechtsmaifeier die preußischen Genossen zu unterstützen. Aber darüber wollen wir uns nicht täuschen, daß außerdem noch für die besondere Ausdehnung der diesjährigen Maifeier maßgebend war, daß der 1. Mai auf einen Sonntag fiel. (Sehr richtig!) Dadurch wurde die Teilnahme den Schichten des Proletariats ermöglicht, die in andern Jahren nicht dazu in der Lage sind. So ließen sich denn wieder jene Stimmen vernehmen, die überhaupt die Maifeier am ersten Sonntag im Mai vorgenommen sehen möchten. Aber soweit man die Presse und die Aeußerungen der Organisationen verfolgen kann, haben diese Wünsche sehr wenig Anklang gefunden. In der Zeit der großen aktuellen Demonstrationen besteht in weitesten Kreisen der Partei keine Neigung, die Maifeier zu ändern. Auch der Wunsch, daß der internationale Kongreß in Kopenhagen eine Aenderung in bezug auf die Maifeier herbeiführen könnte, hat kein Echo gefunden. Ich habe das schon im vorigen Jahre vorausgesagt. Auf den internationalen Kongressen ist keine Neigung vorhanden, die Arbeitsruhe abzuschaffen. Die Art und Weise der Maifeier hängt immer ab von den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder und der Schwerpunkt der Maifeier ist deshalb in die Organisationen des einzelnen Landes zu legen. Wir haben nun die Aufgabe, alles zu tun, daß auch im nächsten Jahre eine würdige Maifeier zustande kommt. Die politische Situation ist der Maifeier auch im nächsten Jahre günstig. Der preußische Wahlrechtskampf ist nicht abgeschlossen. Die Wahlrechtsvorlage wurde Bethmann-Hollweg zerrissen zurückgegeben. Wir gehen im nächsten Jahre den Reichstagswahlen entgegen.

Wir haben uns im vorigen Jahre eingehend mit der Frage der Unterstützung der nach der Maifeier Ausgesperrten beschäftigt, um dafür zu sorgen, daß auch diese Frage, die so lange eine Rolle in den Maifeierdebatten gespielt hat, gelöst wird. Wir sind zu einer Einigung gekommen, auf die ich nur kurz eingehen will. Es sollten zusammenhängende Wirtschaftsgebiete gebildet werden, die über die Maifeierfonds Vereinbarungen treffen sollten. Die Zuteilung der einzelnen Orte an diese Bezirke soll nur mit ihrer Einwilligung erfolgen. In 13 Bezirken ist eine Einigung erfolgt, in 5 Bezirken schweben noch die ziemlich weit fortgeschrittenen Verhandlungen, aus 30 Bezirken, unter denen sich allerdings eine Reihe kleinerer befinden, haben wir noch keinen Bescheid. Aber überall muß jetzt sehr bald darangegangen werden, die Vorbereitungen zu Ende zu führen, damit der 1. Mai des nächsten Jahres uns nicht unvorbereitet findet. Bereits im Januar pflegen ja die Ausschüsse zusammenzutreten und die Vorbereitungen treffen, die wirtschaftliche Konjunktur wird ja wahrscheinlich das nächste Mal eine bessere sein.

Vor allem kommt auch das sozialpolitische Moment in Betracht. Bekanntlich war ursprünglich die Maifeier als Propaganda für unsre sozialen Ziele gedacht. Im letzten Dezennium ist nun auf dem Gebiete der Sozialpolitik so wenig geleistet wie noch in keinem Dezennium, obwohl doch Bülow nach den Mandatsverlusten der Sozialdemokratie im Jahre 1907 gesagt hat, daß jetzt erst recht Sozialpolitik getrieben werden solle. Wenn wir alle diese agitatorischen Momente in den Vordergrund stellen, so werden wir unzweifelhaft im nächsten Jahre eine kraftvolle Maifeier begehen können. (Lebhaftes Bravo!)

In der Diskussion meldet sich niemand zum Wort.

Vorsitzender Dietz:

Wir kommen dann zur Abstimmung. (Berichterstatter Müller meldet sich zum Wort.) Wollen Sie noch ein Korreferat halten? (Große Heiterkeit.)

Müller

bittet in seinem Schlußwort um Ablehnung aller Anträge. Da im nächsten Jahre die Probe auf die neue Vereinbarung zu machen ist, hat es jetzt absolut keinen Zweck daran etwas zu ändern.

Vorsitzender Dietz:

Der Berichterstatter beantragt Ablehnung aller Anträge en bloc. Das ist nur möglich, wenn niemand widerspricht. (Niemand hat widersprochen.) Dann kommen wir zur

Einzelabstimmung.

Der Antrag Nürnberg, daß der 1. Mai nur durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll, wird mit 154 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Einige weitere Anträge werden in einfacher Abstimmung abgelehnt. Angenommen wird der Antrag des 1. pfälzischen Wahlkreises, der den Parteivorstand mit intensiverer Propagierung der Maifeier beauftragt und ihn außerdem, während der Monate April ein Flugblatt herausgeben, das die Bedeutung der Maifeier für das Proletariat darlegt.

Der internationale Kongreß in Kopenhagen.

Es folgt nunmehr die Verhandlung über Punkt 8, Internationaler Kongreß in Kopenhagen. An Stelle Singers referiert darüber

Richard Fischer (Berlin):

Bei der ausführlichen Berichterstattung unsrer deutschen Presse über den Kongreß in Kopenhagen kann ich hier einer eingehenden Berichterstattung überheben, zumal auf diesem Kongreß die Meinungen der Genossen verschiedener Länder weniger als je auseinandergingen. Die Gegner freilich meinen, daß der Kopenhagener Kongreß weniger bedeutungsvoll für die Geschichte der internationalen modernen Arbeiterbewegung war als seine Vorgänger. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die deutsche bürgerliche Presse unserm Siegeslauf gegenüber bestrebt ist, Vogel-Strauß-Politik zu treiben. In völliger Uebereinstimmung mit dem Aufsehen des philosophischen Kaiserlichen in der Wilhelmstraße (Bethmann), hat das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau über die Verhandlungen möglichst wenig berichtet. (Hört, hört!) Aber gerade dieser Versuch des Totschweigens stand-stellens der bürgerlichen Presse erhöht die Bedeutung des Kopenhagener Kongresses. Für seine Bedeutung spricht auch, daß die höchste Zahl aller Delegierten der bisherigen Kongresse aufgewiesen hat, nämlich 897. Vielleicht war allerdings diese Zahl ein Beweis dafür, daß des Guten etwas zuviel getan ist. Mit Ausnahme der drei Länder der brutalsten Verfolgung, Finnland, Rußland und Argentinien, ist in allen Ländern ein erfolgreiches Vordringen der sozialistischen Bewegung zu konstatieren.

Acht Millionen klassenbewußter Arbeiter

aus 33 Nationen hatten in Kopenhagen ihre Vertretung. Obwohl Dänemark ein kleinbürgerliches und kleinbäuerliches Land ist, dürfen wir seine Arbeiterbevölkerung als geradezu vorbildlich hinstellen für die Internationale. Dänemark hat 100 000 sozialdemokratische Wähler, 23 sozialdemokratische Abgeordnete, 120 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, 120 000 Leser der 33 verschiedenen Tageszeitungen, also genau so viel Leser wie organisierte Arbeiter. (Beifall.) Das müssen wir unsern dänischen Genossen nachmachen. Das zu erreichen muß unser Stolz sein, weil das zugleich auch unsre Pflicht ist. (Lebhafter Beifall.) Und so wie in Dänemark, so ist es in Kopenhagen mit seinen zwei sozialdemokratischen Bürgermeistern, mit seinen noch zur Hälfte sozialdemokratischen Stadtverordneten. Und alle diese Erfolge sind nicht etwa die Folge einer besondern politischen Konstellation, sondern die Frucht jahrelanger ernster Arbeit, des Zusammenwirkens politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Bewegung. (Lebhafter Beifall.) Tiefere Meinungsverschiedenheiten sind auf dem Kongreß nicht zutage getreten, wenn auch nicht alle Punkte so erledigt worden sind, wie einzelne Personen es wohl wünschten. Das liegt nun einmal im Wesen der internationalen Kongresse. Wir werden immer mehr gezwungen, auf den internationalen Kongressen der geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der einzelnen Länder Rechnung zu tragen. Aber überall ist der in seinem Wesen revolutionäre Geist des Proletariats in den einheitlichen Beschlüssen der Internationale zum Ausdruck gekommen.

So sind wir zum Beispiel trotz aller Verschiedenheit der Voraussetzungen zu einem einheitlichen Beschluß über das Genossenschaftswesen gekommen. Der Beschluß über die Genossenschaften dokumentiert einen wesentlichen Fortschritt in der Auffassung. Wohl sind die Genossenschaften nicht das Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, aber sie sind eine wirksame Waffe im Kampfe der Arbeiterklasse zu ihrer Befreiung, und daher ist es die Pflicht der klassenbewußten Arbeiter aller Länder, durch ihren Eintritt die Genossenschaften zu solchen Waffen umzuwandeln. So hat der Kopenhagener Kongreß die immer innigere und einheitlichere Verbindung der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung beschlossen.

Einen wesentlichen Fortschritt hat der Kongreß auch durch seinen Beschluß über die Gewerkschaftsfrage herbeigeführt. Bekanntlich beriefen sich sowohl die Reichskommission der österreichischen Gewerkschaften wie die Tschechen auf die Beschlüsse in Stuttgart. Es ist auch unzweifelhaft, daß der Stuttgarter Kongreß, als er die Einheitlichkeit von Partei und Gewerkschaft in den einzelnen Nationen beschloß, die Staaten als Zusammenfassung der unter gleichen wirtschaftlichen und politischen Grundbedingungen lebenden Völker gemeint hat. Vergegenwärtigen wir uns nun doch die ungeheuren Konsequenzen der tschechischen Auffassung. Da es in Nordamerika vielleicht 30 bis 40 verschiedene Nationen gibt, so müßte man nach dieser Auffassung doch ebenso viele Gewerkschaften haben, und da die Sprachgebiete nicht räumlich getrennt sind, könnte leicht der Fall eintreten, daß in jeder Fabrik drei bis vier und noch mehr verschiedene Organisationen desselben Berufs vertreten sind. Die Tschechen haben sich keineswegs mit tschechischen Gewerkschaften im tschechischen Sprachgebiet begnügt, sondern überall im ganzen Reiche, wohin tschechische Arbeiter wandern, ihre Gewerkschaften errichtet. (Hört, hört!) Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn hier in Deutschland dänische, wendische, polnische, kassubische und masurische Gewerkschaften begründet würden. (Heiterkeit.) Nun ist ja den Tschechen zuzugestehen, daß sie glauben, tschechische Gewerkschaften für die finanzielle Unterstützung der Partei und für den Kampf gegen die politische Mißleitung der Arbeiterschaft nötig zu haben. Aber für die Internationale waren diese Gründe nicht vorhanden. Die Internationale mußte diese Gründe als schädlich abweisen, und die Abweisung ist auch erfolgt, jedoch ist das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften beauftragt worden, das möglichste für die Beseitigung des Zwiespalts in der österreichischen Arbeiterbewegung zu tun.

Auch die Frage der internationalen Solidarität hat in Kopenhagen zu gewissen Differenzen geführt. Die Franzosen und Engländer sind wohl für weittragende Resolutionen zu haben, aber nicht für die praktische Verwirklichung und Durchführung. Bei der großen dänischen und der großen schwedischen Aussperrung haben die Deutschen, die Oesterreicher und die Schweizer nach Kräften geholfen; wo aber die Hilfe ausblieb, das war in Frankreich und in England. England versagte in dem Augenblick, wo seine großen reichen Gewerkschaften für den gewerkschaftlichen Gedanken materielle Opfer bringen sollten. Bei Frankreich war es genau dasselbe. In Kopenhagen ist den Engländern rundheraus gesagt worden, daß es so nicht weitergeht. Die Engländer sprachen zu ihrer Entschuldigung von dem Durchgangsstadium zum Sozialismus, in welchem sich ihre Gewerkschaften befinden. Ich möchte das hoffen, aber dieselbe Rede hören wir schon seit 20 oder 25 Jahren. Zum Teil von den Gewerkschaftlern, zum Teil von Leuten, die da glauben, über das Streben der englischen Gewerkschaften genau unterrichtet zu sein. Stichhaltiger ist der Einwand der Engländer, daß sie nicht über eine Tagespresse wie die deutsche verfügen. Das sollte aber um so mehr ein Ansporn für die Engländer sein, sich genau wie die Deutschen eine Tagespresse zur Durchführung ihrer Anschauungen anzuschaffen. Die Satzungen der englischen Gewerkschaften sind zurzeit noch so beschaffen, daß es den Abgesandten der schwedischen Ausgesperrten unmöglich war, auf dem englischen Gewerkschaftskongreß zu ihren englischen Brüdern zu sprechen. (Hört, hört!) So geht es nicht weiter, und es war angebracht, den Engländern die Wahrheit zu sagen.

Die Frage der Stellung zum Militarismus und zum Kriege ist in Stuttgart grundsätzlich entschieden worden. Wieder wollten einzelne Nationen, wie England und Frankreich, bestimmte Mittel vom Kongreß beschlossen wissen, die beim Ausbruch eines Krieges anzuwenden seien, wie Generalstreik oder Streik in den Industrien, die das Kriegsmaterial liefern und transportieren. Deutschland, Oesterreich und Italien erklärten rundheraus, daß dieser Weg für sie nicht gangbar wäre. Es fehlt schon — von allem andern abgesehen — die eine Vorbedingung der Gleichartigkeit der Zustände und Verhältnisse. In Deutschland und zum Teil auch in Oesterreich und in Frankreich haben wir Staatsbahnen und andre Staatsbetriebe, die es heute den Arbeitern nahezu unmöglich machen, sich öffentlich den Gewerkschaften anzuschließen. Wie kann man da an die Verhältnisse in Deutschland denselben Maßstab anlegen wie an Länder mit Privatbetrieben? Die offene Agitations- und Organisationsmöglichkeit ist aber doch die Voraussetzung, wenn in einem solchen Falle die Stimme der Arbeiter überhaupt gehört werden soll. (Sehr richtig!) Von den politischen Voraussetzungen spreche ich hierbei nicht. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wo immer sich Gelegenheit bot, ihre Pflicht erfüllt in Protesten, und vielleicht hat schon die bloße Existenz des zielbewußten fest geschlossenen deutschen Proletariats in einer ganzen Reihe von Fällen die Regierung von einem Krieg abgehalten, weil sie nicht wußten, was nach dem Kriege kommen könnte. (Sehr richtig!) Daher konnte der Kongreß die Resolution Keir Hardie nicht in dem Sinne annehmen, daß er allen Nationen eine allgemeine Verpflichtung auferlegt. Um aber die Möglichkeit zu haben, auch in dieser Frage einen einheitlichen Beschluß herbeizuführen, hat man die Resolution dem Internationalen Bureau zum Studium überwiesen. Dieser Weg ist für die internationalen Kongresse notwendig. Sie können nur allgemeine Richtschnuren annehmen. Mehrheitsbeschlüsse können nicht gefaßt werden, weil der internationale Kongreß keine Möglichkeit hat, seine Beschlüsse gegen das Widerstreben seiner Minderheit zur Durchführung zu bringen. Daher sind Beschlüsse unvermeidlich, die manchem nicht weit genug gehen und wohl auch nicht genügend klar erscheinen.

Der internationale Kongreß ist die Stelle, von der die Verfolgten und Unterdrückten aller Länder Rettung, Hoffnung, Sympathie und Hilfe erwarten. Er hat denn der Kongreß von Kopenhagen einheitlich Sympathiekundgebungen beschließen können gegen die Verfolgungen und Unterdrückungen in Japan, Persien, Argentinien, Finnland, Spanien zugunsten des Asylrechts und zur Verdammung der Todesstrafe, dieses gesetzlichen Mordes. Dabei können wir auf einen hübschen Gegensatz hinweisen. Während sich in Kopenhagen das Proletariat der ganzen Welt einmütig gegen dies Ueberbleibsel aus der Barbarei erklärte, beschlossen in Danzig die erleuchtetsten Geister der deutschen Juristenwelt die Weiterexistenz der Todesstrafe. (Hört, hört!) Sie gingen sogar noch weiter. Unter Führung des inzwischen zum Senatspräsidenten am Reichsgericht emporgestiegenen Olshausen, desselben Olshausen, der vor einigen Jahren unsern Genossen Liebknecht wegen ehrloser Gesinnung mit Zuchthaus bestrafen wollte, wurde eine Propaganda für die Ausdehnung der Todesstrafe auf alle Verbrechen des sogenannten Hochverrats eingeleitet. (Hört, hört!) Alle Zweifel daran, daß unsre ganze Justiz in Deutschland heute nichts andres ist als ein Werkzeug des Klassenstaats, hat die erleuchtete Versammlung der Juristen in Danzig beseitigt. Der Hochverrat soll mit dem Tode bestraft werden. Natürlich nur, wenn er nicht erfolgreich war. Wenn er erfolgreich war, wie seinerzeit gegen den König von Hannover, wird er gewöhnlich noch mit Dotationen für den Urheber des Hochverrats von oben belohnt. (Sehr gut!)

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen des internationalen Kongresses in Kopenhagen können wir zufrieden sein. Anders ist die Frage, ob der Apparat in der bisherigen Weise weiter funktionieren kann. Bei 900 bis 1000 Delegierten in vielsprachiger Zusammensetzung kann von einem Verhandeln und von einer Klärung der Meinungsverschiedenheiten keine Rede mehr sein. Die Hälfte ist mehr als ausreichend. (Sehr richtig!) Auch müssen die Gegenstände der Tagesordnung besser vorbereitet sein. Hier ist nicht der Ort, Vorschläge zur Aenderung zu machen. Der Parteivorstand muß sich mit den Parteileitungen der andern Länder in Verbindung setzen, um Mittel und Wege zur Aenderung ausfindig zu machen. (Zustimmung.) Dadurch machen wir die internationalen Kongresse verhandlungsfähiger und erhöhen auch, wie es unser aller Wunsch ist, ihre Bedeutung. (Lebhafter Beifall.)

Peus (Dessau):

Der Kongreß war nicht verhandlungsfähig, einmal wegen der zu großen Zahl edr Delegierten, dann aber auch wegen der Vielsprachigkeit. (Ahal und Lachen.) Obwohl ich erwarten durfte, daß diese Worte mit Gelächter aufgenommen werden würden, will ich doch die Gelegenheit ergreifen, die Aufmerksamkeit des Parteitags darauf zu lenken, daß es heute schon ein Mitel gibt, internationale Kongresse verhandlungsfähiger zu gestalten. Ich bitte Sie deshalb, schenken Sie dieser speziell für die Sozialdemokratie höchst wichtigen Angelegenheit etwas ernste Aufmerksamkeit. (Heiterkeit.) Ihr Spott beweist nur Ihre ungenügende Information. Wenn Sie sich nächsten Mittwoch darüber unterhalten wollen, ich biete Ihnen dazu Gelegenheit. (Zuruf: Ido!) Ja, Ido. (Heiterkeit.)

Damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erschöpft.

Auf Vorschlag des

Vorsitzenden

soll jetzt der Antrag betreffend die taktischen Differenzen über die Steuerfrage in der Elsaß-lothringischen Parteiorganisation zur Verhandlung kommen. Hierzu liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, den Antrag 77 auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen.

Emmel (Mülhausen)

bittet, dem nicht begründeten Geschäftsordnungsantrag nicht stattzugeben, sondern den Antrag 77 über die Differenzen in der Steuerfrage jetzt zu verhandeln.

Mauerer (München)

(zur Geschäftsordnung): Solche plötzlich hereingeworfenen Fragen dürfen nicht flüchtig behandelt werden. Es handelt sich um eine sehr komplizierte Frage. Befassen wir uns heute damit, so kommt kein gründlich durchgesprochener Beschluß zustande. Daher bitten wir um Annahme unsres Geschäftsordnungsantrags, hinter dem doch wirklich keine versteckte Absicht zu wittern ist.

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen. Der Antrag 77, der es tadelt, daß Sozialdemokraten für Beibehaltung des städtischen Oktrois stimmen, kommt also nicht zur Verhandlung.

Mandatsprüfungen.

Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Fischer (Hannover):

Es sind 380 Teilnehmer anwesend, darunter 315 Delegierte. 18 Genossinnen, 30 Reichstagsabgeordnete, 6 Mitglieder der Parteileitung, 9 Mitglieder der Kontrollkommission, ferner der Geschäftsführer von Auer u. Ko. (Hamburg) und ein Vertreter des „Vorwärts". Einige Proteste sind eingelaufen. Beim Protest gegen die Genossen Hänisch und Schöbel handelt es sich nur um kleinliche Bemängelungen. Ferner sind Proteste eingelaufen gegen die Mandate des Genossen Willi Grütz und der Genossin Rosa Luxemburg, die vom Wahlkreis Lennep-Mettmann gewählt sind. Der Protest rügt, daß bei der Wahl der beiden Delegierten nicht gemäß dem dortigen Kreisstatut verfahren wurde, sondern, daß sie auf der Kreisgeneralversammlung in Vorschlag gebracht wurden, während nach dem Statut diese Vorschläge erst den einzelnen Mitgliedschaften zur Begutachtung zu unterbreiten gewesen wären. Wir haben keine andre Auffassung gewinnen können, als daß nicht nach dem Statut verfahren wurde. Die Beschwerde erklärt ausdrücklich, daß sie sich nicht gegen die Personen, sondern dagegen wendet, daß nicht nach dem Statut verfahren wurde. Man braucht kein Statut, wenn man einfach über die Bestimmungen hinweggehen will. Deswegen hat die Kommission dem Parteitag die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate vorgeschlagen.

In der Beschwerde wird weiter gesagt, daß Genosse Gewehr auf der Konferenz erklärt habe, Genossin Luxemburg habe ihm geschrieben, sie kriege kein Mandat in ihrem Wohnort. (Zuruf: Das ist nicht wahr!) Wir haben auch Genossen aus dem Kreis um Aufschluß ersucht. Sie haben uns gesagt, es sei schon jahrelang so gehalten worden wie diesmal, aber Statuten werden doch gemacht, damit sie gehalten werden. (Sehr richtig!) Wir wollen den Parteitag nicht beeinflussen, aber wir konnten nach den vorliegenden Tatsachen nur den Antrag auf Ungültigkeitserklärung stellen. (Zurufe: Urabstimmung erwähnen!) Die Urabstimmung hat wohl die Wahl der zwei Delegierten ergeben, aber das genügt nicht, um das beliebte Verfahren zu rechtfertigen. Da brauchten wir uns an die Statuten nicht zu halten, sondern wir könnten jedesmal anders vorgehen und anders entscheiden. (Zustimmung.)

Faure (Rousdorf):

Zunächst die Aeußerung Gewehrs richtigzustellen. Gewehr hat lediglich erklärt, die Genossin Luxemburg sei an den Debatten eng beteiligt und es sei daher wünschenswert, daß sie auch delegiert werde. Diese Anregung hat man aus dem einfachen Grunde aufgenommen, weil die Stimmung in dem Kreise mit den Anschauungen der Genossin Luxemburg übereinstimmt. Was die formelle Seite der Frage anlangt, so hat tatsächlich jahrelang die Uebung bestanden, daß die Kreiskonferenzen Vorschläge machten. Das steht nicht im Statut, aber es steht darin, daß sie die höchste Instanz des Kreises ist und deswegen das Recht der Ergänzung der Vorschläge bzw. andrer Vorschläge hat. Die Kreiskonferenz ergänzte die von den einzelnen Ortsgruppen vorgeschlagenen Namen, indem sie Grütz und die Genossin Luxemburg und Lehmann mit auf die Liste setzte. Es wurden 1048 Stimmen abgegeben, von denen 933 auf die Genossin Luxemburg fielen, 850 auf Grütz und meine Person. Selbst wenn in der Form gefehlt sein sollte, muß doch diese warklich großartige Urabstimmung entscheidend sein. (Sehr richtig!) Der Protest ist nur von einzelnen Personen erhoben worden, ich weiß nicht, ob von den Genossen, die auch auf der Vorschlagsliste standen. Da dem einzelnen in unserm Kreise das Recht genommen worden ist, Vorschläge zu machen, sollte auch solchen Protesten keine Rechnung getragen werden. Ich bitte, den Antrag der Mandatsprüfungskommission abzulehnen und die Mandate für gültig zu erklären. (Beifall.)

Stadthagen (Berlin):

Auch ich bitte, die beiden Mandate für gültig zu erklären. Es ist hier eine so verkehrte Buchstabenklauberei getrieben worden, wie sie noch niemals von den größten Rabulisten, Winkelkonsulenten oder Kammergerichtsräten betrieben worden ist. (Sehr gut!) Die Vorschrift, daß die Vorschläge vorher den einzelnen Ortsgruppen unterbreitet werden sollen, ist nicht derartig zwingender Natur, daß ihre Nichtbeachtung die Ungültigkeitserklärung zur Folge haben müßte. Auch die geübte Praxis spricht dafür, daß die Mandate nicht für ungültig erklärt werden können. Jahrelang haben ständig die Kreiskonferenzen anders gehandelt. Die Vorschrift hat nur die Bedeutung, daß alle einzelnen Ortschaften möglichst vorher wissen sollen, wer denn eigentlich vorgeschlagen ist. Es kommt in Betracht, daß eine Urabstimmung stattgefunden hat, und daß dabei von 1048 Stimmen 955 für die Gewählten abgegeben worden sind. Wer da noch behaupten will, die Wahl sei nicht der Ausdruck des Willens des Kreises, den verstehe ich nicht. Gegenüber der Betonung des formalen Rechtes ist zu sagen, daß gerade wir Sozialdemokraten doch stets das lebendige Recht gegenüber dem Buchstabenrecht betonen. (Sehr gut!) Ich bitte dringend, dem Willen des Kreises nicht zu nahe zu treten, sondern die beiden Mandate für gültig zu erklären. (Lebhafter Beifall.)

Dröner (Elberfeld):

Auch wir in Elberfeld hatten von dem Rechte Gebrauch gemacht, jemand zu wählen, dessen Anwesenheit auf dem Parteitag absolut notwendig war, nämlich den Genossen Kautsky. Stadthagen hat die Sache, die vorher auf den Kopf gestellt war, wieder auf die Füße gestellt. Die Mandatsprüfungskommission hat den Formalismus allzusehr auf die Spitze getrieben. Die Kreiskonferenz hat die Genossin Luxemburg mit allen gegen zwei Stimmen aufgestellt. (Hört, hört!) 90 Prozent der abgegebenen Stimmen hat die Genossin Luxemburg erhalten, der Genosse Grütz 70 Prozent. Bei solcher Mehrheit kann davon keine Rede sein, daß diese Wahl nicht dem Empfinden der Mehrheit der Parteigenossen entspricht. Außerdem heißt es im niederrheinischen Statut ausdrücklich: „Es sind die Genossen an diese Vorschläge nicht gebunden, sie können auch andern wahlberechtigten Genossen ihre Stimme geben." (Lebhaftes Hört, hört!) So muß man zu dem Resultat kommen, daß die Wahlen gültig sind. (Beifall.)

Limbertz (Essen):

Es liegt weder ein realer noch ein formaler Grund zur Kassation der Mandate vor. (Zustimmung.)

Dittmann (Solingen):

Die Genossin Luxemburg hat überhaupt nicht gewußt, daß die Genossen die Absicht hatten, sie zum Parteitag zu delegieren. Sie hat keine einzige Zeile in der Sache gewechselt. (Hört, hört!) Gewehr hat aus eignem Antrieb den Vorschlag auf der Parteikonferenz gemacht, weil die Anschauungen des Kreises im wesentlichen übereinstimmen, mit denen der Genossin Luxemburg, weil der Kreis die Anwesenheit der Genossin Luxemburg auf dem Parteitag für notwendig hielt, und weil er es sich zur Ehre anrechnet, hier durch die Genossin Luxemburg vertreten zu sein. Eine Kreiskonferenz muß das Recht haben, die Vorschläge der Ortsgruppen zu ergänzen, sonst könnte es dazu kommen, daß gar keine Vorschläge vorhanden sind. Bei der großen Mehrheit, die sie erhalten haben, würde die Kassierung dieser Mandate direkt eine Vergewaltigung der Wähler dieses Kreises bedeuten. (Sehr richtig!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Fischer (Hannover)

erklärt in seinem Schlußwort: Die Kommission hatte nichts gegen die betreffenden Genossen persönlich. Wir haben uns nur auf das gestützt, was im Wahlprotest enthalten war. Wir waren der Meinung, daß die Parteigenossen es nicht verstehen würden, wenn man anders, als im Statut festgelegt ist, handeln würde. Bei andern Gelegenheiten fußt man ja immer auf dem Statut, auf dem Buchstaben sogar. (Sehr gut!) Aber man kann auch anders. Nicht einzelne Parteigenossen, sondern Ortsgruppen haben Protest eingelegt mit der Erklärung, daß sie persönlich nichts gegen die Kandidaten haben, aber eine prinzipielle Entscheidung darüber wünschen, ob die Kreisgeneralversammlung über dem Statut steht. Zum mindesten möchten wir den Genossen anheimgeben, das Statut zu ändern, damit solche Differenzen in Zukunft nicht mehr vorkommen können.

Vorsitzender **Dietz**

läßt über den Antrag der Mandatsprüfungskommission abstimmen und erklärt auf den Ruf Gegenprobe!: Das ist die Mehrheit, das sieht doch fast ein Blinder.

Damit sind die beiden Mandate der Genossin Luxemburg und des Genossen Grütz für gültig erklärt. Die übrigen nicht angefochtenen Mandate wurden ebenfalls für gültig erklärt.

Schluß 6¾ Uhr. —

* * *

Resolutionen des Parteivorstandes.

Parteivorstand und Kontrollkommission schlagen folgende Resolutionen vor, die im Plenum gegen Schluß des ersten Tages verteilt wurden:

Die Verweigerung des Budgets.

90. Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Parteitage zu Lübeck, Dresden und Nürnberg, die von den sozialdemokratischen Vertretern eine grundsätzliche Ablehnung des Gesamtbudgets sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten fordern, weil diese Staaten Klassenstaaten sind, die auf der Klassenherrschaft beruhen und die Aufgabe haben, die bestehende Eigentumsordnung an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Der Staat kann daher den ausgebeuteten Klassen wohl notgedrungen mit kleinen Konzessionen, aber nie mit grundlegenden sozialen Umgestaltungen in der Richtung der Sozialisierung der Gesellschaft entgegenkommen.

Der Parteitag erblickt deshalb in der Bewilligung des Budgets durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des badischen Landtags eine bewußt herbeigeführte grobe Mißachtung der wiederholt als Richtschnur für ihre parlamentarische Tätigkeit gefaßten Parteitagsbeschlüsse und eine schwere Verfehlung gegen die Einheit der Partei, die nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle Parteimitglieder sich den Beschlüssen der Parteitage unterordnen. Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.

Der Parteitag spricht infolgedessen den sozialdemokratischen Abgeordneten, die im badischen Landtag das Budget bewilligt haben, die allerschärfste Mißbilligung aus.

Der Parteitag erklärt weiter die Teilnahme an höfischen Zeremonien und monarchischen Loyalitätskundgebungen für unvereinbar mit unsern sozialdemokratischen Grundsätzen und macht den Parteigenossen zur Pflicht, solchen Kundgebungen fernzubleiben.

Die Wahlrechtsfrage.

91. Der in Deutschland herrschende, scheinkonstitutionelle Militärabsolutismus wurzelt in den reaktionären Verfassungsverhältnissen Preußens. Während in einer Anzahl süddeutscher Staaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Landtagen eingeführt ist, bestehen in Preußen, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten Wahlgesetze, die mit ihrer auf dem Geldsack beruhenden Klasseneinteilung oder der Gewährung von Mehrstimmen und sonstigen Privilegien an die Besitzenden ein Hohn auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung sind.

Besonders das Dreiklassenwahlsystem in Preußen mit seiner öffentlichen Stimmabgabe bedeutet die Diktatur der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten im größten deutschen Bundesstaat und damit im Reiche. Ihre skrupellose, lediglich der eignen Bereicherung dienende Politik hindert jeden ernsten kulturellen und demokratischen Fortschritt und bildet eine ständige Gefahr für das Reichstagswahlrecht.

Der Parteitag protestiert gegen diese Verfassungszustände, die in schroffem Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung stehen und die schaffenden und politisch reifen Volksmassen aufs tiefste empören. Er spricht seine Genugtuung aus über die mit großer Energie geführten Wahlrechtskämpfe in den einzelnen Bundesstaaten.

Der Parteitag fordert für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems für die Wahlen zu allen öffentlichen Körperschaften und Einteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung.

Der Parteitag erwartet, daß in Preußen und in den andern Bundesstaaten die Genossen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Wahlrechtskampf bis zur Erringung der vollen politischen Gleichberechtigung weiterführen.

Das Genossenschaftswesen.

92. Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.

Die allgemeine Verteurung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maß auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.

Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisation auf wirtschaftlichem Gebiet. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründungen von Konsumvereinen als eins der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.

* * *

Der Nachmittag des ersten Tages.

Der Presse und der Agitationsliteratur waren die Nachmittags-Verhandlungen gewidmet. Teltow-Beeskow verlangt eine Montagsausgabe des „Vorwärts". Ein Verlangen, das in einer Weltstadt und bei der Ausbreitung der bürgerlichen Montagsblätter Berlins sehr berechtigt erscheint. Zur Schaffung einer Modeblätterbeilage für die „Gleichheit" führte Genossin Zetkin aus, daß sie in dieser Hinsicht mit Fachmännern eingehend beraten habe. Es sei ein ein solcher Plan aber undurchführbar. Da aber eine Modezeitung aus mehr als einem Grunde ein Bedürfnis für die Arbeiterinnen sei, so solle man den Partei-Instanzen die Sache zur Prüfung überweisen.

Daß man auch vom Gegner lernen kann, wies Limbertz (Essen) nach. Er wies auf die Fixigkeit des Zentrums hin bei der Herausgabe von Broschüren, die die Sozialgesetze behandeln. Die Schwarzen stehen früher auf als wir. Genosse Ludwig (Olvenstedt) begründete kurz und bündig einen Antrag, der vom Parteivorstand verlangt, daß er eine Broschüre herausgeben solle, in der die Stellung der bürgerlichen Fraktionen zur Wahlrechtsvorlage, zur Finanzreform und zur Erhöhung der Zivilliste klargelegt ist.

Bei der Frage der Schaffung einer Beilage für Haus, Garten- und Landwirtschaft standen sich zwei Ansichten schroff gegenüber. Henke aus Bremen hat sich überzeugt, daß man sich mit den gartenfreudigen Genossen abfinden und ihnen entgegenkommen müsse. Dagegen war Ryssel aus Sachsen schroffer Gegner solcher Spezialkonzessionen. Indessen bemühten sich beide Redner um eine agrarische Leiche, denn Bérard aus Hamburg hatte den Antrag schon mit der Defizitkeule totgeschlagen.

Mit Rücksicht auf Bebels Befinden wurde die „Badische Budgetbewilligung" auf Dienstag früh vertagt. Dafür behandelte Parteivorstandsmitglied Müller die „Maifeier" und dann Fischer den „Internationalen Kongreß in Kopenhagen". Begeistert pries er die mustergültigen Organisationen der dänischen Arbeiterschaft, die Verbreitung der Arbeiterpresse. Dieser kleinen Partei nachzueifern, sollte Ehrgeiz der deutschen Arbeiterschaft sein. Lobend hob er auch hervor, daß der Kongreß seine Beschlüsse nur unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern gefaßt habe. Nur so konnten überhaupt Beschlüsse zustande kommen. In Zukunft müssen aber diese Kongresse besser vorbereitet werden, damit sie von Anfang an verhandlungsfähig werden.

Genosse Peus trat temperamentvoll für die Weltsprache Ido ein.

Damit die Fahrt ins Bodetal trotz Baden noch möglich wird, wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt, auch die Mandatsprüfungs-Kommission erstattete Bericht. Gegen einige Mandate, so gegen das der Genossin Luxemburg und des Genossen Grütz, beantragte die Kommission Ungültigkeitserklärung.

Der Antrag wurde von mehreren Rednern bekämpft, so von Faure, Stadthagen, Dröner, Limbertz und Dittmann. Als Stadthagen ausführte, daß wir als Sozialdemokraten nicht Anhänger des Buchstabens sind, sondern daß nach dem lebendigen Geist entschieden werden müsse, fand er heitere Zustimmung der Süddeutschen, die diese Deduktion augenscheinlich auch für die Nürnberger Resolution gelten lassen wollen.

Der Antrag der Mandatsprüfungskommission wurde abgelehnt. Die beiden Mandate gelten wie alle übrigen. — -W-

(Bericht vom zweiten Verhandlungstag siehe 1. Beilage.)

Extra-Angebot

Extra billige

Damenstrümpfe

Damenstrümpfe	reine Wolle, schwarz, ohne Naht	Paar	88 Pf.
Damenstrümpfe	reine Wolle, bunt geringelt	Paar	95 Pf.
Damenstrümpfe	Flor, durchbrochen, schwarz und leder,	Paar	60 Pf.
Damenstrümpfe	Baumwolle, schwarz und leder	Paar	58 Pf.

Ein Posten **Damen-Glacé-Handschuhe** weiss, schwarz und moderne Farben, in allen Grössen → Paar **90** Pf.

2654

Lange & Münzer

→ Breiteweg 51a

Gute Bezugsquelle für Wiederverkäufer
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kau- und Schnupftabak
H. Dachenhausen
Magdeburg, Peterstrasse 22
Fernruf 2869 2790 Fernruf 2869

Persil

gibt blendend weisse Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten: Henkel & Co., Düsseldorf, auch der seit 34 Jahren weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda

Wenig gebrauchte Nähmaschinen zum Preise von 25—60 Mk.
Neue Nähmaschinen aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.
A. Rose Breiteweg 264 (Scharnhorstplatz).
Aeltestes seit 1865 bestehendes Geschäft dieser Branche. 2715
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen.

Basta-Wein
das Beste bei Blutarmut, Entkräftung u. Magenleiden
Flasche 1.50 und 1.75 Mark 2801

Billig und gut arbeitet die
Schuh-Reparatur-Werkstatt Fermersleben, Weststr. 15
Herren-Sohlen und Flecke 2.50
Damen-Sohlen und Flecke 1.75
Knaben u. Mädchen je nach Größe

Möbelfuhrwerk empfiehlt 879
A. Mohrhoff, Werftstraße 36, 2 Tr. rechts.

Billiges Brennholz!
Pantinenabfall, trocken, frei Keller
10 Sack 5 Mark. 5 Sack 3 Mark.
W. Hohmann, Halberstädter Str. 20.

Heinr. Meyer
Schuhmachermeister, Petersstraße 10
Spezialwerkstatt
für Anfertigung orthopädischer und naturgemäßer Fußbekleidung. — Anfertigung von Fußverlängerungs-Apparaten, das Neuste auf diesem Gebiete. 2658
Goldene Medaille Handwerks-Ausstellung Magdeburg.
Viele Anerkennungen von ärztlichen Autoritäten.

Nur noch kurze Zeit

gewähre auf die noch am Lager befindlichen **Schuhwaren,** da ich mein seit 24 Jahren betriebenes Schuhwaren-Geschäft verkauft habe, 2260

einen Rabatt von 15 Prozent

Das Lager besteht noch reichhaltig in
Sommer- u. Winter-Schuhwaren.
Versäume niemand, diese günstige Gelegenheit wahrzunehmen, um **billig und gut** einkaufen zu können.

Adolf Diesing

Schuhwarenhaus, **Alter Markt 3-4,** Ecke der Schuhbrücke.

Neu eingerichtet!
Abteilung für elegante
Monats-Garderoben.
Wir verkaufen nur wenig getragene nach Maß angefertigt und gereinigte
Anzüge u. Paletots
zu spottbilligen Preisen.

Serie	I	II	III
Mk.	8.00	12.00	16.00

usw. usw.
Stets große Gelegenheitsposten in neuen Garderoben, welche wir durch Ersparnis der teuern Ladenmiete zu
fabelhaft billigen Preisen
verkaufen. 2745

Achtung! Dieses Inserat d. „Volksstimme" wird beim Einkauf von 20 Mark an mit 1 Mark in Zahlung genommen.

Verkauf nur 1 Treppe
Breiteweg 56 I.
schrägüber von Barasch, im Hause des Optikers Schmidt.

Möbeltransport
für Stadt und Land per Bahn ohne Umladung empfiehlt 2833
Wilhelm Eigenwillig jun.
Sudenburg, Halberstädt. St. 100.
Tel. 5314. Persönl. Ausführung.

Gr. Reklame-Möbelverkauf
zu ganz enorm billigen Ausnahmepreisen.
Anerkannt beste Ausführung.
Größtes Lager einfachster sowie vornehmster **Wohnungs-Einrichtungen** von 250 300 400 500 bis 3000 Mk.
Einzelne Möbelstücke ganz besonders billig, nur um meine gut gearbeiteten Fabrikate überall einzuführen.
Langjährige Garantie. — Besichtigung erbeten.
Vorzeiger dieser Annonce erhält Extrarabatt
W. Schottstedt
Möbelfabrik u. -magazin. 2762 Große Münzstraße 2.

Jeden Mittwoch früh
Lebendfrische Seefische
Täglich frische Räucherwaren sowie alle Marinaden zum billigsten Tagespreis
ff. neuen Sauerkohl
und prachtvolle
saure Gurken
Spezialität:
Prima Salzheringe
ff. Kieler Räucherwaren
Carl Eulig, Fischhdlg.
Buckau, Köthener Str. 12.

Gutes sauberes Bett
sof. zu verk. Fürstenufer 20, vor 4 Tr. links (Nähe Hasselbachplatz)

Sudenburg
Otto Kaphengst
Bettfedern 2747
Aussteuer-Artikel
Inlette
Fertige Betten
Metall-Bettstellen

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 221. Magdeburg, Mittwoch den 21. September 1910. 21. Jahrgang.

Fortsetzung des Parteitagsberichts.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Vorsitzender Dietz eröffnet um 9¼ Uhr die Verhandlungen. (Die Galerien sind überfüllt.) Zur Verhandlung steht

die badische Budgetbewilligung.

Zur Resolution 90 des Parteivorstandes ist ein Zusatzantrag eingegangen, in dem vorletzten Absatz hinter „die allerschärfste Mißbilligung aus" anzufügen „und erklärt, daß diejenigen Parteigenossen, die dieser Resolution zuwiderhandeln, sich damit ohne weiteres außerhalb der Partei stellen".

Vorsitzender Dietz:

Dieser Antrag soll bereits eine starke Zahl von Unterschriften gefunden haben. Ich will aber vorläufig noch nichts darüber sagen, ehe die Unterschriften nicht endgültig vorliegen.

Keil (Stuttgart, zur Geschäftsordnung):

Die Mitglieder der badischen Landtagsfraktion, die in diesem Jahre für das Budget gestimmt haben, sollen jetzt bei der Beratung dieses Gegenstandes der Tagesordnung vor Ihnen als Angeklagte auftreten. Da muß es selbstverständlich sein, daß man ihnen auch die Möglichkeit der ausgiebigen Verteidigung gewährt. (Zurufe: Selbstverständlich!) Deswegen schlage ich vor, daß sofort nach dem Genossen Bebel ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion mit unbeschränkter Redezeit zu Worte kommt. (Pfannkuch ruft: Das haben wir als selbstverständlich angenommen!) Bis jetzt ist es noch nicht festgesetzt. Aber damit ist den badischen Parteigenossen noch nicht die ausreichende Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gegeben. In einem Prozeßverfahren ist es natürlich das wichtigste, daß man auf unrichtige und falsche Darlegungen, die sich im Verlaufe der Verhandlungen herausstellen können, zum Schlusse wieder antworten kann, um sie richtigzustellen. Daher ist erforderlich, daß ein Vertreter der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion auch am Schlusse der Debatte zum Worte kommt. Dieses Recht des Schlußwortes wird jedem Angeklagten vor dem bürgerlichen Gericht eingeräumt. Daher werden wir es auch den hier Angeklagten nicht verweigern können. Ich beantrage also, daß Sie nicht nur einen Vertreter der badischen Landtagsfraktion nach Bebel mit unbeschränkter Redezeit hören, sondern daß Sie ihm auch die Rechte eines Korreferenten einräumen.

Bebel:

Wenn offiziell gemeldet worden wäre, wer von seiten der badischen Genossen in deren Namen das Wort führen soll, so wäre ihm bereits von unsrer Seite erklärt worden, daß es selbstverständlich sei, daß er in umfänglichstem Maße nach mir und auch später zu Worte kommen soll. Ich kann konstatieren, daß in der Sitzung, die der Parteivorstand und die Kontrollkommission am Sonntag gehabt habe, über einmütiges Einverständnis herrschte. Selbstverständlich wird der sozialdemokratische Parteitag nicht hinter bürgerlichen Gerichten in bezug auf Austeilung von Recht und Gerechtigkeit zurückstehen wollen. (Zustimmung.)

Vorsitzender Dietz:

Ich hoffe, daß die Erklärung des Genossen Bebel völlig ausreicht, um alle Bedenken zu zerstreuen. Ich hätte dieselbe Erklärung abgegeben, wenn wir vor der Eröffnung der Diskussion gestanden hätten, aber wir stehen erst vor der Entgegennahme des Referats. So wie Bebel es gesagt hat, so wird verfahren werden.

Auer (München):

Dem Vorsitzenden des Parteivorstandes ist gemeldet worden, daß ein Genosse der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion, und zwar der Genosse Dr. Frank als Korreferent in Betracht kommen solle. Es wurde uns auch zugesagt, daß vor dem Referat Bebels diese Erklärung abgegeben werden sollte. Wir glaubten, damit das zu tun, was notwendig ist, um eine geordnete und gerechte Behandlung der strittigen Frage herbeizuführen.

Vorsitzender Dietz:

Diese Angelegenheit ist damit erledigt.

Das Referat Bebels.

Bebel:

Parteigenossen! Als wir vor 2 Jahren in Nürnberg auf dem Parteitag über dieselbe Frage eine Resolution faßten, nahmen wohl alle an, daß nunmehr auf wenigstens absehbare Zeit hinaus die Budgetfrage einen Parteitag nicht mehr beschäftigen werde. Die Resolution erklärte positiv und strikt, daß aus grundsätzlichen Anschauungen heraus die Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften, im Reichstag und in den Landtagen, verpflichtet seien, gegen das Budget zu stimmen. Es ist daher für mich keine sehr angenehme Aufgabe, heute abermals dazu das Wort nehmen zu müssen. Ich wäre lieber fern von Madrid geblieben. Aber nachdem einmal die Dinge so gekommen sind, wie sie im Augenblick liegen, habe ich mich verpflichtet gesehen, alle sonstigen Rücksichten zurückzustellen und das Referat zu übernehmen.

In der Resolution von Nürnberg sowohl wie in der Ihnen heute vorgelegten ist ausdrücklich Bezug genommen worden auf eine Reihe gleicher Beschlüsse, die von frühern Parteitagen, in Lübeck und Dresden, beschlossen worden sind; insbesondere ist der Dresdner Beschluß in dieser Beziehung der formell allerschärfste, den je ein Parteitag gefaßt hat. Er verpflichtet nicht nur die Abgeordneten, die Mittel zur Weiterführung des Regimes der herrschenden Klassen ihren Regierungen zu verweigern, sondern er verbietet auch auf das allerentschiedenste jeden Versuch der Annäherung an bürgerliche Parteien. Unter denjenigen, die damals in Dresden der Resolution zustimmten, befanden sich mit ein bis zwei Ausnahmen fast alle süddeutschen Delegierten, die Delegierten aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, und es befanden sich unter ihnen auch die Genossen Kolb, Frank, Vollmar, Segitz, Adolf Müller, Keil, Lindemann usw. usw.

Wir hätten also alles Recht gehabt, mit Hinweis auf den Dresdner Beschluß viel schärfer vorzugehen, als tatsächlich geschehen ist, denn jene süddeutschen Genossen, die vor dem Nürnberger Parteitag das Budget bewilligt hatten, haben damals gegen den Beschluß gehandelt, dem sie selbst seinerzeit ihre Zustimmung gegeben hatten. Das muß festgestellt werden und ebenso muß festgestellt werden, daß nach dem Nürnberger Parteitag die Mannheimer Genossen auf Antrag des Genossen Geiß einstimmig dem Beschluß die Zustimmung gaben.

Wir konstatieren weiter, in welcher Art man jetzt im Gegensatz zu damals vorgegangen ist. Die, die jetzt in Baden dem Budget zugestimmt haben, haben direkt gegen ihre eignen früheren Beschlüsse gehandelt. Es ist durchaus falsch, wenn man immer nur von

Disziplinbruch

redet. Ein solcher liegt allerdings vor, aber es liegt noch mehr vor, ein Bruch grundsätzlicher Festlegungen der Partei auf drei Parteitagen. Ob die Parteigenossen der Minorität damit einverstanden sind oder nicht, kommt nicht in Betracht, denn bei wichtigen Fragen wird selten Einstimmigkeit erzielt, und es ist immer eine ziemlich starke Minorität, die sich der Majorität fügen muß. Aber ohne das Fügen unter die Beschlüsse ist ein Parteileben unmöglich. Fügen muß man sich unter allen Umständen, aber man hat das gute Recht, zu versuchen, die Beschlüsse umzustoßen. Und da spricht man von Kadavergehorsam. (Sehr gut!)

Die badischen Genossen haben für ihr Vorgehen eine Reihe von Gründen geltend gemacht. Aber wenn zehnmal mehr Gründe vorlägen, die alle so berechtigt wären, wie ich die angeführten als unberechtigt ansehe, dann wäre das Vorgehen der badischen Genossen noch immer nicht berechtigt. In diesem Falle hätten sie sich eventuell der Abstimmung enthalten können. Dann wären die Genossen dem Nürnberger Beschluß entgegengekommen und hätten getan, was sie tun konnten. (Zustimmung.) Nun hat Frank in seinem Artikel in der „Neuen Zeit" versucht, die Sache auf ein andres Gleis zu schieben. Er schreibt:

> Der Nürnberger Parteitag hat keine Anweisung gegeben für den Fall, daß eine sozialdemokratische Fraktion zwar nicht die Mehrheit, aber einen Teil einer parlamentarischen Arbeitsmehrheit bildet. Das war auch nicht nötig, weil sich bis dahin noch keine bürgerliche Partei gefunden hatte, die bereit und groß genug war, mit uns ein solches Bündnis zu schließen. Zum erstenmal in Deutschland bot sich nun für die badischen Genossen die Gelegenheit zum „Großblock", und wir hielten uns für berechtigt und verpflichtet, im Interesse unsrer Bewegung darauf einzugehen. War aber dieses Zusammenarbeiten erlaubt, so mußte die notwendige Konsequenz die Zustimmung zum Budget sein, auf dessen Inhalt wir in monatelanger Arbeit Einfluß geübt hatten.

Eine durchaus falsche Auffassung! Wir haben uns in Nürnberg, was vielleicht ein Fehler war, mit der Großblockfrage gar nicht beschäftigt. Hätten wir es getan, dann wäre wieder das Geschrei über die Bevormundung der Genossen in den Einzelstaaten entstanden. Die Großblockpolitik ist den Parteigenossen in Baden weder erlaubt noch verweigert worden. Der Parteitag hat dazu keine Stellung genommen. Wenn sie glaubten, daraus die Befugnis zur Uebertretung des Nürnberger Beschlusses herleiten zu dürfen, dann befinden sie sich auf dem Holzweg. (Sehr richtig!)

Man hat ferner gesagt, das Verhalten der Badener sei die Folge davon, daß wir in Nürnberg die

Erklärung der 66

stillschweigend haben [illegible] Das ist [illegible] falsch. Die Erklärung der 66 ist nichts weiter als eine Deklaration ihrer Ansicht, und wir entscheiden nicht über Ansichten, sondern nur über Tatsachen. Ein Recht, wie die Badener es getan haben, läßt sich aus der Erklärung nicht herleiten. Die Erklärung erkennt in ihrem Einleitungssatz den deutschen Parteitag, als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei, die oberste Entscheidung in allen das ganze Reich berührenden Angelegenheiten zu. Na, das ist doch wohl selbstverständlich. Dann geht es in der Erklärung weiter: „Wir sind aber auch der Ansicht, daß in alle speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besondern Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß."

Also es handelt sich um Ansichten. Die 66 meinten, die Landesorganisation allein habe zu entscheiden, nicht aber der Gesamtparteitag. Das ist ja eben die Streitfrage, um die es sich auch heute wieder handelt. Aber solange dieser Erklärung nicht die Tat folgte, hatten wir kein Recht, einzugreifen. Im Laufe der Debatte sind ja noch viel schärfere mündliche Erklärungen gefallen. So sagte Timm: „Diese Resolution ist für uns unannehmbar, hier gibt es keine Unterwerfung, sondern nur entschiedenen Widerstand." Frank sagte: „Diese Resolution würde unsre parlamentarische Stellung untergraben." Das sagt Frank, obgleich sie 24 Stunden lang in Karlsruhe gegen das Budget stimmen wollten (Hört, hört! und Sehr gut!) An einer andern Stelle sagte Frank: „Treiben Sie es nicht zum Aeußersten." Also eine förmliche Drohung. Aehnlich äußerten sich Hildenbrand (Stuttgart), Rauch (Hannover) und David, der schon damals von Kadavergehorsam sprach. Nun, würde in der Armee ein solcher Kadavergehorsam herrschen, wie in unsrer Partei, dann würden die Herren aus der Haut fahren und von ihrem Standpunkt aus mit vollem Rechte. (Lebhafte Zustimmung.)

Nunmehr liegt die Tat vor.

Man hat sich nicht gefügt, man hat den Nürnberger Beschluß übertreten. Man hat von einem gar nicht zu reparierenden Schaden gesprochen, den man durch Verweigerung des Budgets der Partei zugefügt hätte. Vor Tisch las man es anders. Auf dem Lübecker Parteitag hielt Keil, der damals noch auf der radikalen Seite stand (Heiterkeit), eine sehr scharfe Rede gegen Fendrich. Er sagte damals: „Fendrich lobt es, daß unsre badischen Abgeordneten als gleichberechtigt behandelt werden. Das ist doch wirklich der Gipfel der Bescheidenheit für einen Sozialdemokraten. Seit wann müssen wir denn eine Gegenleistung dafür gewähren, daß man uns die selbstverständliche Gleichberechtigung mit den bürgerlichen Parlamentsmitgliedern einräumt. . . . Die Sympathien der Volksmassen für uns würden schwinden, wenn wir durch schließliche Zustimmung zum Budget unserm eignen Prinzip ins Gesicht schlagen würden." (Sehr gut!)

Was für ein Schaden ist denn der Partei dadurch erwachsen, daß früher die badische Fraktion das Budget verweigerte? Ueber die badischen Genossen ist die Erleuchtung auf einmal gekommen, und ihr Prophet ist der Genosse Kolb. Der hat ja in Offenburg so ungefähr gesagt: „Wir sind die Avantgarde für die neue Taktik. Unserm Beispiel wird Deutschland, Europa folgen, ich glaube sogar, die ganze Welt." (Heiterkeit.) Kolb hat in Offenburg und seinen Artikeln im „Volksfreund" eine so scharfe Verurteilung unsrer bisherigen Taktik, besonders der Taktik der Reichstagsfraktion ausgesprochen, daß die Frage ein ganz neues Gesicht gewinnt. (Sehr richtig!) Wir wären vollberechtigt, heute in eine Debatte über die Gesamttaktik der Partei einzutreten. Aber ich will diese Debatte nicht, ich will sie nicht

aus Rücksicht auf das kommende Jahr.

Erspart bleibt sie uns nicht, sie muß kommen. (Sehr richtig! auch bei den Süddeutschen.) Es muß noch vieles anders kommen. Ich erinnere daran, daß in den sogenannten „Sozialistischen Monatsheften" Dr. Bloch von uns fordert, daß wir für alle agrarpolitischen Forderungen, für das Reichsbudget usw. stimmen sollen, und daß ähnliche Anschauungen in der badischen Presse, in Mannheim und Karlsruhe ausgesprochen werden. (Frank ruft: Das ist niemals geschehen!) Da haben wir es allerdings sehr nötig, uns einmal darüber zu unterhalten, ob unsre Taktik, die wir seit 43 Jahren im Parlament befolgt haben, die uns groß gemacht hat, eine falsche war. Das letzte Jahr aber hat gezeigt, wie richtig unsre Taktik war. Die Wähler laufen uns in Scharen zu, darum, weil wir die einzig feste Partei sind, die gegen Volksausbeutung, Volksdruck, Volksknebelung auf das allerenergischste Front gemacht hat. (Stürmischer Beifall. Zuruf bei den Süddeutschen: Da waren wir doch auch dabei!) Wenn ein Gegner von „Negation" der Sozialdemokratie redet, so denke ich mir, er ist ein dummer oder böswilliger Kerl, der eben nicht anders schreiben kann. Aber wenn ein Parteiführer wie Kolb derart redet, so müssen wir uns fragen, ob solche Angriffe die allermindeste Berechtigung haben. Darüber später noch.

Die Haltung der badischen Parteigenossen in der Budgetfrage konnte gar nicht widerspruchsvoller sein, als sie gewesen ist. In der Kommission bei Beratung der Gemeindeordnung erklärte Herr v. Bodman, von einer

Gleichberechtigung der Sozialdemokratie

könne keine Rede sein. Sozialdemokratische Bezirksräte wurden nicht akzeptiert. Genosse . . . . Herr v. Bodman (große Heiterkeit) — ja, eigentlich war Herr v. Bodman viel korrekter als unsre Leute — Herr v. Bodman hat diese Erklärung abgegeben. Darauf große Entrüstung unter unsern Leuten. Genosse Frank erklärte in der „Mainzer Volkszeitung", sie hätten zwar bereits seit Monaten für das Budget stimmen wollen, aber nach dieser ungeheuerlichen Erklärung hätte keine Rede mehr davon sein können. Das wäre die größte Beleidigung gewesen, die man der Partei habe antun können. Parteigenossen, wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der heutigen staatlichen Gesellschaftsordnung sagt, er erkenne die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht an, so hat er von seinem Standpunkt ganz recht. (Frank: Unerhört!) Ich finde das ganz natürlich. (Frank: Unerhört!) Eine Beleidigung liegt nicht darin. Ist das nicht tausendmal gesagt worden? Als man uns das Sozialistengesetz um den Hals warf, da haben wir uns nicht beleidigt gefühlt, da waren wir empört, da waren wir von Zorn und Haß erfüllt, und wenn wir damals gekonnt hätten, wie wir innerlich wollten, so hätten wir losgeschlagen und hätten

alles zertrümmert, was uns im Wege lag.

Wir wären Verbrecher gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. Aber wir konnten es nicht, und da ließen wir es beiben. Es ist also keine Beleidigung, wenn ein Minister derartiges sagt. Das wird uns allezeit und überall gesagt. Wer im Besitz der Macht ist, sucht darin zu bleiben. Der von den Badenern beschrittene Weg ist grundfalsch. Frank hat Herrn von Bodman eine sehr komplizierte Natur genannt. Ich habe wenig von Herrn von Bodman gehört, aber das wenige hat mir gefallen. Er scheint mir eine sehr einfache Natur zu sein. (Heiterkeit.) Der Genosse Frank ist für mich eine weit kompliziertere Natur. (Große Heiterkeit.) Ich habe auf den Genossen Frank große Hoffnungen gesetzt. (Hört, hört!) Er war mal eine Zeitlang mein Liebling (große Heiterkeit), aber ich habe mich gewaltig getäuscht, er hat meine Hoffnungen betrogen. (Hört, hört!) Ueber die innern Motive seiner merkwürdigen Sprünge bin ich mir bis heute noch nicht klar geworden, aber seine Taten sind nicht kompliziert, da bin ich mir sehr klar darüber, und gegen sie wende ich mich auf das allerentschiedenste.

Herr von Bodman hat schon früher ganz ähnliche Erklärungen abgegeben, und Frank sprach schon 1908 von einer Hetzrede, die Bodman gegen ihn gehalten habe. Nun haben freilich die badischen Parteigenossen das Glück gehabt, daß die badischen Konservativen und die „Kreuzzeitung" gegen von Bodman donnerten. Es täte mir leid, wenn über diese Strohhalme Herr von Bodman stolpern sollte, nicht, weil ich etwas Besonderes in ihm sehe, sondern weil in einem solchen Froschmäusekrieg nicht gleich ein Minister fallen muß. Und Herr Erzberger braucht auch nicht so den Mund aufzureißen, der doch weiß, daß viel höherstehende Leute als Herr von Bodman der Sozialdemokratie ganz andre Komplimente gesagt hat. (Hört, hört!) Doch darüber noch nachher.

Also nach jener ersten Erklärung Bodmans treten unsre Genossen zusammen und beschließen:

Jetzt verweigern wir das Budget.

Der Beschluß ist ihnen sehr schwer geworden. Er kommt auch Herrn von Bodman zu Ohren und der sagt sich: Es ist schön für mich, für das Land und alle bürgerlichen Parteien, wenn ich mir die Sozialdemokraten einfangen kann, und er erklärt in der Ersten Kammer, die Sozialdemokratie sei eigentlich eine großartige Bewegung, eine durchaus berechtigte Erscheinung. Ueber diese nichtssagende Erklärung sind nun unsre Leute so entzückt, daß sie eilig zusammentreten und beschließen:

Jetzt stimmen wir für das Budget.

Alle Gefahren, die damit zusammenhängen, waren in diesem Augenblick vergessen. Ja, wer mit solchen nichtssagenden Reden eine ganze sozialistische Fraktion einfangen kann, der ist ein Staatsmann, aber diejenigen, die sich so fangen lassen, das sind keine Staatsmänner (große Heiterkeit), auch wenn sie sich für noch so große Staatsmänner halten. Da kommt nun der Genosse Frank und erklärt, in diesem offenen mutigen Bekenntnis des Ministers liege etwas Großes, es scheine darin eine Zurücknahme jener in der Kommission getanen Aeußerung des Ministers zu liegen, die unsre Fraktion so sehr verletzte und — nach kurzer Beratung kam die Fraktion zu dem Beschluß, das Finanzgesetz zu bewilligen, wie es die politische Lage verlangt haben soll.

Wir haben im Laufe der Jahre in der Partei manches zu kosten bekommen, aber ein solcher Umfall auf eine so nichtssagende Bemerkung hin, ist mir noch nicht vorgekommen. Wo denn, Sie gläubiger Thomas (zu Dr. Frank), wo liegt denn in den Worten Bodmans die Gleichberechtigung, wo liegt darin die Wählbarkeit zu Bezirksräten? Der Minister hat gar nichts versprochen. Er ist konsequent auf seinem Standpunkt geblieben, nur Ihr (zu den Badenern),

Ihr seid umgefallen.

Aber da kommt Kolb und setzt die kolossalen Vorteile auseinander, die die Budgetbewilligung der badischen Partei bringen muß, die gewaltige Stellung, die sie im Lande hat. Die Nationalliberalen liegen zu unsern Füßen, die Regierung ebenso und in zehn Jahren wird jeder Beamte Sozialdemokrat sein dürfen und so weiter und so weiter. (Heiterkeit und Bewegung.)

Vor 10 Jahren, im Februar 1901, da hat Kolb auch prophezeit. Er hat prophezeit, daß wir das Frauenstimmrecht und die Forderung des Beginns der Wahlfähigkeit mit 20 Jahren über Bord werfen müßten. (Hört, hört!) Dabei wählt in der Schweiz jeder Zwanzigjährige die Gesetzgeber, die Richter, die

Beamten, die Schullehrer, und dabei ist das Frauenstimmrecht in einem großen Siegeszug begriffen, und Kolb hat oft genug in seinem Blatte solche Erfolge mitteilen müssen, die im Gegensatz zu seinen Prophezeiungen standen.

Vor 3 Jahren hat Herr v. Bodman lebhaft bedauert, daß bei den Stichwahlen Bürgerliche für sozialdemokratische Kandidaten eintraten, und er suchte bis zum letzten Augenblick eine Einigung zwischen Zentrum und den Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Er hat erklärt, daß er sozialdemokratische Beamte nicht dulde, und ist konsequent dabei geblieben. Frank führte in Nürnberg als einen Grund für die Bewilligung des Budgets die Besserstellung der Weichensteller an. Die badischen Weichensteller erhalten bis 1400 Mark, die preußischen Weichensteller erster Klasse bis 1790, zweiter Klasse bis 1590 Mark. Also selbst die preußischen Junker haben mehr für die Weichensteller getan als die badische Parlamentsmehrheit. (Hört, hört!)

Was hat denn eigentlich Herr von Bodman gesagt:

Die Bewegung der Sozialdemokratie kann man doch nicht schlechthin als eine Krankheit bezeichnen; in bezug auf ihre Verneinung der Monarchie und in bezug auf ihre Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mag man sie utopisch nennen, aber sie ist zugleich eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes, und man muß versuchen, ihren Bestrebungen zur Hebung der Arbeitermassen gerecht zu werden.

Darauf folgten die Lobeshymnen im „Volksfreund" und der berühmte Umfall. Derselbe erste deutsche Kaiser, der das Sozialistengesetz unterzeichnet hat, sprach von der Notwendigkeit positiver Maßregeln, um dem berechtigten Kerne der Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen. Kein Mensch wird bestreiten wollen, daß das viel mehr ist, als Herr von Bodman gesagt hat. (Zustimmung.) 1884 erklärte im Reichstag Bismarck nach einer Rede unsres Genossen Auer, wenn es keine Sozialdemokraten gäbe, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialreform überhaupt gemacht hatten, gar nicht existieren. (Hört, hört!) Bismarck erklärt hier positiv und direkt die Sozialdemokratie als die Urheberin der Sozialpolitik. Das ist die sogenannte Negation. Die Negierer haben in der Welt viel mehr erreicht als die positiven Arbeiter. (Bewegung.) Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt allzeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsre ist berechtigt.

In den Februar-Erlassen von 1890 nimmt der Kaiser direkt Bezug auf den großen internationalen Kongreß in Paris 1889. Was die internationale Vereinigung der Arbeiter will, sagte hier der Kaiser, muß in der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Im gleichzeitigen Erlaß an den damaligen Handelsminister, nämlich Bismarck, heißt es, daß den laut gewordenen Klagen und Beschwerden der Arbeiter Rechnung getragen werden soll. Also ganz klar ist hier ausgesprochen, daß an gesetzgeberische Aktionen gegangen werden soll, weil die Arbeiter es verlangen.

Wie nichtssagend ist dagegen die Rede Bodmans.

Herr Erzberger, der jetzt glaubt, gegen Bodman vorgehen zu müssen, soll sich nur diese kaiserlichen Botschaften vornehmen, da wird er sehen, wieviel mehr als von dem badischen Minister von allerhöchster Stelle für die Sozialdemokratie gesagt worden ist. (Heiterkeit.)

Im Jahre 1900 hatten wir den großen Kampf um die Lex Heinze. Das war auch eine Negation. (Bewegung.) Unsre Fraktion hat die Vorlage durch Obstruktion zu Fall gebracht, und da schrieb der konservative Professor Delbrück: „Den Sieg verlieh die Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen." (Hört, hört!) Und einer unsrer fanatischsten Gegner, den ich als solchen schon von Meerane kannte, der hochkonservative Oberbürgermeister von Dresden, Beutler, sagte: „Ich kann mit Freuden konstatieren, daß wir bei unsern Maßnahmen für die Verbreitung guter Lektüre die größte Unterstützung bei der Leitung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie gefunden haben." Als im Hessischen Landtag den Sozialdemokraten vorgeworfen wurde, daß sie gegen alles gestimmt hätten, sagte der Fortschrittler Gutfleisch: „Das ist wahr, aber es ist ein großer Unterschied, ob ich gegen ein Gesetz stimme, weil ich es nicht mag, oder ob ich gegen ein Gesetz stimme, weil es mir zu wenig bietet, und das letztere war bei der Sozialdemokratie der Fall." Und 1882 sagte der Abg. Bamberger im Reichstag bei dem erster Entwurf über die Unfallversicherung der Arbeiter, er verstehe nicht, warum Bebel nicht Geheimrat sei und den Gesetzentwurf nicht verrate, denn der enthalte ja ganz das, was Bebel in seiner Rede 1 Jahr zuvor gesagt habe. Dieser Gesetzentwurf war aber dem Zentrum und den Liberalen zu weitgehend, und sie haben ihn niedergestimmt. Die Freisinnigen waren gegen die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Alters- und Invalidenversicherung gestimmt, das Zentrum gegen die Invalidenversicherung, und diese Leute können, ohne Widerspruch bei ihrer Partei zu finden, behaupten, sie hätten korrekt gehandelt. Die Sozialdemokratie ist es gewesen, die den gewaltigen geradezu unerhörten Umschwung in der moralischen und gesellschaftlichen Auffassung herbeigeführt hat. In den 60er und 70er Jahren lehnten alle bürgerlichen Gelehrten, die ganze Kapitalistenklasse, alle Staatsgewalten ohne Ausnahme es aufs entschiedenste ab, daß die Staatsgewalt zum Besten der Arbeiter einzutreten hätte. Die Sozialdemokratie war es, die die Gelehrten zwang, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen. 1871 war es Adolf Wagner, jetzt auch ein alter Kerl wie ich, der zu sagen wagte: „So geht es nicht weiter, der Staat muß eingreifen, wir verlangen den gesetzlichen Zehnstundentag!" Der Nationalökonom Oppenheim, nicht zu verwechseln mit Oppenheimer, erfand damals als Schimpfwort das Wort von den Kathedersozialisten. Noch unter dem Sozialistengesetz haben Bamberger und Eugen Richter auf Tod und Leben gegen unsre Auffassung gekämpft. Richter so ziemlich bis zu seinem Tode, wenn er auch schließlich merkte, du bist unterlegen, du mußt im Strome der Zeit mit deinen Anschauungen untergehen.

Mit Zug und Recht kann die Sozialdemokratie behaupten, daß sie die Wissenschaft und die Staatsmänner zu ihrer eigenen Auffassung bekehrt hat. Das war die

Wirkung der sogenannten Negation

des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft. Wie kann man überhaupt von Negation reden, wo wir unsre politischen Forderungen in unserm Programm haben, die wir tatsächlich Zug um Zug in die Parlamente, in die Gemeindevertretungen eingedrungen? Es ist doch ein riesenhaftes Stück Arbeit geleistet worden. Ich kann es ohne zu erröten, weil es mehr für sich gut in der ganzen Welt keine Sozialdemokratie, die so viel Partei [illegible] geleistet und erreichen hat als die deutsche Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.) Und da kommen Leute aus den eignen Reihen, da kommen die Parteiorgane in Baden und sagen:

Die ganze Taktik muß anders werden!

Ihr habt nur negiert, wir müssen jetzt positive arbeiten. Das heißt alle, wir müssen auch, für das wir gekämpft haben, durch das wir groß geworden sind, aufgeben. Wir müssen das aufgeben, was uns zur stärksten Partei in Deutschland gemacht hat, die heute 3 Millionen zählt und das nächste Mal 4 Millionen Anhänger haben wird. Trotz aller dieser Erfolge sollen wir auf einmal sagen: Wir haben geirrt, wir müssen andre Wege wandeln!

Wir verbinden uns mit den Nationalliberalen,

unsern Todfeinden, und machen so praktische Arbeit. (Heitere Zustimmung.) Das schlägt ja in das Kapitel des Blockes ein. Wer sind denn die Nationalliberalen? Die nationalliberale Partei ist die Partei der Schornsteinfeger von ehedem. Sie sind die Kapitalistenpartei, die erste Kapitalistenpartei. Die Nationalliberalen sind Schornsteinfeger erster Güte. Sie haben im Kleinen für alle Ausnahmegesetze gestimmt, für die Ausnahmegesetze gegen die Elsaß-Lothringer, gegen das Zentrum, gegen die Sozialdemokraten, gegen die Dänen, die Polen usw. Und heute erscheint in der nationalliberalen Presse Süddeutschlands ein Artikel, der neue nationalliberale Parteitag müsse sich auf die Heidelberger Erklärung zurückziehen, und diese fordert ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. (Stürmisches Hört, hört!)

Das sind die Bundesgenossen unsrer Freunde

in Baden. (Lebhaftes Hört, hört!) Sie haben gemeint, sie müßten Thron, Altar und Geldsack retten, indem sie für das Budget stimmen, sie dürften die Macht nicht dem Zentrum überlassen. Ach, Ihr konntet ruhig gegen das Budget stimmen! Solange das neue Deutschland besteht, ist kein einziges Beispiel da, daß eine bürgerliche Partei gegen das Budget zu stimmen gewagt hat. In den heftigsten Zeiten des Kulturkampfs, als das Zentrum mit Ruten und Skorpionen gezüchtigt wurde, da hat es gehorsam die Hand geküßt, von der es geprügelt wurde, und hat für das Budget gestimmt. Gibt es eine Partei in Deutschland, die schlimmere Verfolgungen unmenschlicher Art zu erdulden hatte, als die Polen? Und auch die Polen haben die Hand geküßt, die sie prügelte, und haben für das Budget in Preußen gestimmt, für das Budget im Reiche, für alle Flottenvorlagen, für alle indirekten Steuern. (Zuruf: Und für die Finanzreform!)

Die Nationalliberalen sind die Verteidiger aller Militär-, aller Marine- und aller Flottenvorlagen, ebenso jeder Kolonialpolitik. Sie sind die Freunde der indirekten Steuern. Wenn sie im letzten Jahre bei der Finanzreform dagegen stimmten, so taten sie es, weil sie den schwarzblauen Block nicht unterstützen wollten. Aber auf dem Programm der Nationalliberalen stand auch die Biersteuer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer. Auch heute noch stimmen sie für die Liebesgaben, die Agrarzölle, die Lebensmittelzölle, die Einfuhrverbote die Sperrmaßregeln. Als in den Jahren 1894 und 1895 die Zuchthausvorlage kam, weil in Frankreich ein Wahnsinniger den Präsidenten der Republik ermordet hatte, da war es der

verstorbene Großherzog von Baden,

der an die Spitze einer Agitation für das neue Umsturzgesetz trat. Demselben Großherzog haben dann die Genossen Frank und Kolb bei seiner Beerdigung das Geleit gegeben. (Lebhaftes Hört, hört!) Der hohe Herr hat mich ganz speziell in sein Herz geschlossen gehabt. (Heiterkeit.) Meinen Namen hat er zwar nicht genannt, aber es war am Hohentwiel oder in Villingen, da hat er fast nach jeder Rede, die ich hielt, in einem Militärverein eine Rede gegen mich gehalten. (Heiterkeit.) Also der Mann ging weiter als die übrigen deutschen Fürsten, er war unser bewußter Feind, er hat bei jeder Gelegenheit gegen uns polemisiert, aber

das hat Sozialdemokraten nicht abgehalten,

ihn zu Grabe zu geleiten. (Hört, hört!) Er hätte sich wohl gehütet, Sozialdemokraten die gleiche Ehre zu erweisen und wären es selbst Kolb oder Frank gewesen (Heiterkeit), über die ich mich übrigens sehr freue, daß wir sie noch unter uns haben. Die Nationalliberalen sind die stärksten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Ihr in Baden, die Ihr Euch heute so brüderlich mit den Nationalliberalen verbrüdert habt, Ihr hätet heute noch nicht das allgemeine Wahlrecht, wenn Euch nicht das Zentrum dazu verholfen hätte, natürlich einzig und allein in seinem eignen Interesse. Da mußten denn natürlich auch die Liberalen diese Forderung aufstellen und so kam Ihr dazu, ohne daß Ihr Euch sonderlich die Hände verrenkt habt. (Widerspruch bei den Süddeutschen.) Da spottet denn Kolb über den preußischen Wahlrechtskampf!

Euch ist die gebratene Taube

in den Mund geflogen. (Widerspruch bei den Badenern.) Auch die Bayern sind nicht mit viel mehr Mühe dazu gekommen. Aber der Kampf in Preußen bedeutet etwas ganz andres. (Lebhafte Zustimmung.) Und da schimpft man über die Einmischung der Preußen und Sachsen in die badischen Verhältnisse. Der erste Partikularist kann es nicht toller treiben. (Sehr gut!) Der preußische Staat ist ein ganz ander Ding. Wenn wir den [illegible] in der Hand haben, haben wir alles. (Sehr richtig!) Aber das kostet Mühe, das kostet Arbeit, das kostet Schweiß, das kostet eventuell noch weit mehr. (Lebhafte Zustimmung.) Da könnt Ihr in Süddeutschland Euch gar nicht vermessen, Ihr habt kein Recht, über diese Dinge zu urteilen, denn

Ihr versteht sie nicht.

Ich denke, die preußischen Genossen haben wahrlich Bewunderungswürdiges geleistet. (Zustimmung.) Aber sie haben es auch mit einem ganz andern Gegner zu tun, wie Ihr in Süddeutschland. Das spricht ja auch einigermaßen zu Euern Gunsten. Das macht allein begreiflich, daß Ihr so seid, wie Ihr seid. Wenn diese Schwankungen in der Budgetfrage bei den Nationalliberalen vorgekommen wären, bei der Partei, die wir unausgesetzt als Drehscheibe bezeichnen, wie hätte dann wohl der „Volksfreund" geschrieben über diese Jammerlappen. (Sehr gut!) Ich wage nicht zu sagen, was die Konsequenz wäre! Einzelne in der Partei fangen ja überhaupt an,

nationalliberal zu werden.

Als neulich in Berlin ein Redner auf die Artikel von Doktor Block in den „Sozialistischen Monatsheften" hinwies, die diese rein nationalliberale Politik verteidigen, da sagte Richard Fischer, den wohl niemand für einen Radikalen halten wird (Heiterkeit: Richard Fischer ruft: Das war auch mein Ehrgeiz!) Na, lang, lang ist's her! (Heiterkeit.) Da sagte Richard Fischer: Ach, der Block ist ja nationalliberal. Ich habe mir gesagt, nie hat Richard Fischer etwas Besseres gesagt. (Stürmische Heiterkeit.) Aber ich denke, wir sind eine Partei von Sozialdemokraten, und wenn Nationalliberale unter uns sind, dann müssen sie hinaus, dann können sie nicht in der Partei bleiben. (Sehr gut!) Wir haben mehr solcher Nationalliberaler, die ganz nationalliberale Politik machen, die die Partei ins nationalliberale Lager führen wollen, zum Bruderbund mit derselben Partei, die wir seit Jahrzehnten auf Tod und Leben bekämpft haben. Ich will auch darüber heute nicht reden, das wird Gegenstand weiterer Erörterungen zu gegebener Zeit sein.

Nun reden die Genossen in Baden von den großen Errungenschaften, die sie mit der

Blockpolitik

erzielt haben. Parteigenossen in Baden, ich bin der Meinung, zu keiner der sogenannten Errungenschaften wäre der Block notwendig gewesen. Freilich, ich bin sehr im Zweifel, ob ich als Sozialdemokrat z. B. für ein Gemeindewahlrecht gestimmt hätte, daß statt der Zwölfteilung die Sechsteilung einführt, aber doch immer ein Klassenwahlrecht ist. Würden unsre Genossen im preußischen Landtag für eine derartige „Verbesserung" des Dreiklassenwahlrechts stimmen, dann könnten sie darauf gefaßt sein, daß ihnen die Berliner den Stuhl vor die Tür setzen würden. (Lebh. Zust.) Man hat leider wegen viel geringerer Dinge unsern Leuten schon den Stuhl vor die Tür gesetzt. Aber wo sind denn diese Errungenschaften? Ich überlasse es Frank, sie aufzuzählen, er wird es ja nun und sie in bengalischer Beleuchtung erstrahlen lassen. (Heiterkeit.) Der Errungenschaften stehen nach den Behauptungen von badischen Genossen auch Verschlechterungen gegenüber; jedenfalls aber lassen sich Fortschritte, die man mit Hilfe der Nationalliberalen erzielt, nicht halten. (Sehr richtig!) Davon brauchen wir kein Aufhebens zu machen. Und dabei begibt man sich ganz in die

Abhängigkeit von den Nationalliberalen.

Das wird leidenschaftlich bestritten, es wird gesagt: Das Gegenteil ist wahr, wir sind es, die das Heft in der Hand haben. Nun, der Führer der Nationalliberalen erklärt: Wir sind um kein Jota von unserm Standpunkt abgewichen, aber die Sozialdemokraten haben große und schwere Opfer gebracht. (Hört, hört!) Ja das ist wahr, wir haben die Opfer gebracht, die Nationalliberalen dagegen haben nicht das allergeringste von ihrem alten Standpunkt aufgegeben. Das sagen die „Kölnische Zeitung", „Straßburger Post" und andre nationalliberale Blätter rundheraus. Natürlich gibt es auch solche, die das Gegenteil behaupten. (Frank: Hunderte.) Für uns kommt es darauf an, was vorliegt, und da sage ich: das war nicht dazu angetan, daß wir unser Erstgeburtsrecht verkauften. (Sehr richtig!) Man sagt weiter, wir hätten einen ungeheuern Schaden gehabt, wenn wir anders gehandelt hätten. Ich habe bisher auf den Beweis dafür vergeblich gewartet, ich habe bis jetzt nicht das geringste davon bemerkt, aber wie ist es denn mit dem Block? Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit den bürgerlichen Parteien eintrete, dann ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. (Sehr richtig!) Es ist politisches Gesetz, daß überall, wo Rechte und Linke marschieren,

die Linke verliert und die Rechte gewinnt.

(Stürmische Zustimmung.) Den besten Beweis dafür habt Ihr ja selbst an dem von Euch so verspotteten Bülow-Block gehabt. Das war dasselbe im großen, was Ihr in Baden im kleinen habt. Was ist die notwendige Folge, wenn ich ein solches Bündnis eingehe, mit meinen geschwornen Feinden, die ganz anders denken und handeln müssen wie ein Sozialdemokrat? Wenn ich einmal in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir im übrigen grundsätzlich fremden Partei trete, dann habe ich notwendigerweise meine Taktik darauf einzurichten, daß ich das Bündnis nicht breche, ich darf nicht mehr drauflos kritisieren,

ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen,

denn damit verletze ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen usw. Das sind die notwendigen Folgen des Blocks, die sich ja auch auf andern Gebieten gezeigt haben.

Was haben denn die Gewerkschaften bisher von Eurem Block gewonnen? Die Gewerkschaften, deren Führer heute in ihrer großen Mehrheit auf dem Standpunkt stehen, daß die Frage der Budgetbewilligung Sache der Einzellandtage ist? Genossen aus den Gewerkschaften, ich sage Euch, der Tag wird kommen, wo auch Ihr ebensogut wie der deutsche Parteitag gezwungen sein werdet, zu fragen, was haben die sozialdemokratischen Vertreter für die Gewerkschaften in den Landtagen getan? (Sehr gut!) Die Frage wird entstehen, Ihr werdet auf Euren Generalversammlungen, auf Euren allgemeinen Gewerkschaftskongressen so gut wie wir heute diese Frage erörtern müssen. In einem Flugblatt der süddeutschen Eisenbahner heißt es: „In kaum zwei Stunden sind die Petitionen in der Kommission erledigt worden. Die Eisenbahner sind um eine Hoffnung ärmer, aber desto reicher an Enttäuschung. Unter der Signatur Finanzklemme sind alle Anträge auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse abgelehnt worden. Und der Genosse Kotzke hat darauf hingewiesen, daß in keinem Lande Deutschlands der Textilarbeiterverband mehr Unterstützung an Gemaßregelte zu bezahlen hat als im badischen Musterländle. (Hört, hört!) Das badische Ländchen, der Hauptsitz der deutschen Tabakfabrikation, und der schlechtest entlohnten Tabakarbeiter, hat keine 100 000 Mark übrig zu Unterstützungen der zu Tausenden brotlos gewordenen Zigarrenarbeiter (Hört, hört!), obwohl es doch die Pflicht einer Regierung wäre, die mit für dieses scheußliche Gesetz gestimmt hat, diese Aermsten der Armen zu unterstützen.

Es ist geradezu himmelschreiend,

daß man einer solchen Regierung das Budget bewilligt. Weil wir im Reichstag nur die Reichsregierung packen können, sollten um so mehr die Genossen in den Einzellandtagen ihre Regierungen anpacken, die alle, ob freiwillig, ob unfreiwillig, für die schauderhafte Reichsfinanzpolitik mit verantwortlich sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wie hat es denn die badische Regierung bei Rheinfelden gehalten und wie in Mannheim? Unsre Gewerkschaften hätten alle Ursache, ein gehöriges Sündenregister aufzurollen, und das wird auch noch geschehen. Auf die Dauer läßt sich das die Masse nicht gefallen. Die Konsuln, sagten die Römer, sollen sehen, daß dem Gemeinwesen kein Schaden erwächst, und ich sage, die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß

die Parteiführer der Partei keinen Schaden tun.

(Lebhafter Beifall.) Demokratisches Mißtrauen, und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahme, auch gegen mich. (Sehr [illegible]) Sehr den Führern auf die Finger,

seht den Redakteuren auf die Finger.

(Stürm. Beif.) Schlafen denn unsre Preßkommissionen? Um 30, 40 Mark notwendige Ausgaben gibt es nächtelange Debatten, aber über Konflikte, wie in Dresden wie damals bei den „Vorwärts"-Redakteuren, wie jetzt mit den Badenern, da wird in manchen Blättern in geradezu skandalöser Weise alles unterdrückt, was ihnen nicht paßt. (Zuruf: „Leipziger Volkszeitung"!) Es wird auch in Ilion gesündigt, aber mehr noch außerhalb Ilions, und ihr in München habt ein ganz besonderes Exemplar. (Heiterkeit.) Wenn unsre Gegner nicht bis hoch hinauf so furchtbar dumme Esel wären, dann könnten sie es uns ganz anders in die Bude schneien lassen. Es gibt sehr viele sozialistische Gimpel, die sich sehr gern fangen lassen. (Sehr gut!) Unsre Regierung braucht nur danach anzufangen: den Weg, wie sie es machen soll, will ich ihr lieber nicht zeigen. (Heiterkeit.) Aber wenn der Gimpelfang stattfinden sollte, dann reden wir auch darüber.

Herr Bassermann freilich will vom

Block von Bassermann bis Bebel

nichts wissen. Nun, auch der Bebel will davon nichts wissen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Im Anfang dieses Jahres, als Pfarrer Naumann diese Parole ausgab, trat ich im Reichstag auf Bassermann zu und sagte: Verehrter Blockbruder, wie steht es denn mit uns? (Heiterkeit.) Da sagte er: Ach was, Unsinn, Blödsinn. Ich sage, jawohl, einverstanden. (Große Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Sogar Genosse Peus sieht ein, daß das Unsinn und Blödsinn ist. In seinem Blättchen stehen Dinge, daß mir oft die Haare zu Berge stehen, aber wenn er dann nach Brandenburg zu seinen Wählern geht, dann ist er ein ganz andrer Kerl. Als es sich darum handelte, seine Kandidatur aufzustellen, war er merkwürdig radikal, ich habe mich sehr über ihn gefreut und ich hoffe, Genosse Peus, Sie bleiben einmal eine Weile bei diesem Standpunkt stehen. (Unter großer Heiterkeit des Parteitags meldet sich Genosse Peus beim Bureau zum Wort.)

Nun hat man ja ausgeführt: Was diesmal die Badener gemacht haben, wäre auch früher geschehen, und besonders sei ich dabei der Sündenbock gewesen. Genosse David hat die alten Protokolle ganz genau studiert und hat auf den einstimmigen

Beschluß des St. Gallener Kongresses

von 1887 hingewiesen, wonach bei den nächsten Wahlen in den Stichwahlen für keinen Freisinnigen eingetreten werden sollte. Und das Zentralkomitee hat dann das Gegenteil getan. Das stimmt. Wir hatten bei den Sekundarwahlen für die Freisinnigen gestimmt und der Freisinn hat uns im Stiche gelassen. So verloren wir trotz unsres Stimmenzuwachses Mandate wie 1907. Daraufhin wurde dann der Beschluß von St. Gallen gefaßt. Dann kam 1890 und wir haben entgegen dem Beschluß aufgefordert, für die Liberalen zu stimmen. Inzwischen war nämlich eine ganz gewaltige Umgestaltung der Dinge eingetreten. Bismarck wollte das Sozialistengesetz verewigen; es war gefallen. Nationalliberale und Konservative waren wütend über den Fall. Da sagten wir uns: jetzt kann es auf eine Stimme im Reichstag ankommen und da müssen wir alles tun, was wir können, um das zu verhüten. (Sehr richtig!) Ich habe dann beantragt, den von mir selbst in St. Gallen beantragten Beschluß wieder aufzuheben. (Zuruf bei den Süddeutschen: Das verstehen wir!) Nun ja, das hat damals die ganze Partei verstanden. In Halle machten dann die Jungen großen Krach über unser Verhalten. Darauf sagte ich: Jawohl, wir haben das Kardinalverbrechen begangen. Auf Briefe von allen Seiten aus Deutschland hin haben wir die Parole geändert. Diese Frage ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik. (Sehr richtig!) Aber was wir jetzt haben

ist eine prinzipielle Sache.

Das haben drei Parteitage beschlossen. Sie (zu den Süddeutschen) haben das Recht, das nicht zu glauben, aber es ist beschlossen, und wohl oder übel müßt Ihr Euch fügen. Es

ist ein Unterschied, ob es sich um eine dauernde Einrichtung im parlamentarischen Leben der Partei handelt, oder ob es sich um einen Beschluß für einen bestimmten Fall handelt. Der Parteivorstand hat immer die Vollmacht gehabt, in bestimmten Fällen andre Weisung zu geben. Im Jahre 1870 beschloß auf Antrag von Schweitzer der Allgemeine deutsche Arbeiterverein, den sogenannten Ehrlichen, den Eisenachern, das heißt speziell Liebknecht und mir, bei keiner Wahl eine Stimme zu geben. Für die Liberalen sollte gegen die Eisenacher gestimmt werden und bei einer Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Eisenacher sollte man sich der Abstimmung enthalten. So wurde beschlossen, aber gehandelt haben die Allgemeinen Deutschen nicht danach. Bei der Wahl in Leipzig im März 1871 haben sämtliche Allgemeinen Deutschen Mitglieder mich gewählt. So wird es allzeit sein, das sind ganz andre Dinge. Wenn wir entgegen einem Parteitagsbeschluß aufgefordert haben, Mitglieder der Freisinnigen Vereinigung Bauernbündlern vorzuziehen, so wußten wir im voraus, daß die Partei hinter uns stand, und die Beschlüsse des Parteitags haben uns recht gegeben. Also die gegen uns gerichteten Vorwürfe treffen in keiner Weise zu. Hier haben wir es mit einem prinzipiellen Beschluß, in den andern Fällen mit taktischen Beschlüssen zu tun.

Nun ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Parteigenossen es sich nicht gefallen lassen, daß ein Teil der Partei den mit gewaltiger Mehrheit angenommenen Beschluß grundlegender Natur für ihre praktische Betätigung im Landtag mißachtet. Dabei kann keine Partei auf die Dauer bestehen. (Lebhafter Beifall.) Das geht nicht, daß ein Kollegium von Abgeordneten eigne Wege wandelt, vielleicht, weil sie sich für Wesen höherer Art halten. (Heiterkeit.) Es gibt nämlich Leute unter uns, die glauben, daß sie höhere Wesen sind, sobald sie ein Mandat haben. (Große Heiterkeit u. Zustimmung.) Wenn Sie meinen, sie könnten mit der Partei umspringen, wie Sie wollen, dann hätte auch jeder Parteigenosse das gleiche Recht. Wenn die berühmte persönliche Freiheit entscheiden soll, wo kommen wir da hin, was soll da werden, wenn jeder sagt: Ich fühle mich durch einen Beschluß in meinem Gewissen bedrückt und handle dagegen.

Da ist kein Parteileben mehr möglich.

Wenn ein gemeiner Parteigenosse sich viel geringer gegen einen Parteitagsbeschluß vergangen hat als die Badener, dann wird er ausgestoßen aus der Partei, dann weist man ihm den Weg. (Lebhafte Zustimmung.) Man ist in Norddeutschland selbst so weit gegangen — ich habe dagegen angekämpft und es nicht gebilligt —, daß man Parteigenossen ausgeschlossen hat, weil sie sich an der öffentlichen Klassenwahl nicht beteiligt haben. Ich sage, das ist unrecht. Wie können sich kleine Geschäftsleute selbst denunzieren? Stimmt einer gegen die Partei, dann raus mit ihm! Ihn aber herauszuwerfen, weil er sich enthält, das geht nicht ohne weiteres. Aber wenn man so in Norddeutschland verfahren hat,

dann begreift man die ungeheure Erbitterung,

die das Verhalten der Badener hervorgerufen hat, dann begreift man es, daß eine Menge von Anträgen gekommen ist, die erklären: Hinaus mit ihnen! Sie gehören nicht mehr zur Partei, denn sie haben Parteitagsbeschlüsse verletzt und bewußt gegen den Willen der Partei gehandelt. (Lebh. Zustimmung.) Nun mache ich gar kein Hehl daraus, ich habe mich auch eine Weile besonnen, ob ich einen solchen Antrag einbringen soll. (Bewegung.) Ich habe sogar eine Fassung gehabt, ich will es Ihnen ruhig sagen, es sind keine Staatsgeheimnisse. Wir haben dann darüber beraten. Da hat man mir Gründe gebracht, so daß ich gesagt habe: Nein, wir lassen das weg. Aber ich habe mir gesagt:

Wenn es wieder vorkommt, dann

gibt es keine Gnade mehr (Lebhafter Beifall.) Wir können zugestehen, daß die Abgeordneten im guten Glauben handelten, und daß es sich tatsächlich ergeben hat, daß die badische Partei ihren Schritt billigte. Das sprach zu ihren Gunsten. Ich halte es für ungerecht, wenn man bei den Anklagen so weit gegangen ist, daß man gesagt hat: Sie haben Verrat an der Partei begangen. (Hört, hört!) Wenn ein Parteigenosse Verrat begeht, dann gibt es kein Erbarmen, kein Mitleid, dann muß er heraus! (Stürmische Zustimmung.) Um das zu beweisen, genügt nicht, daß der eine oder andre Vermutungen hat, die Badener seien Verräter. Das müßte bewiesen werden, da müssen Tatsachen vorliegen. Die bloße Tatsache, daß man gegen einen sehr klaren und wiederholt ausgesprochenen Beschluß der Partei gehandelt hat, stempelt einen noch nicht zum Verräter. Verräter ist einer, wenn er mit Absicht die Partei verderben will oder hofft, Vorteile zu gewinnen, sagen wir, vielleicht Geheimrat zu werden. (Heiterkeit.) Wenn das nachgewiesen werden könnte, wenn einer so dumm gewesen wäre, das zu sagen, das wäre ein Verräter. Den können wir nicht brauchen. Wie die Dinge heute liegen, können wir Geheimräte nicht als Parteigenossen ansehen.

Ich erkläre auch — ich glaube auch im Namen meiner Vorstandsgenossen und der Kontrollkommission, deren Gesamtprodukt in der von mir hier vertretenen Resolution vorliegt — daß wir dem Zusatzantrag der 200 Genossen nicht nachkommen können, daß wir nicht dafür stimmen können, und daß wir die Parteigenossen dringend bitten, das Amendement zurückzuziehen. (Beifall.)

Aber ich erkläre auch wieder, daß es in unsrer Resolution klar und deutlich heißt: „Die Mißachtung von Parteitagsbeschlüssen ist eins der schlimmsten Vergehen, dessen sich ein Parteigenosse gegen die Partei schuldig machen kann.“ Wenn nun, nachdem eine breite Diskussion stattgefunden hat, machdem die Partei wochenlang in der furchtbarsten Aufregung gehalten wurde, nachdem Parteitagsbeschlüsse vorliegen wenn dann wieder anders gehandelt werden sollte,

dann hört alles auf!

Das lassen wir uns nicht gefallen, dann mag passieren, was will. Dann sage ich: Schluß! Mag dann in Frage kommen, wer will. (Bewegung.)

Nun ist die Frage aufgeworfen worden, welche Befugnisse der Partei zukommen und welche nicht. Ich habe schon auf die Erklärung der 66 hingewiesen. Der bayrische Parteivorstand hat ja etwas Aehnliches in Erlangen verkündet. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, diese Erklärung Auers war wohl präpariert im Ausschuß in München. Es wird darin gesagt, daß über alle speziellen Fragen der Landespolitik die Landesorganisationen selbständig zu bestimmen haben sollen. Es ist inzwischen ein Streit unter den bayrischen Genossen entstanden über die Bedeutung dieser Erklärung. Sie enthält in der Hauptsache dasselbe, was die 66 sagen. Demgegenüber erkläre ich, und ich bin ev. entschlossen, diese Erklärung als Resolution dem Parteitag vorzulegen:

„Der Parteitag der Gesamtpartei ist die oberste Instanz der Partei. Als solche hat der Parteitag das unbestreitbare Recht, als letzte Instanz in allen Parteiangelegenheiten, seien sie prinzipieller, taktischer oder sachlicher Art, endgültige Entscheidung zu treffen sobald er dazu angerufen wird. Es gibt keine Organisation, kein Kollegium, keine Person, die sich dem letztinstanzlichen Entscheid des Parteitags der Gesamtpartei entziehen kann. Diese autoritative Stellung des Parteitags ergibt sich naturgemäß aus der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie eine einheitliche Partei ist mit einer einheitlichen Organisation, mit einem gemeinsamen Programm und mit gemeinsamen Zielen.“

Nun will ich hören, ob jemand gegen diesen Standpunkt auftritt und sagt: Nein, das gestehen wir dem Parteitag nicht zu, dazu hat er kein Recht! Dann wollen wir darüber entscheiden. Es wäre doch merkwürdig, wenn der deutsche Parteitag seine eigne Autorität herabsetzen würde, weil da Leute in Reuß, Schleiz, Lobenstein, Bückeburg, Lübeck, Bayern, Baden, Württemberg meinen wir müßten anders verfahren. Wir haben diese traurigen Gebilde deutscher Zerrissenheit, die sind leider da, aber so weit zu gehen, daß sie das Recht haben, selbstherrlich zu entscheiden, und daß der Parteitag zuschaut, selbst wenn es noch so toll da zugeht, nein, ich danke. Davor werden wir uns hüten. Das kommt schließlich darauf hinaus, daß jeder machen kann, was er will.

Da geht die ganze Partei zugrunde.

Ich sage es ganz offen: Ihr Süddeutschen seid ganz famose Kerle, sogar ein Capua habt Ihr (Heiterkeit), vielleicht verbringe ich gar den Rest meiner Tage in Capua (Hört, hört!), aber Capuaner werde ich nicht. (Lebh. Beifall.) Ihr Süddeutschen habt zuviel Gemüt. Ihr seid zu weich, Ihr laßt Euch zu leicht knebeln. (Auer ruft: Sehr richtig!) (Heiterkeit.) Wir brauchen aber stramme, aufrechte, rückgratstarke Männer. Wir brauchen entschiedene Leute, die auftreten und wissen, was sie wollen und die auch danach handeln und die den Gegner nicht im Zweifel darüber lassen. Aber wenn es vorkommt, daß in Bayern, wo der Ultramontanismus in der fürchterlichsten Weise regiert, wo die Regierung ganz im Banne der Ultramontanen steht — wenn es da vorkommen kann, daß in der Fraktion noch ein kleiner Teil vorhanden ist, der unter solchen Verhältnissen für die bayrische Regierung das Budget bewilligen will, da hört der Spaß auf. Da wollen wir die Kontrolle haben. Wenn wir da freie Hand lassen, da kann es uns sehr schlecht gehen, da leidet die Partei darunter.

Nun ist aber noch verschiedenes vorgekommen, das außerordentlich bedauerlich ist. In dem erregten Kampfe, der sich entwickelt hat, haben die Süddeutschen ganz direkt gesagt: Da mischen sich in unsre Angelegenheiten nicht nur die Preußen und Sachsen, sondern auch die Ausländer, die Rosa Luxemburg und Pannekoek! Das ist der internationale Standpunkt der Süddeutschen. Rosa Luxemburg ist deutsch wie Auer, Pannekoek ist Ausländer, man hat ihn um seine Stellung gebracht. Da kommt die Pforzheimer „Freie Presse“ und nennt die vier Bremer Abgeordneten zum Parteitag und druckt den Namen Pannekoek gesperrt. So wird denunziert. Das ist abscheulich und erbärmlich und sollte nicht vorkommen. Auch der Kolb hat in das Horn gestoßen; auch er ist gegen die Ausländer. Wie heißt es doch gleich: „Ausländer, Fremde sind es meist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion; dergleichen Sünder sind meistens keine Landeskinder.“ In Baden gibt es das nicht.

Ihr seid zu zahm erzogen dort,

Ihr erzieht auch Eure eignen Leute zur Zahmheit. Ich erinnere nur an den Artikel über Goethe im Karlsruher „Volksfreund“. Ich will erklären daß Kolb daran nicht schuld ist. Aber es handelte sich um einen Verein, wo Pfaffen und Mucker und Nationalliberale und leider auch Sozialdemokraten mitwirkten. Wie konnte ein sozialdemokratisches Blatt ein derartiges Referat bringen? Während da geeifert wird gegen die Parteigenossen, die sich eingemischt haben, hat Kolb selbst im Mai dieses Jahres, als sich Ferri in Rom dem italienischen König gegenüber sehr merkwürdig benahm, geschrieben: „Jeder Mensch hat das Recht, sich zum Narren zu machen, soviel er will, aber keiner hat das Recht, seine Partei zum Narren zu machen.“ Ich wünsche, das würde von uns stets beachtet, besonders von den Badenern.

Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen dürfen. Die Klassengegensätze werden nicht milder, sie werden schärfer. (Zustimmung.)

Wir marschieren sehr, sehr ernsten Zeiten

entgegen. (Zust.) Was kommt nach den nächsten Wahlen? Das wollen wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 oder sonstwann ein europäisches Kriegsgewitter heruntersaust, dann sollt Ihr sehen, was wir zu tun haben und wo wir da zu stehen haben. Sicherlich ganz wo anders, als man jetzt in Baden steht. (Auer ruft: Da sind wir ja auch noch da!) Das will ich ja. Glaubt Ihr, ich will Euch ausschließen? Eure Taktik aber erregt Verbitterung, sie hemmt die Entschlossenheit, die Schlagfertigkeit, das Vorwärtsmarschieren mit festem Schritt und Tritt. In Reih' und Glied soll marschiert werden, wir können keine Seitensprünge brauchen. Das wollte ich mit meinen Worten sagen. (Lebh. Beif.)

Auch die Hofgängerei

verbittet sich die Partei. (Zurufe von den Badensern: Wir waren doch nicht dabei!) War das nicht auch ein Hofgang, daß man ganz überflüssigerweise zu dem feierlichen Landtagsschluß ging? Im Karlsruher Schloß wird man Euch das wohl angerechnet haben? Die wollen doch aber auch keine Leute mit Seitensprüngen. Ihr verderbt es mit uns und mit ihnen, Ihr sitzt zwischen zwei Stühlen. (Widerspruch Franks.) Jawohl. [illegible] Eurer Weisheit, mit Eurer staatsmännischen Klugheit, mit Eurer Diplomatie erreicht, die so unklug war wie noch nie. (Stürmische Zustimmung.) Niemals haben Parteigenossen

sich so blamiert vor den Gegnern,

wie Ihr. (Stürm. Zustimm.) Im Schlosse zu Karlsruhe findet heute die Hofcour zum Ehejubiläum des Großherzogspaars statt. Es freut mich, daß die von der Fraktion erwählten Vertreter Geiß und Pfeifele hier in unsrer Mitte sind. (Heiterkeit.) Die Mannheimer Parteigenossen haben nämlich gesagt: Die schicken wir nach Magdeburg, da sind sie aus der Verlegenheit heraus! (Große Heiterkeit.) Aber wie steht es denn mit § 74 der Geschäftsordnung des badischen Landtags? Der sollte Euch doch zwingen, daß Ihr da die Deputation mitmacht. (Frank ruft: Jeder ist doch mal verhindert!) Der § 74 bindet Euch, es freut mich aber, daß Ihr Euch nicht habt binden lassen, ebenso freut es mich, daß Ihr 24 Stunden lang gegen das Budget stimmen wolltet. Ich sage doch, es geht, daß man gegen das Budget stimmt, Ihr habt es selbst bewiesen. Ihr könnt reden, was Ihr wollt. Die Tatsache, daß Ihr 24 Stunden lang das Budget verweigert habt, muß alle Eure Argumente über den Haufen werfen. Nun hat man freilich in Karlsruhe über die Schlaumeierei gelacht, mit der man den höfischen Festlichkeiten ferngeblieben ist, man lacht da über manches (Heiterkeit). Kolb hat immer gesagt: Zwingt mich nur nicht, daß ich mehr sage! und dabei hat er soviel gesagt, was er nicht hätte sagen sollen, daß ich mir sagte: Na, so ein Schlaumeier ist mir noch nicht vorgekommen (Heiterkeit), der das Gegenteil dessen tut, was er eigentlich tun will und tun sollte.

Nein, Genossen, so geht es nicht weiter, wir müssen Glied an Glied, Kopf an Kopf

marschieren in geschlossener Reihe.

Sollte jemand so tollkühn sein, zu sagen, ich gehe meinen eignen Weg, ich kann nicht akzeptieren, was ihr beschlossen habt — nun so soll er es tun. (Stürm. Beif.) Es sind Episoden in der Geschichte der Partei, wo ähnliches war. Ich erinnere an Bräuer, der 1875 von der Vereinigung nichts wissen wollte, der aus der Partei ausschied und mit seinem kleinen Häuflein jahrelang unbemerkt wie ein Veilchen am Wege geblüht hat. Kein Hahn hat danach gekräht. Hasselmann versuchte die Partei zu sprengen, Most versuchte es, sie sind hinausgeschoben und die Partei ist weiter marschiert. (Zuruf v. d. Südd.: Wollen wir denn die Partei sprengen?) Aber ich bitte Euch, hört doch, was ich sage. Wenn einer da wäre, der das wollte, den erinnere ich an die geschichtlichen Vorgänge, und wenn es mehrere wären, selbst die angesehensten, und wenn ich es machen wollte, ich wäre sehr bald ein General ohne Armee. (Sehr richtig!) Wir können unsre Stellung als Führer nur behaupten, wenn wir im Sinne und Geiste der Partei arbeiten und tätig sind. (Bravo!) Nur das allein kann uns die Stellung geben. Wir führen auch nicht,

wir werden weit mehr geschoben

als wir führen, und das ist gut so. Denn wenn es manchmal auf die Führer ankäme, dann würden wir irregehen. (Sehr richtig!) Aber ich finde mich in diese Rolle, auch ich habe schon Dummheiten gemacht (Heiterkeit.) Ich habe es aber immer zugegeben, wenn ich es eingesehen habe. (Erneute Heiterkeit.) Das ist ein Unterschied, und ich habe mich gehütet, einen zweiten Fehler zu machen.

Also jetzt heißt es: geschlossen marschieren, den Ereignissen, die kommen, die Stirn bieten, nicht nach rückwärts schauen. Vorwärtsmarsch, durch und drauf. (Brausender anhaltender, sich mehrfach wiederholender Beifall.)

Frank (Mannheim):

Genossinnen und Genossen! Soweit ein Sünder überhaupt mit der Rede seines Anklägers zufrieden sein kann, war ich von den Worten Bebels angenehm überrascht. Ich muß sagen, es hat bei allem Ernst eine gewisse Zärtlichkeit für uns Badener herausgeschaut (Heiterkeit), und ich habe an den Vers denken müssen aus der Weisheit des Brahminen: „Was soll ein Vater tun, wenn ihm ein Sohn mißraten? Der Vater bleibt im Lieben, so leid ihm sind die Taten.“

Bebel hat sich damit auf jenen Boden gestellt, auf dem überhaupt nur eine kameradschaftliche Diskussion möglich ist. (Sehr richtig!) Er hat anerkannt, daß wir in guter Absicht, in der Meinung, unsrer Bewegung zu nützen, gehandelt haben; er hat anerkannt, daß unsre Personen und unsre Ueberzeugungen zu respektieren sind bei aller sachlichen Gegnerschaft. Ich bin zu meiner Freude durch diese Tatsache der unangenehmen Aufgabe überhoben, mich mit jener Gruppe von Genossen auseinandersetzen zu müssen, die geglaubt haben, andre Wege gehen zu sollen, die nicht nur unsre Meinung zu bekämpfen, sondern außerdem unsre Motive und unsre Personen zu verdächtigen sich verpflichtet glaubten. Ich kann nicht alle aufzählen und will es nicht tun. Daß die „Leipziger Volkszeitung“ dabei war, ist selbstverständlich (Sehr richtig!), aber für ihre Verhältnisse — ich sage es offen — war sie direkt anständig. (Heiterkeit.) Sie hat bloß behauptet, daß

wir parlamentarische Kretins und Kleinbürger

sind; das nehmen wir dem Genossen Lensch nicht übel, wir wissen, daß er gewohnt ist, die Dinge und Menschen vom hohen Roß herab zu beurteilen. (Heiterkeit.) Genosse Stadthagen sagte uns ja allerdings hündisches Benehmen nach, und es kam auch Genosse Antrick und das Blatt des Genossen Gewehr, das uns bezeichnete als Byzantiner und als Streber, die nach Ministersesseln schielen. (Lachen.) Ich halte es für unter der Würde des Parteitags und der badischen Genossen liegend, auch nur mit einem Worte zu erwidern. (Zustimmung.) In die eine Wagschale lege ich die Meinung Bebels und in die andre das Urteil Stadthagens, Antricks, Gewehrs und Lenschs und überlasse getrost dem Parteitag die Entscheidung, auf welcher Seite das gewichtigere Urteil ist. (Sehr gut!)

Wir kommen zu Ihnen

nicht reumütig, sondern mit dem Bewußtsein,

das Gute gewollt und getan zu haben. Wir haben die Partei nicht provoziert und nicht überfallen, sondern wir konnten gar nicht offener und klarer zu Werke gehen. Von allen Seiten sind, wie Bebel schon erzählt hat, in Nürnberg die möglichen Folgen eines verfehlten Beschlusses vorausgesagt worden. Die Warnungen waren umsonst, und es kam die Resolution und die Erklärung von Segitz. Die Erklärung Segitz war nicht nur eine Art Rechtsverwahrung, sie drückte den ernsten und festen Entschluß aus, bei aller Achtung vor der Gesamtpartei und den Beschlüssen des Parteitags die Verhältnisse der einzelnen Länder nicht zu vergessen, die sich nicht alle einheitlich bewerten lassen. Die an den Parteitag anschließenden Proklamationen des badischen und bayrischen Landesvorstandes, die beide

jene Erklärung der 66

zu der ihrigen gemacht haben, mußten alle Zweifel über die Natur jener Erklärung beseitigen. Daß sie verstanden worden ist, beweist ein Artikel im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für Deutschland. Dieses so vorsichtig geleitete Organ hat damals geschrieben:

> Was wird die Folge dieses Beschlusses und dieser Erklärung sein? Das ist die Frage, über die nunmehr in der Parteipresse lang und breit geleitartikelt wird. Man hätte sich diese Frage besser vor dem Parteitag vergegenwärtigt, denn sie führt fast allgemein zu ruhigerer Erwägung der Dinge und zu dem lebhaften Wunsche, die Süddeutschen möchten keinen Schritt tun, der zu einer Trennung führen könne. Die Frage ist aber auch gar nicht unmittelbar zu beantworten, weil sich eben Budgetabstimmungen nicht auf Jahre hinaus dirigieren lassen. Eben deshalb, weil es sich um eine Frage der parlamentarischen Taktik handelt, sind die süddeutschen Genossen gar nicht imstande, jetzt schon zu erklären, was sie bei der in 2 Jahren wiederum fälligen Abstimmung zu tun gedenken. Sie werden durch den Gang der Landespolitik bestimmt, zu handeln, wie es notwendig erscheint.
>
> Sie werden dabei selbstverständlich nicht den Wunsch haben, neue Auseinandersetzungen mit den Genossen im Lande, vielleicht Mark, die Bevölkerung des Mains oder der Elbe zu provozieren und die kostbare Zeit eines Parteitags für ihre Landesangelegenheiten in Anspruch zu nehmen — sie werden bei ihrer Entscheidung also auch dieses Maß von Verantwortlichkeit berücksichtigen müssen. Man kann indes nicht von ihnen verlangen, daß sie automatisch das Budget verweigern und eine entsprechende Menge von Gründen aufsagen, sondern man muß ihnen in ihrem Kampfe mit bürgerlichen Parteien so viel Ellenbogenfreiheit gewähren, um im Dienste der Arbeiterbewegung politisch erfolgreich tätig sein zu können. Es werden also für die Folge Budgetabstimmungen doppelt vorsichtig erwogen werden, aber auch da werden Budgetbewilligungen nicht absolut ausgeschlossen sein. Möge dann von allen Seiten rechtzeitig der Weg der Verständigung beschritten werden, um einer Entwicklung der Auseinandersetzungen vorzubeugen, die diesmal der Partei die Gefahr der Spaltung nahe gebracht hatten.

Auch bürgerliche Kreise haben damals denselben Eindruck gehabt. Ich bringe dieses nicht etwa darum vor, um Schuldlosigkeit für uns abzuleiten; ich will aus der politischen Frage keine Rechtsfrage machen; ich bringe es nur vor, um zu sagen, es war kein Zufall, daß gegenüber diesen Dingen die Partei und der Leipziger Parteitag vollständig geschwiegen haben. Sie taten das deshalb, weil ein großer Teil von Ihnen nach Nürnberg das Gefühl hatte: Wir haben den Bogen überspannt. (Zustimmung und lebhafter Widerspruch, Gelächter.) Wir haben auf eine große Minderheit in der Partei nicht die Rücksicht genommen, die notwendig ist für die Aufrechterhaltung der Mehrheitsbeschlüsse. (Zustimmung. Widerspruch. Rufe: Zuviel Rücksicht!) Aber auch wenn das Schweigen und diese Erklärung nicht vorhanden gewesen wären, wir hätten

trotzdem nicht anders gehandelt

und nicht anders handeln können, als wir gehandelt haben, weil wir der Auffassung sind, daß gegenüber der Pflicht der Disziplin auch die Pflicht besteht, diese Disziplin vernünftig auszulegen, und daß es Umstände gibt, unter denen der Disziplinbruch zur Pflicht wird.

Das oberste Gesetz, unter dem wir alle stehen, ist, alles zu tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert (Zustimmung), und alles zu verhindern, was diesen Aufstieg hemmt. (Sehr richtig! Zuruf: Wer entscheidet das?) Wenn ein Parteibeschluß der Bewegung schweren Schaden brächte, dann kann ein Disziplinbruch zur Pflicht werden. Die Partei will

keinen automatischen Gehorsam.

Bebel hat das vollständig zugegeben, denn das entspricht der Tradition und Taktik der Partei. Jeder Parteitagsbeschluß gilt unter dem stillen Vorbehalt, daß er nicht von Maschinen, sondern von vernünftigen Menschen ausgeführt wird. Bebel und Singer haben mehrfach, der erste eben noch zugegeben, daß sie unter Umständen gegen Parteitagsbeschlüsse gehandelt haben. Dagegen kann man sich nur aus dem Geist der unbedingten Wortdisziplin wenden, die gestern Stadthagen so ausgezeichnet verspottet hat. (Sehr gut!) Bei jedem Bruch des Sankt Gallener Beschlusses hat Singer mit Recht erklärt: wir wären Verräter gewesen, wenn wir Stimmenthaltung proklamiert hätten. Nun sagt Bebel, es ist ganz etwas andres, wenn von der leitenden Stelle eine solche von den Beschlüssen abweichende Stellung ausgeht... (Bebel: Das habe ich nicht gesagt!) von denen, die die Ueberzeugung haben, daß sie die Gesamtpartei hinter sich haben. Bebel hat weiter darauf hingewiesen, daß er selbst nachher um Idemnität nachgesucht hat. Ja wenn ich wüßte, daß ich die Mehrheit bekomme, würde ich auch um die Idemnität bitten. (Große Heiterkeit. Bebel: Das ist eben der Unterschied!)

Bebel machte weiter einen Unterschied zwischen

Programm und Taktik.

Ja, es ist häufig furchtbar schwer herauszufinden, wo es sich bei den Beschlüssen um das Programm und wo um die Taktik handelt. Wenn

man beschließt, einmal eine Dummheit zu machen, so ist das ein taktischer Beschluß; wenn man beschließt, die Dummheit immer zu machen, dann ist es ein prinzipieller Beschluß. Auf Grund des Wortlautes des Nürnberger Beschlusses kann man einfach nicht sagen, daß dort ein Prinzip aufgestellt ist (Sehr richtig!), denn

ein Prinzip läßt keine Durchlöcherung zu,

und der Nürnberger Beschluß läßt Ausnahmen zu. Der Parteitag kann schließlich ebensowenig wie das englische Unterhaus aus einem Mann eine Frau machen (Heiterkeit). Wir können nicht die Natur der Dinge ändern, und wir können nicht aus taktischen Dingen ihrer Natur zuwider prinzipielle Dinge machen.

Wie sind wir zu unserem sogenannten Disziplinbruch gekommen? Ich weiß, daß für den Teil des Parteitages, der sich auf den disziplinarrechtlichen und parteistrafrechtlichen Standpunkt stellt, meine Ausführungen wertlos sind. Wer auf solchem Standpunkt steht, sagt einfach: es muß Order pariert werden, mag da folgen, was da will. Aber aus den Ausführungen von Bebel glaube ich entnehmen zu dürfen, daß dieser rein formale Standpunkt niemals der Standpunkt der Partei gewesen ist. Wir sind nach langen Kämpfen — nehmen wir an, sie seien leicht gewesen —

in Baden zum direkten Wahlrecht gekommen.

Zunächst kämpften wir Seite an Seite mit den bürgerlichen Demokraten und dem Zentrum gegen die Liberalen, später haben die Liberalen mitgemacht. Bei den ersten direkten Wahlen bekam das Zentrum im ersten Wahlgang von 73 Sitzen 28. Die schwarze Gefahr stand vor den Toren. Da sind wir, von den Massen dazu getrieben, dazu gekommen, jenes Gebilde zu schaffen, das unter dem Namen „Großblock" jetzt so viel beredet wird. Bei manchem Genossen gehört es in der letzten Zeit zum guten Ton, über diesen Großblock zu lächeln und zu witzeln. Es muß doch ein lebensfähiges Gebilde sein, denn sonst wäre es in 5 Jahren schon totgeredet und totgeschrieben worden. Spielen wir nicht mit Worten. Seit Jahrzehnten stimmt unsre Partei in den Stichwahlen überall für die Liberalen gegen die rechtsstehenden Parteien, wenn es auch einmal Unstimmigkeiten mit Quidde und Blumenthal gibt. Immer wird darüber geklagt, daß es ein einseitiges Verhältnis sei, daß wir die Liberalen wählen, und sie uns durchfallen lassen. Das Wesen des Großblocks besteht nun eben darin, daß wir erklärt haben, wir machen das nicht weiter mit. Wir wählen die Liberalen, wenn sie sich schriftlich verpflichten, auch uns zu wählen, diesen Vertrag veröffentlichen und auch halten. (Sehr richtig!) Und der Vertrag ist gehalten worden.

Der Großblock ist also nichts weiter

als die Herstellung der Gegenseitigkeit, die von uns in Norddeutschland immer verlangt, aber nicht durchgesetzt worden ist. (Sehr richtig!) Nun versteht man unter dem Großblock zwei verschiedene Dinge, nicht bloß das Vorgehen bei den Wahlen, sondern auch das, was nach den Wahlen folgt. Nach den Wahlen von 1905 lagen sich Nationalliberale und Zentrum bald wieder in den Armen und machten eine rückschrittliche Gesetzgebung. Nun kamen die vorjährigen Wahlen, bei denen die Liberalen auf Grund ihres dummen Benehmens von 1905 bis 1909 im Landtag eine gründliche Niederlage erlitten. Die nationalliberale Partei, die einstige Beherrscherin des Landes, brachte im ersten Wahlgang ganze vier Kandidaten durch. Da waren sie gezwungen, mit uns den Großblock abzuschließen, der sich ausdrücklich nicht auf diese Bezirke erstreckte, wo die Wahl eines Klerikalen oder Konservativen nicht zu befürchten war. Wir eroberten im zweiten Wahlgange vier Mandate gegen die Liberalen. Das Endresultat waren 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 7 Linksliberale, 26 Klerikale und 3 Konservative. Zur Bildung einer Mehrheit hatten die Liberalen wieder, wie 1905, die Wahl zwischen uns und dem Zentrum. Notgedrungen, um nicht noch mehr Stimmen an uns oder an die Linksliberalen zu verlieren, kamen sie zu uns.

(Schluß des Berichts in der nächsten Nummer.)

* * *

Die badische Budgetfrage.

Daß heute ein großer Tag erwartet wird, prägt sich schon im Aeußern des Parteitags aus. Die Zuschauergalerien sind dicht gefüllt. Lange vor der Eröffnung sind die Plätze der Delegierten besetzt. Mit gezücktem Bleistift sitzen die Pressevertreter da, den Block auf den Knien. Ein dumpfes Brausen geht durch den Saal, das sich fast augenblicklich legt, als die Klingel des Vorsitzenden ertönt. Und volle Stille tritt ein, als Bebel nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte das Wort zu seinem Referat nimmt. Frisch und lebhaft setzt er ein. Mit Schärfe betont er die Notwendigkeit der Disziplin. Wie immer war zu einem Parteitagsbeschluß stehe, man kann gegen ihn agitieren, man muß sich aber fügen, solange er besteht. Große Heiterkeit erregt es, als der Redner erklärt, Frank sei einst sein Liebling, sein Benjamin gewesen, auf den er große Hoffnungen gesetzt habe.

Durch lebhaften Beifall unterstreicht die „Linke" des Hauses die scharfe Kritik, die Bebel an der Haltung der badischen Fraktion übt. Geschickt stellt der Redner eine große Anzahl Zitate von Herrschern, Staatsmännern und hervorragenden Parteigegnern zusammen, die sich mehr bestimmter und lobender über die Sozialdemokratie geäußert haben und namentlich das positive Wirken der Partei anerkannten, als Badener. Groß sei der Einfluß der Bewegung auf die nationalökonomische Disziplin an den Universitäten gewesen. Das waren die Erfolge der „Negation".

Bissig zwar, aber doch nicht verletzend zieht der Redner Vergleiche zwischen der Dreschflegelbehandlung der Nationalliberalen und der Haltung der badischen Fraktion vor der Budgetabstimmung. Als Bebel darauf hinweist, daß die badische Regierung den hungernden Tabakarbeitern 100 000 Mark verweigerte, stimmt auch die Galerie in den Beifall ein. Wieder, wie schon in früheren Jahren, feiert er die Tugend des Mißtrauens der Masse gegen ihre Führer in Organisation und Presse. Gemildert wurde auch allerdings hier die Schärfe durch eine humoristische Apostrophierung des Genossen Geck, der die Narben der türkischen Heiterkeit tragen muß. Für den Disziplinbruch gibt es keine Entschuldigung, aber die Badener seien teilweise gedeckt durch die Zustimmung ihres Landesparteitags und weil sie den unbestrittenen guten Willen hatten, der Partei zu nützen. Verräter — Leute, die die Partei schädigen wollen, vielleicht um besondere Vorteile für ihre Person zu erlangen — seien die Badener nicht. Wären sie es, dann hinaus aus der Partei!

Immer stürmischem Beifall ersetzt Bebel seine bei aller sachlichen Schärfe doch im Tone vom Geiste der Versöhnung getragene Rede.

Dann nahm Frank das Wort. Er erkannte ohne weiteres den „väterlich-gütigen" Ton des alten Parteigenossen und Führers an. Dieser Ton entspreche ihm der unternommenen Aufgabe, mit den Parteigenossen abzurechnen, die die Budgetbewilligung als Sünde, Sünde und Schlimmeres bezeichnen hätten. Die Badener hätten nicht als Neuerungsüchtige, sie hätten in dem Vertrauen gehandelt, das Gute zu wollen. Der Nürnberger Beschluß sei dem Bogen überspannt. Auch ihre Ansicht sei, daß Disziplin gehalten werden muß. Voraussetzung sei aber, daß die Majorität Beschlüsse fasse, die gehalten werden können, ohne die Ausführenden zu willenlosen Maschinen zu degradieren. Auf keinen Fall handle es sich bei der Frage der Budgetbewilligung um eine Frage des Prinzips, denn ein solches lasse keine Ausnahmen zu. Die Taktik könne man aber nicht auf Jahre hinaus festlegen.

Eingehend legt der Redner dar, wie die Sozialdemokratie den Einfluß der Liberalen und des Zentrums im Landtag brachen, wie sie die wichtigsten Kommissionen besetzten mit wichtigen Berichterstatterposten. Was die badische Fraktion auf gesetzgeberischem Gebiet erreichte und was sie nicht erreichen konnte, das möge man im stenographischen Bericht aufmerksam nachlesen. Es ist für uns Preußen besonders interessant.

Mit Entschiedenheit wandte sich der Redner gegen die Annahme, daß die Fraktion dem Minister zuliebe für das Budget gestimmt; im Interesse der politischen Lage und der Arbeiterbewegung sei es geschehen. Niemals wurde auch in Baden eine Budgetbewilligung als Vertrauensvotum für die Regierung betrachtet. Die Meinung, daß man im Parlament nur kleine Konzessionen durchsetzen könne, sei die Politik der Hoffnungslosigkeit, die entmutigen müsse. Aber auch kleine Konzessionen können zu fruchtbaren Zukunftskeimen werden. Unter überaus lebhaftem Beifall schloß auch dieser Redner seine Rede.

Die beiden Referenten haben die Debatte über die Budgetfragen glänzend in Form und Ton eingeleitet. Bleibt sie auf dieser Höhe, so geht der Freudenbecher der Bürgerlichen, den sie schon gefüllt bis zum Rande in der Hand halten, in tausend Splitter und Scherben.

-wr-

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 20. September 1910.

Schwarz und blau — dieselbe Farbe.

Durch die Zentrumspresse geht — von konservativen Blättern begierig nachgedruckt — ein Artikel, der sich mit der Stichwahlparole des Zentrums beschäftigt. Aus ihm geht hervor, daß sich das Zentrum für die nächsten Wahlen auf ein umfassendes, vollständiges Wahlbündnis mit den Konservativen einrichten will. Da die Existenz eines blauschwarzen Blockes beharrlich geleugnet wird, sind solche Auslassungen recht interessant. Zeigt sich doch in ihnen, daß die schwarzen Herrschaften aus Süddeutschland und vom Rhein zurzeit keine größere Sorge haben als die, wie sie ihren teuern Bundesgenossen, den ostelbischen Junkern, aus der Klemme, in die sie durch eigne Schuld geraten sind, wieder heraushelfen können.

Das Zentrum will auf die Aufstellung eigner Kandidaten verzichten, wo dadurch der mögliche Sieg eines Junkers gefährdet werden könnte. „Falsche Stichwahlen" sollen durchaus vermieden werden. Wörtlich heißt es:

Das Zentrum wird zuweilen Gelegenheit haben, sich selbst aus der Stichwahl zu halten und z. B. einen Konservativen gegen einen Sozialdemokraten in diese gelangen zu lassen, statt selbst gegen einen Genossen anzukämpfen. Dann ist die Wahrscheinlichkeit der Niederlage der Genossen größer. Diese Gedanken müssen in jedem Kreise überlegt werden. Es ist Sache der Kreiskomitees, dies im einzelnen zu besprechen und gute Beschlüsse zu fassen.

Die sozialdemokratische Partei, die nach den Phantasien der klerikalen und konservativen Presse in einer Art Blockverhältnis zum Linksliberalismus stehen soll, hat es bekanntlich ganz allgemein abgelehnt, irgendwo zugunsten eines Fortschrittlers auf die Aufstellung eines eignen Kandidaten zu verzichten. Genau dasselbe aber, was die Sozialdemokratie dem Fortschritt nicht tut, wird das Zentrum den Konservativen tun. Es wird sich selbst verleugnen und auf die Zählung seines Anhangs verzichten, um den Konservativen zum Siege zu verhelfen.

Vielleicht täte das Zentrum im eignen Interesse gut, mit der Abkommandierung seiner Wählerschaften nicht allzu verschwenderisch umzugehen. Läßt doch der vielfach beobachtete Rückgang der Zentrumsstimmen bei den Nachwahlen vermuten, daß die schwarze Partei für die nächsten allgemeinen Wahlen mit einem starken Wählerschwund zu rechnen hat. Dieser Wählerschwund wird nun noch gefördert durch die offen zur Schau getragene Intimität der „Zentrumsdemokraten" mit den verhaßten Todfeinden des deutschen Volkes, den preußischen Junkern. Auch der Ausgang der Knappschaftswahlen im Ruhrrevier könnte das Zentrum darüber belehren, daß im Bunde mit Heydebrand und Oldenburg-Januschau keine Wahlerfolge zu erzielen sind.

Bisher war das Zentrum die zweitstärkste Partei des Deutschen Reichs: es blieb an Wählerzahl hinter der Sozialdemokratie ungefähr um ein Drittel zurück. Wenn sich aber nun die Strategen des Zentrums die Mühe machen wollen, auf Grund der verschiedenen Nachwahlergebnisse eine Wahrscheinlichkeitsrechnung für 1911 aufzumachen, so werden sie finden, daß nach den nächsten Wahlen das Zentrum an Wählerzahl vermutlich nicht mehr halb so stark sein wird wie die Sozialdemokratie. Wenn das Zentrum trotzdem noch immer Stimmen an die Junker zu verschenken hat, so sieht man daran, wie groß die Liebe sein muß.

Je intimer sich das Zentrum mit den Ostelbiern gibt, desto klarer wird es auch für die Sozialdemokratie, daß in Zukunft auch in der Stichwahl keine sozialdemokratische Stimme für das Zentrum abgegeben werden darf. Mögen die Zentrumskandidaten auch die schönsten Versprechungen machen, immer wird man sich an das Wort erinnern müssen, das nicht von Sozialdemokraten geprägt ist, aber den Nagel auf den Kopf trifft: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip! —

Vereins-Kalender.

Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Magdeburg. Dienstag den 27. September, abends 6½ Uhr, Außerordentliche Generalversammlung im „Luisenpark", Spielgartenstr. 1c

Arb.-Radfahrerbund Solidarität Magdeburg. Vereinsabende: Abt. Wilhelmstadt („Luisenpark") Mittwoch; Abt. Buckau („Thalia") Mittwoch; Abt. Sudenburg („Zerbster Bierhalle") Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Weißer Hirsch") Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone") Mittwoch; Abt. Altstadt („Sachsenhof") Freitag Abt. Rothensee (Herrmanns Lokal) Donnerstag; Abt. Meitzendorf (beim Mitglied Heinrich Wilke) Dienstag. 1302

Montag den 26. September, abends 8½ Uhr, Fahrwarte-Sitzung aller Abteilungs-Fahrwarte im „Sachsenhof". 406

Abt. Sudenburg. Am Mittwoch 7½ Uhr Abendtour Abfahrt von der „Zerbster Bierhalle". 409

Abt. Neue Neustadt. Sonntag den 25. September findet auf allgemeinen Wunsch eine Schnitzeljagd statt. Abfahrt um 7 Uhr vom „Weißen Hirsch". 405

Niederndodeleben. Arbeiter-Radfahrerverein Am Mittwoch den 21. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal von Otto Heim. — 404

Burg. Freie Sängerschaft. Heute Dienstag 8½ Uhr Männerchor, Donnerstag 8½ Uhr Frauenchor bei Otto Eicke. 407

Schönebeck. Arbeiter-Radfahrerverein Frischauf. Dienstag den 20. September, abends 8½ Uhr, Versammlung im „Wiener Restaurant". —

Letzte Nachrichten.

Das amtliche Resultat über Frankfurt-Lebus.

*** Frankfurt a. O., 20. September. In der am 15. September vollzogenen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Frankfurt a. O.-Lebus sind nach endgültiger amtlicher Feststellung insgesamt 28 695 Stimmen abgegeben worden. Davon haben erhalten Schuhmachermeister Faber (Frankfurt a. O., Soz.) 14 319, Geh. Archivrat Winter (Magdeburg, natl.) 7754, Arbeitersekretär Dunkel (Berlin, kons.) 6595 Stimmen. Es ist mithin engere Wahl zwischen Faber und Winter erforderlich. Der Wahltermin ist der 26. September. Es stehen also 14 349 bürgerliche Stimmen gegen 14 319 sozialdemokratische Stimmen. An der absoluten Mehrheit fehlen also nur 16 Stimmen. —**

Eine Eisenbahnkatastrophe.

Hd. Wien, 20. September. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Eine schreckliche Eisenbahnkatastrophe hat sich heute früh in Steiermark ereignet. Der gestern abend um ½8 Uhr von Venedig abgegangene Schnellzug Venedig—Wien stieß bei Rottermann mit dem entgegenkommenden Schnellzug Wien—Venedig zusammen. Die Lokomotiven der beiden Züge bohrten sich ineinander, während sich die Wagen hoch übereinander auftürmten. Furchtbares Hilfegeschrei ertönte aus den zertrümmerten Waggons. Bis jetzt sind 10 Tote und nach neuern, jedoch noch unbestätigten Meldungen, 60 Schwerverletzte aus den Trümmern hervorgezogen worden. Ueber die Ursachen der Katastrophe ist noch nichts bekanntgeworden. —

Wb. Hamburg, 20. September. Bei einem heute vormittag erfolgten Sieleinsturz in der verlängerten Billstraße wurden zwei Arbeiter getötet und drei verletzt, davon einer schwer. —

SPb. Berlin, 20. September. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Wie der „Lokal-Anzeiger" mitteilt, hat Abgeordneter Wiemer in einer Versammlung im Rathaus unter stürmischem Beifall mitgeteilt, daß Staatssekretär Dernburg sich zur Annahme einer freisinnigen Reichstagskandidatur bereit erklärt habe. —

SPb. Berlin, 20. September. (Eigner Drahtbericht der „Volksstimme".) Eine Vertrauensmännersitzung der nationalliberalen Partei in Worms hat der Delegierten des Kasseler Parteitags die Direktive gegeben, dafür einzutreten, daß die Nationalliberalen mit dem Bunde der Landwirte in Unterhandlungen treten, jedoch auf keinen Fall mit dem Hansabund. Ein Zusammengehen der der Sozialdemokratie feindlichen Parteien mit der Sozialdemokratie müsse unter allen Umständen vermieden werden. —

Hd. Stuttgart, 20. September. Der Städtetag soll nächste Woche zusammentreten, um zu den Beschlüssen mehrerer württembergischen Städte zur Fleischteuerung Stellung zu nehmen. —

Wb. Kannstatt, 20. September. Bei einem Flugversuch stürzte gestern abend der Aviatiker Hans Vollmöller aus einer Höhe von 15 Metern ab und wurde leicht verletzt. Sein Aeroplan wurde vollständig zertrümmert. —

Wb. Wien, 20. September. Joseph Kainz ist heute früh 5 Uhr 35 Minuten gestorben. —

Wb. Paris, 20. September. Das lenkbare Luftschiff Liberté erlitt auf dem Rückfluge von dem aerostatischen Park des Manövergeländes nach Meudon einen Motordefekt und mußte in der Nähe von Contois landen. Der Schaden wurde zwar ausgebessert, es entwich aber eine so beträchtliche Menge Wasserstoffgas, daß eine neue Füllung vorgenommen werden muß. Die Liberté ist im Freien verankert und bleibt dort bis zum Eintreffen der Gasbehälter. —

Wb. Paris, 20. September. Als Antwort auf die von der Regierung angekündigten Maßnahmen zur Unterdrückung der antimilitaristischen Kundgebungen ließ der revolutionäre Jugendverein in der vergangenen Nacht einen gegen Offiziere gerichteten maßlos heftigen Aufruf anschlagen, in dem ein Teil der Verteidigungsrede abgedruckt ist, die der Ministerpräsident Briand vor etwa 8 Jahren als Verteidiger des Antimilitaristen Hervé vor den Geschwornen in Auxerre gehalten hat. Die Anschlagzettel wurden von der Polizei sofort entfernt. —

Hd. Chikago, 20. September. Nach einem Telegramm aus Kirk (Oklahoma) hat ein 13jähriges Mädchen das Geständnis abgelegt, ihren Vater und ihren Onkel aus Rache ermordet zu haben. Die beiden Brüder Shepher lebten zusammen mit der Tochter des einen derselben. Von gestern abend strafte der Vater des Kindes das Mädchen wegen eines Vergehens ab und schickte es zu Bett. In der Nacht erhob sich das Mädchen, nahm einen Revolver und tötete im Schlafe zuerst den Vater und dann den Onkel.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 21. September: Unruhig, wechselnde Bewölkung ziemlich kühl, vereinzelte Regenschauer. —

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 221. Magdeburg, Mittwoch den 21. September 1910. 21. Jahrgang.

Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

(Nachdruck verboten.) Hg. Köln, 17. September.

Ueber das Recht der Gratifikationen sprach Magistratsassessor Landsberger (Charlottenburg). Die Rechtsprechung auf diesem Gebiet sei sehr unterschiedlich, und das habe dazu geführt, daß neuerdings Arbeitgeber zwar im Dienstvertrag Gratifikationen nicht zusicherten, sondern sich nur vorbehielten, sie zu gewähren, ohne dem Angestellten ein klagbares Recht einzuräumen. — Generalsekretär Borchardt (Berlin) vom Verband der deutschen Kaufleute fordert die Abschaffung der Gratifikationen unter Festsetzung auskömmlicher Gehalte. Geleistete Mehrarbeit sei nicht durch Geschenke, sondern durch feste Zulage oder durch Ueberstundenvergütung zu entschädigen. Bezüglich der Tantiemen kommt der Referent zu dem Ergebnis, daß eine Gewinnbeteiligung der Angestellten nur dann einwandfrei sei, wenn sich mit ihr ein auskömmlich bemessenes Gehalt verbinde und damit die Wirtschaftsführung des Angestellten gesichert sei.

Ueber das aktive und passive Wahlrecht der Frauen bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten redet Fräulein Dr. Bernhard (Charlottenburg). Persönlich tritt die Rednerin für das aktive und passive Wahlrecht der Frauen ein, sie hält aber schon vieles für erreicht, wenn sich der Verbandstag wenigstens für das aktive Wahlrecht aussprechen würde. — Kaufmann Fuß (Hannover) vom Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband will weder vom aktiven noch erst recht vom passiven Wahlrecht der Frau etwas wissen. Den weiblichen Angestellten fehle dazu die Befähigung, wenigstens in ihrer Mehrheit; außerdem fehle das Bedürfnis, da ihnen auch bei Besetzung der Gerichte durch Männer ihr Recht werde.

Zu dem letzten Punkte der Tagesordnung: Rechtsverhältnisse der Werkpensionskassen sind fünf Referenten bestellt. Rechtsanwalt Dr. Sauer (Köln) führt aus, daß die Werkpensionskassen trotz aller gegen sie gerichteten Angriffe sich weiter ausbreiten werden. Die gegen die Kassen erhobenen Beschwerden seien zum großen Teile gerechtfertigt. Der Redner verlangt, daß das Vermögen der Kasse von dem des Werkes getrennt werde, wozu die Kasse Rechtspersönlichkeit haben müsse. Die Arbeiter seien an der Verwaltung der Kasse mindestens mit halbem Recht zu beteiligen; ebenso müsse ihnen die Möglichkeit des Rechtsweges zur Wahrung ihrer Ansprüche gegeben sein; bei anderweitigen Bezügen (Invaliden- oder Unfallrente) dürfe eine Kürzung der Pension höchstens bis zu einem Drittel der andern Rente erfolgen. Eine völlige Rückzahlung der eingezahlten Beiträge bei Ausscheiden aus dem Betrieb sei nicht zulässig; man möge die Zwangsversicherung erst nach einjähriger Beschäftigung eintreten und dann eine Rückzahlung erst nach 4- oder 5jähriger Beschäftigung erfolgen lassen. Die Beiträge dieser ersten Jahre müßten bei Ausscheiden der Kasse verfallen sein; was dann eingezahlt worden sei, könne einige Zeit nach dem Ausscheiden ratenweise zurückgegeben werden.

Kaufmann Mantel (Leipzig) vom Verbande deutscher Handlungsgehilfen spricht sich gegen die Werkpensionskassen aus, da sie die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten vermehren. Er verlangt, daß, wenn die Kündigung ohne erheblichen Anlaß seitens des Werkes erfolgte, der gesamte eingehaltene Betrag zurückzuzahlen ist; wenn die Kündigung aus anderm Grunde erfolgte, so hat mindestens Rückzahlung nach versicherungstechnischen Grundsätzen, wie sie das Aufsichtsamt für die Privatversicherung aufgestellt hat, zu erfolgen. Der gleiche Anspruch steht auch den hinterlassenen Witwen und Doppelwaisen zu. Zur Entscheidung ist in erster Instanz das Gewerbe- und Kaufmannsgericht zuständig.

Reichstagsabgeordneter Sebering (Bielefeld) verlangt die Reglung der Rechtsverhältnisse der Werkpensionskassen nach folgenden Grundsätzen: Für Eintrittsgelder und Beiträge ist eine Höchstgrenze festzusetzen. Die Arbeitgeber haben Beiträge in gleicher Höhe wie die Arbeiter zu leisten. Die Kassen werden von Vertretern der Arbeiter unter Mitwirkung der Arbeitgeber verwaltet. Den Arbeitnehmern ist in den Organen der Kasse der entscheidende Einfluß zu sichern; ihre Wahl erfolgt durch geheimes und direktes Wahlrecht. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses ist den Ausscheidenden der erworbene Pensionsanspruch zu sichern gegen Zahlung einer Anerkennungsgebühr oder durch die Möglichkeit der freiwilligen Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses gegen Zahlung des früheren Beitrags, die in diesem Falle die Erwerbung der höheren Pensionsansprüche bewirkt. Es ist ein Gegenseitigkeitsverhältnis der Kassen anzustreben mit dem Ziele, die den Mitgliedern bei einer Kasse erworbenen Pensionsansprüche auch bei andern Kassen zu sichern. Ausscheidende Mitglieder mit mehr als 200 Wochenbeiträgen, die das Versicherungsverhältnis freiwillig nicht fortsetzen können, erhalten ihre Beiträge unter Abzug der auf sie entfallenden Verwaltungskosten ganz zurückgezahlt. Anrechnung gesetzlicher Renten ist unzulässig, wenn die Gesamtbezüge den Verdienst des Mitglieds im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nicht übersteigen.

Arbeitersekretär Hirtsiefer (Essen), Mitglied der christlichen Gewerkschaften, spricht sich im Sinne der beiden Vorredner aus. — Doktor Steller, Generalsekretär des Verbandes der Industriellen des Regierungsbezirks Köln, behandelt die Frage vom Standpunkte der Arbeitgeber und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Werkpensionskassen in ihrer gegenwärtigen Beschaffenheit sich bewährt haben und ein Segen für die Arbeiter sind; eine gesetzliche Reglung sei überflüssig. — Oberbürgermeister Cuno (Hagen) gibt eine Uebersicht über die Verhandlungen des Verbandstages, worauf Magistratsrat von Schulz (Berlin) die Tagung schließt. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 20. September 1910.

— **Wer wird Oberbürgermeister von Magdeburg?** Aus der Zahl der Bewerber um den Magdeburger Oberbürgermeisterposten sind zur engeren Wahl gestellt worden die Herren Reimarus, Zweiter Bürgermeister zu Magdeburg, Dr. Gerhardt, Oberbürgermeister von Halberstadt, und Herr Steininger, Kämmerer von Berlin. —

— **Verpachtung der Brückengeldeinnahme.** Am 1. April 1911 läuft der Brückengeld-Pachtvertrag mit dem bisherigen Pächter Siegfried Zentawer ab. Von einer weiteren Verlängerung hat der Magistrat abgesehen und die Verpachtung der Brückengeldeinnahme öffentlich ausgeschrieben, und zwar für die Zeit vom 1. April 1911 bis zum 1. April 1916. Die Ausschreibung hat ein sehr gutes Resultat gehabt. Das Höchstgebot beträgt 20 800 Mark gegen 15 000 Mark, die der jetzige Pächter zahlte. Der Bestbietende war der Restaurateur Louis Lorenz von hier. Die Stadtverordneten werden ersucht, sich mit der Zuschlagserteilung an Herrn Lorenz einverstanden zu erklären. —

— **Ausscheidung von Krankenkassenmitgliedern.** Die von der bisherigen Gemeinde Lemsdorf beschäftigten krankenversicherungspflichtigen Kassenmitglieder sind bei der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Groß-Ottersleben versichert. Nach der erfolgten Vereinigung der Gemeinde Lemsdorf mit der Stadtgemeinde Magdeburg hat der Magistrat auf Grund des § 48 Absatz 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes die Ausscheidung dieser Kassenmitglieder aus der Gemeinsamen Ortskrankenkasse Groß-Ottersleben bei dem Regierungs-Präsidenten zu Magdeburg beantragt. Vom Regierungs-Präsidenten ist dem Magistrat aufgegeben worden, die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung zu diesem Antrag herbeizuführen. —

— **Warnung vor Adoptionsvermittlern.** Einige Zeit erscheinen in den verschiedensten Zeitungen, besonders in kleinen Städten und auf dem Lande, aber auch in Großstädten Inserate, in denen ein Kind gegen hohe Abfindung angeboten wird. Wer sich darauf meldet, erhält ein sehr verlockend abgefaßtes hektographiertes Schreiben einer Firma aus Rhenen in Holland, welche aufzählt, wie viele Kinder und mit welchen Summen sie schon untergebracht habe, um schließlich nebenher zu bemerken, daß 2 Mark Aufnahmegebühr und 5 Mark für die Auskunft, die die Firma als Abonnent billiger bekäme als der Privatmann, zusammen also 7 Mark, einzuschicken wären, die zurückerstattet würden, wenn das Geschäft nicht zustande käme. Der Firma ist es natürlich nur um das Geld zu tun. Der Betrogene kann sowohl auf das zu adoptierende Kind wie auch auf die Zurückgabe der eingesandten 7 Mark lange warten. Er wird weder das eine noch das andre je zu Gesicht bekommen. Aber nicht nur im Ausland, sondern auch im Deutschen Reich existieren Leute, die in ähnlicher Weise inserieren und aus den für eine Auskunft geforderten Beträgen die Mittel zum Lebensunterhalt gewinnen. Die Tätigkeit dieser Leute besteht darin, daß sie sozusagen als Börse für die annoncierten Kinder und Adoptions- oder Pflegestellen, deren natürlich viel mehr sind als Kinder mit Abfindung, fungieren. Ein strafbares Handeln ist solchen Geschäftsleuten, auch wenn sie nur die Gebühren eingezogen, aber kein Kind vermittelt haben, selten zur Last zu legen, weil ihnen nicht nachzuweisen ist, daß sie sich tatsächlich nicht bemüht hätten, den Auftraggebern ein Kind zu besorgen. Wenn die Vermittler aber anonym inserieren und auch unter einer chiffrierten Postlageradresse die Auskunftsgebühr verlangen, dann gehört schon ein großer Posten Leichtgläubigkeit dazu, anzunehmen, das Geld werde zu etwas andern verwendet werden als für den Inserenten selbst. Um jedem Verlust aus dem Wege zu gehen, wird allen denen, die Kinder in Pflege nehmen oder adoptieren wollen, geraten, sich überhaupt nicht mit irgendwelchen zweifelhaften Vermittlern einzulassen, sondern sich, wenn sie solche Kinder nicht in ihrem Bekanntenkreise finden, stets nur an die zuständigen amtlichen Stellen zu wenden. —

— **Abgefaßter Vogelfänger.** Am Montag vormittag wurde an der Pumpstation am Herrenkrug ein 25jähriger junger Mann von einem Schutzmann in Zivil beim Legen von Leimruten zum Fangen von Hänflingen und Stieglitzen ertappt. Im Polizeirevier in der Kahnstraße auf dem Werder wurden die Personalien des Vogelfängers festgestellt, in dessen Wohnung in der St.-Michael-Straße in Sudenburg eine Anzahl gefangener Singvögel vorgefunden wurde. Dem Leimrutenleger dürfte vor Gericht klargemacht werden, wie verdammenswert sein Beginnen ist. —

— **Militärrente für Reservisten.** Der Militärdienst ist mit vielfachen Strapazen verbunden, und es kommt nicht selten vor, daß junge Leute auf Jahre hinaus in ihrer Gesundheit vorübergehend geschädigt oder ganz invalid werden. Diese sind berechtigt, von der Militärverwaltung Pension — die sogenannte Militärrente — zu verlangen, deren Gewährung aber an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Militärrente wird nur gewährt, wenn die Gesundheitsstörung infolge einer Dienstverrichtung oder durch einen Unfall während der Ausübung des Militärdienstes eingetreten oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden ist. In jedem Fall ist notwendig, daß der Anspruch auf Rente vor der Entlassung aus dem Militärdienst angemeldet wird. Treten erst im Laufe der Zeit die Gesundheitsstörungen hervor und sind diese als Folge einer Dienstbeschädigung zu betrachten, so kann der Anspruch auf Rente noch bis zum Ablauf von 2 Jahren nach der Entlassung angemeldet werden. Die Dienstbeschädigung selbst muß aber vor der Entlassung aus dem Militärdienst festgestellt worden sein. Die Höhe der Rente wird nach der jeweils verbliebenen Erwerbsfähigkeit geschätzt und hält sich in ähnlichen Grenzen, wie die Schätzung der gewerblichen Unfallversicherung. Als Vollrente kommt bei Militärrenten für Feldwebel der Betrag von 900 Mark, bei Sergeanten 720 Mark, bei Unteroffizieren 600 Mark und bei Gemeinden 540 Mark in Ansatz. Dieser Betrag wird bei völliger Invalidität gewährt und in monatlichen Raten ausgezahlt. Ist die Invalidität nur eine teilweise, so wird nur eine Teilrente, je nach Höhe der Erwerbsbeschränkung, gewährt. Neben der Militärrente wird auch, wenn der Körper oder Körperteile verstümmelt wurden, eine sogenannte Verstümmlungszulage gewährt. Diese beträgt bei Verlust einer Hand, eines Fußes, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 Mark; bei Verlust oder Erblindung [illegible] Augen monatlich 54 Mark. Die Verstümmlungszulage [illegible] kann weiter gewährt werden bei Störungen der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit einer Hand, eines Armes, Fußes oder Beines, wenn die Störung dem Verlust des betreffenden Gliedes gleich zu erachten ist und bei andern schweren Gesundheitsstörungen, wenn der Erkrankte dauernd fremder Wartung und Pflege nicht entbehren kann. Bei schwerem Siechtum, das den Erkrankten dauernd an das Krankenlager fesselt und bei Geisteskrankheiten kann die Zulage bis auf 54 Mark erhöht werden. Bei alten Pensionsansprüchen ist darauf zu achten, daß die Anmeldung möglichst sofort nach Eintritt der Gesundheitsstörung betätigt wird. Die Angehörigen der aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Soldaten sollten diese, sofern sie sich eine Verletzung oder ein Leiden zugezogen haben, sofort auf diese Bestimmungen aufmerksam machen, damit diese vor der Entlassung aus dem Dienste jede Dienstbeschädigung feststellen lassen und soweit jetzt schon Rechtsansprüche auf die Militärrente bestehen, die Ansprüche vor der Entlassung geltend machen. Soldaten, die dies unterlassen, verlieren jedes Anrecht auf Rente. —

Naulakha.

(Das Staatsglück.) (Nachdruck verboten.)

Roman von Rudyard Kipling.

(1. Fortsetzung.)

„Fahnenflucht!" rief Käte, Tarvin mit großen Augen anstarrend.

„Nun, willst Du's etwa anders benennen? So und nicht anders würde es das kleine Mädchen genannt haben, das ich auf Sektion Zehn der Nordpazifiklinie kannte! O, liebe Käte, versetze Dich einmal in die alten Zeiten zurück, besinne Dich auf Dich selbst, besinne Dich darauf, was wir einander waren, vielleicht merkst Du dann, daß die Sache zweierlei Gesichter hat. Du hast ja auch Vater und Mutter, nicht? Du wirst wohl nicht behaupten, daß es rechtschaffen sei, Vater und Mutter im Stiche zu lassen! Und neben Dir auf dieser Brücke sitzt ein Mensch, der Dich liebt mit allem, was in ihm und an ihm ist, Dich liebt, Du kleines Ding, dauerhaft liebt. Früher hast Du ihn doch auch ein wenig leiden mögen, nicht?"

Sachte legte er den Arm um sie bei diesen Worten und eine Weile lang ließ sie ihn gewähren.

„Bedeutet Dir denn das alles gar nichts, Käte? Meinst Du nicht, Du habest hier auch einen Beruf, Käte?"

Er zwang sie, ihm ihr Gesicht zuzuwenden, und blickte ihr wehmütig in die Augen. Sie waren braun und das Mondlicht vertiefte ihren stillen, reinen Glanz.

„Glaubst Du denn, ein Anrecht auf mich zu haben?" fragte sie bang.

„Ich glaube alles, was nötig ist, um Dich festzuhalten! Aber nein, eigentliches Anrecht hab ich nicht, wenigstens keins, das Du nicht nach Deinem Willen aufheben könntest. Aber wir alle haben Anrecht aneinander, hol's der Teufel, die Verhältnisse sind unsre Herren! Und wenn Du nicht hier bleibst, so ist's ein Rechtsbruch, das meine ich."

„Du kannst doch nichts ernsthaft auffassen, Nick," sagte sie, seinen Arm wegschiebend.

Tarvin konnte zwar zwischen seinen Worten und dieser Behauptung keinen Zusammenhang entdecken, aber er sagte gutmütig: „O doch, aber Dir zuliebe kann ich auch das Ernsthafteste spaßhaft nehmen."

„Da siehst Du's ja! Dir ist nichts ernst!"

„Eins ist mir voller Ernst," flüsterte er ihr ins Ohr.

„Wirklich?" meinte sie, das Gesicht abwendend.

„Daß ich ohne Dich nicht leben kann," fuhr er zu ihr gebeugt noch leiser fort, „und auch nicht will, Käte."

Käte preßte die Lippen aufeinander. Sie konnte auch „wollen". So saßen sie in Streit und Widerstreit auf der Brücke beisammen, bis in einer Hütte jenseits des Wassergrabens die Küchenuhr elf Uhr schlug. Das Wasser kam von den Bergen herab, die über ihren Häuptern hingen, die Stadt war eine halbe Stunde weit entfernt. Als Käte jetzt aufstand und entschieden erklärte, daß sie heim müsse, schlugen Stille und Einsamkeit förmlich über Tarvin zusammen. Er fühlte, daß sie nach Indien zu gehen entschlossen war, und sein Wille zerbröckelte für den Augenblick rettungslos am harten Gestein des ihrigen. Er fragte sich, wo denn die Kraft sei, womit er sein Brot erwarb, die Willensstärke, die ihn mit seinen achtundzwanzig Jahren zu einem einflußreichn Manne gemacht hatte, vorderhand nur in Topaz allerdings, die ihn aber bald in die gesetzgebende Körperschaft seines Staates und noch viel weiter tragen mußte, wenn nicht zu sein aufhörte, was war — — Er schüttelte sich ordentlich vor Selbstverachtung und er mußte sich sagen, daß es ja nur ein Mädchen sei, wenn er sie auch liebe, ehe er die Voranschreitende einholen und sagen konnte: „Du bist wohl schon unterwegs nach Indien?"

Sie gab keine Antwort und ging ruhig weiter.

„Du wirst Dein Leben nicht wegwerfen an dieses indische Hirngespinst," fuhr er fort. „Ich werd's nicht zugeben! Dein Vater auch nicht! Deine Mutter wird heulen und wehklagen und ich werde sie aufstacheln, Dir Widerstand zu leisten. Wenn Du es nicht einsiehst, daß wir Dich brauchen, wir wissen es sehr genau. Du hast auch gar keinen Begriff von dem, was Du auf Dich nehmen willst! Das Land ist nicht einmal gut genug für Ratten, es ist ein Morast, ja das ist's, ein ungeheurer Morast, sittlich, landwirtschaftlich, gesundheitlich Morast. Das ist kein Ort für den weißen Mann, geschweige denn die Frau — kein Klima, keine Regierung, keine Abzugskanäle, nur Cholera, Hitze und Kampf, bis man drauf geht. Du kannst's im Sonntagsblatt genau lesen, wie das ist, und Du wirst gütigst bleiben, wo Du bist, mein Fräulein!"

Sie blieb mitten auf der Straße, die nach Topaz führte, einen Augenblick stehen und sah in sein vom Mond beschienenes Gesicht. Er griff nach ihrer Hand und wartete in atemloser Angst auf ihre Antwort, er, der Herr und Gebieter.

„Du bist ein guter Mensch, Nick," sagte sie, die Blicke senkend, „aber am 31. reise ich ab nach Kalkutta."

Zweites Kapitel.

Um am 31. in Newyork an Bord zu gehen, mußte sie am 27. von Topaz abreisen. Jetzt war der 15. und Tarvin nützte die übrigbleibende Frist. Jeden Abend kam er in ihr väterliches Haus und sie tauschten ihre Gründe und Gegengründe.

Mit der sanftmütigsten Willfährigkeit, sich überzeugen zu lassen, lauschte Käte seinen Worten, aber eine bedrohliche Entschlossenheit lag um ihren Mund, und ein wehmütiges Verlangen, gut gegen ihn zu sein, wenn es irgend anging, kämpfte in ihrem Blicke mit einer noch wehmütigeren Hilflosigkeit.

„Ich bin berufen!" rief sie. „Ich bin berufen, ich kann mich dem Geheiß nicht entziehen. Ich muß der Stimme lauschen, ich muß gehen."

Und wenn sie ihm mit Schmerzen schilderte, wie der Hilferuf ihrer Schwestern aus dem dunkeln, dumpfen Elend heraus, das so deutlich vor ihr stand, ihr Herz ergriffen hatte, wie die zwecklose Qual und alle Greuel des Lebens, das jene führten, Tag und Nacht an ihr Herz pochten, nach ihr schrien, dann konnte Tarvin dem Hilferuf dieser tiefempfundenen Not, der sie ihm aus den Armen riß, seine Achtung nicht versagen. Zwar konnte er sich nicht enthalten, Käte mit allen Worten und Tönen, die ihm zu Gebote standen, anzuflehen, daß sie ihm nicht Gehör schenke, aber fremd oder unverständlich war die Gewalt dieses Not-

— **Ueber das Thema „Der Sozialismus in Deutschland und Amerika“** redet der Genosse Bahlteich (Amerika) am Mittwoch den 21. September in Neue Neustadt, am Donnerstag den 22. September in Sudenburg und am Freitag den 23. September in Buckau. An demselben Abend spricht die Genossin Kähler (Dresden) in Alte Neustadt über „Des Kaisers Zivilliste und des Volkes Lebenshaltung“. —

Eine öffentliche Frauenversammlung tagt morgen, Mittwoch den 21. September, im „Sachsenhof“. Zu dieser Versammlung sind auch Männer eingeladen. —

— **Zur Stadtverordneten-Sitzung** am nächsten Donnerstag ist für die öffentliche Sitzung noch folgender Antrag der Stadtverordneten Beims und Genossen eingegangen: „Nachdem anläßlich der Sedanfeier in einigen Magdeburger Schulen Flugschriften politischen Inhalts an die schulpflichtigen Kinder durch Lehrer verteilt sind, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, die Verteilung von Schriften politischen Inhalts in den Schulen zu untersagen.“

— **Oeffentliche wissenschaftliche Nachmittags-Vorträge** für Damen und Herren finden im Winter 1910/11 in Magdeburg wiederum in der Aula der Augustaschule, Listemannstraße 5, statt. Dieselben beginnen pünktlich 5½ Uhr nachmittags und dauern eine Stunde. Es sind vorgesehen: 1. Freitag den 21., 28. Oktober, 4., 11., 18. und 25. November 1910 = 6 Stunden, Herr Gymnasial-Direktor Prof. Dr. Trendelenburg (Berlin): „Griechische Reliefbilder aus der Königsgruft von Sidon“ (mit Lichtbildern); 2. Dienstag den 25. Oktober, 1., 8., 15., 22., 29. November, 6. und 13. Dezember 1910 = 8 Stunden, Herr Dr. phil. O. Gramzow, Dozent an der Humboldt-Akademie in Berlin: „Geschichte der Philosophie von den Junghegelianern bis auf Schopenhauer“; 3. Freitag den 13., 20., 27. Januar, 3., 10., 17., 24. Februar und 3. März 1911 = 8 Stunden, Herr Dr. Leopold Hirschberg, Dozent der Musikwissenschaft (Berlin): „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner, 2. Teil (mit Erläuterungen am Klavier und durch Gesang); 4. Dienstag den 10., 17., 24. und 31. Januar 1911 = 4 Stunden, Herr Dr. Fritz Wiegers, königlicher Bezirksgeologe, Dozent an der Freien Hochschule in Berlin: „Ausgewählte Kapitel aus der allgemeinen Geologie“ (mit Lichtbildern). Die Preise für die Vorträge sind: Abonnement auf alle 26 Vorträge 10 Mark, Familienzusatzkarte auf alle 26 Vorträge 6 Mark, Abonnement für Lehrer, Lehrerinnen und Vereine auf alle 26 Vorträge 6 Mark, rote Karten. Abonnement für den 1. Zyklus 3 Mark, grüne Karten; für den 2. und 3. Zyklus je 4 Mark, blaue Karten; für den 4. Zyklus 2 Mark, gelbe Karten. Eintrittskarte zu einem Vortrag 1 Mark, weiße Karten. Der Verkauf der Eintrittskarten findet statt in der Buchhandlung von E. S. Klotz (vorm. Emil Baensch, königliche Hofbuchhandlung), Breiter Weg 180, Eingang Himmelreichstraße. —

— **Blumentag.** Um weitere Kreise für den angekündigten Blumentag zu interessieren, der von den Vereinen „Säuglingsheim“ und „Kinderschutz“ am Sonntag den 2. Oktober veranstaltet werden soll, findet am Mittwoch den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Saale der „Alten Harmonie“, Peterstraße 1, eine Versammlung statt, in der die Herren Oberbürgermeister a. D. Schneider und Prediger Müller Ansprachen halten werden. Zu dieser Versammlung ist jedermann willkommen. —

— **Zum Dachdeckerstreik.** Zu den Verhandlungen, die mit den Unternehmern stattfanden, erklärten diese, daß sie nur auf Grund des ersten Tarifs verhandeln wollten. Die Streikleitung hat sich bereit dazu erklärt, jedoch unter der Voraussetzung, daß später auch noch über den Nachtrag verhandelt wird. Die heutige Versammlung der Ausständigen erklärte sich mit dem Verhalten der Streikleitung einverstanden, beschloß jedoch, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bevor nicht wegen der Hilfsarbeiter eine Regelung getroffen worden ist. Zu der gestrigen Notiz ist berichtigend zu bemerken, daß der dort erwähnte Hilfsarbeiter nicht 25, sondern 30 Pfennig Stundenlohn erhält. —

— **Achtung, Maler, Lackierer und Anstreicher!** Wie aus dem heutigen Inseratenteil ersichtlich ist, findet morgen, Mittwoch, eine wichtige Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende des Verbandsausschusses, Landtagsabgeordneter Leinert, einen Vortrag halten wird. [illegible] wird gebeten, auf den Bauten und Arbeitsplätzen intensive Agitation zu entfalten, damit die Versammlung stark besucht wird. —

× **Gestohlen** wurden hier am 19. d. M. gegen 8 Uhr abends in einer Wohnung in der Wanzleber Straße eine silberne Herren-Remontoiruhr (im Deckel K. Schmiele eingraviert) nebst Dubleekette. —

× **Ein vertrauensseliger Radbesitzer.** Am 19. d. M. hat sich ein angeblicher Buchbinder Franz Fuchs aus Karlsruhe von einem hiesigen Tapezier ein Fahrrad geliehen, um einmal die Straße auf und ab zu fahren, ist aber mit dem Rade verschwunden. Das Rad ist Marke „Wartburg“ (Fabriknummer 73426), es hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, nach oben gebogene Lenkstange, rote Laufmäntel und ist ohne Bremse. —

— **Gasvergiftung.** Am Dienstag vormittag ist die Inhaberin des Herrenwäschegeschäfts Breiter Weg 194 Marie Tybus, tot in ihrer Wohnung aufgefunden worden. Es lag Gasvergiftung vor. Ob Selbstmord oder Unfall vorliegt, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. —

× **Verhaftet** wurden der Arbeiter Walter Bernsdorf aus Olvenstedt, der von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen eines in Niederndodeleben begangenen Sittlichkeitsverbrechens steckbrieflich verfolgt wird; der Kaufmann Eugen W. aus Berlin wegen Entführung eines minderjährigen Mädchens; der Fabrikarbeiter Hermann L., der Kutscher Franz P. und die Materialwarenhändlerin Luise S., sämtlich von hier, wegen gemeinschaftlichen Diebstahls und gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei. Die ersten beiden haben in einer hiesigen Zuckerraffinerie in Arbeit gestanden und haben, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, nach und nach sieben Sack Zucker a 100 Kilogramm gestohlen und zu der S. gebracht, die den Sack mit 25 bis 30 Mark bezahlt und den Zucker dann weiter verhandelt hat. —

— **Ein Zusammenstoß** eines Straßenbahnwagens der Linie 8 mit einem Ackerwagen der Firma Robert Brandt ereignete sich am Montag in der Olvenstedter Straße. Das Fuhrwerk kam aus der Torfahrt der genannten Firma, ohne daß sein Führer sich vorher vergewisserte, ob die Fahrbahn frei war. Bei dem Zusammenstoß war wie gewöhnlich der Straßenbahnwagen der Leidtragende, dessen Vorderperron eingedrückt wurde. Der Straßenbahnwagen mußte außer Betrieb gesetzt werden. —

Konzerte, Theater, Sport ꝛc.

(Mitteilungen der Direktionen.)

* Städtische Konzerte. Auf das am Mittwoch den 21. September stattfindende Konzert des städtischen Orchesters im „Fürstenhof“ wird nochmals hingewiesen. Als Solist wird Herr Hermann Gruß (Klavier) mitwirken. —

* Stadttheater. Als vierte Volksvorstellung kommt am Sonntag nachmittag das Lustspiel „Der Raub der Sabinerinnen“ zur Aufführung. Der Billettverkauf beginnt am Donnerstag. Wir machen darauf aufmerksam, daß die heute, Mittwoch, stattfindende Vorstellung „Nathan der Weise“ keine Wiederholung findet. Am Donnerstag wird Flotows „Martha“ wiederholt und am Freitag geht zum erstenmal in der Saison der „Tannhäuser“ in Szene. Herr Sirnensee, der die Titelpartie singt, hat in voriger Saison als Tannhäuser, wie bekannt, mit starkem Erfolg gastiert. Neu sind in dieser Vorstellung auch Fräulein Walter als Elisabeth, Fräulein Greisze als Hirte, Herr Büttemann als Walter. Die Besetzung der übrigen Partien ist dieselbe wie in der letzten Spielzeit. —

* Zentral-Theater. Das allgemeine Urteil über das neue Programm lautet dahin, daß dieses in jeder Hinsicht ein absolut erstklassiges ist und durchweg nur gediegene, wertvolle Leistungen aufzuweisen hat. Paul Sandor reizt jeden zum Lachen und erregt großes Interesse durch die meisterhafte Dressur seiner Pferde. 3 Lottos bieten mit ihrem Fußballkampf per Rad eine wirkliche Neuheit, die von köstlicher Komik durchweht ist. Deren Bruder, den göttlichen Humor, vertritt Schneider-Duncker; sein neues Repertoire ist geradezu glänzend. Und endlich Chevalier Thorn, dessen Illusionen wohl das Beste sind, was auf diesem Gebiet je zu schaffen war. Mit welcher Schnelligkeit und Sicherheit er Personen erscheinen und verschwinden läßt, ist phänomenal. Dazu kommt eine vornehme Ausstattung, die seinen Darbietungen einen illustren Rahmen gibt. Würdig schließen sich diesen Attraktionen die übrigen Spezialitäten an, so daß der große Erfolg, den die jetzige Künstler-Reihe allabendlich findet, erklärlich ist. —

* Die Volkssingakademie hat ihre Uebungsabende, die bisher Donnerstags im städtischen Harmoniegebäude stattfanden, auf den Mittwoch verlegt. Diese Aenderung wurde veranlaßt, um die Beibehaltung des bisherigen Dirigenten Albert Mattausch, der das Amt des zweiten Kapellmeisters am hiesigen Stadttheater übernommen hat, zu ermöglichen. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

[illegible] selbst [illegible] sozialdemokratische Parteileitung des Kreises Wanzleben hat anläßlich des in Magdeburg stattfindenden Parteitags Gelegenheit genommen, eine Anzahl bekannter Land- und Reichstagsabgeordneter zur Abhaltung von Versammlungen zu gewinnen. Die erste Serie dieser Versammlungen findet, wie ja schon durch Inserat in der „Volksstimme“ bekanntgegeben, am Mittwoch den 21. September statt, und zwar in den Orten bzw. Stadtteilen Diesdorf, Eigersleben, Gr.-Ottersleben, Kl.-Ottersleben, Hohendodeleben, Magdeburg-Fermersleben und Magdeburg-Lemsdorf. Für diese Versammlungen unter allen Bevölkerungsschichten recht lebhaft zu agitieren, muß die Aufgabe jedes Parteimitglieds sein.

Cracau, 20. September. (Volksversammlung.) In einer am 19. d. M. im „Kyffhäuser“ stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte Landtagsabgeordneter Genosse Wilh. Bock (Gotha) über „Volksausplünderung und Volksmeinung“. In trefflichen Worten führte Redner den Anwesenden die Folgen der Zollpolitik sowie die sich hierüber gebildete Volksmeinung vor. Stürmischer Beifall wurde den Redner für sein 2stündiges Referat zuteil. An der Diskussion beteiligten sich die Genossin Kaßner und einige andre Genossen. Erstere forderte auf, das Augenmerk mehr auf die Frauenbewegung zu richten. Das Schlußwort hatte unser Kreissekretär Gebhardt (Burg). In kernigen Worten forderte er die noch nicht politisch Organisierten zum Beitritt in den Wahlverein sowie zum Abonnement der „Volksstimme“ auf. Nachdem noch auf die am Mittwoch stattfindende Frauenversammlung hingewiesen war, erfolgte Schluß der Versammlung. —

Olvenstedt, 20. September. (Auf die öffentliche Volksversammlung,) welche am Mittwoch abend im Lokal des Herrn Matzdorf stattfindet, sei nochmals aufmerksam gemacht. Landtagsabgeordneter Ströbel (Berlin) wird referieren. —

Burg, 19. September. (In der Kartellsitzung am 16. September) fehlten entschuldigt je zwei Delegierte der Holzarbeiter und der Metallarbeiter, unentschuldigt je ein Delegierter der Lederarbeiter, Schneider, Töpfer und Zimmerer. Genosse Reimelt sprach in längeren Ausführungen über den Zweck und die Bedeutung der modernen Konsumvereine und wünschte, daß dieses Thema auch in den einzelnen Gewerkschaftsversammlungen behandelt wird. Die in den hiesigen Leistenfabriken beschäftigten Vergolder sind in eine Lohnbewegung getreten; sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und eine entsprechende Lohnerhöhung. Sollten diese berechtigten Forderungen abgelehnt werden, ist man entschlossen, in den Streik zu treten. Genosse Ostwald teilt noch mit, daß die gegen die Krankenkassen erhobenen Anschuldigungen vollständig unbegründet seien. Der Bibliothekskommission wurden 50 Mark überwiesen. —

— (Eine Jugendversammlung,) in der Redakteur Wagner (Braunschweig) einen Vortrag halten wird, findet im Laufe dieser Woche statt. Wir weisen jetzt schon auf dieselbe hin, Zeit und Lokal werden noch bekanntgegeben. —

Burg, 20. September. (In den Ausstand getreten) sind am Montag die Arbeiter der Goldleistenfabriken von Bertogs Nachfolger und Wattenberg & Ko. Die Forderung der Arbeiter ist Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden und 15 Prozent Lohnerhöhung. Bei der Firma Hochbaum, wo die 14tägige Kündigungszeit besteht, ist die Kündigung bereits erfolgt. Nach den Unterhandlungen, die bis jetzt stattgefunden haben, wollen die Arbeitgeber die 9½stündige Arbeitszeit bewilligen, aber für die Durchbringung des prozentualen Lohnaufschlags ist noch wenig Aussicht vorhanden. Es ist zu erwarten, daß sich kein Arbeiter findet, der in genannten Betrieben um Arbeit nachfragt. —

Burg, 20. September. (Die öffentliche Versammlung,) die am Mittwoch abend im „Grand Salon“ stattfindet, muß einen Massenbesuch aufweisen. —

Kroppenstedt, 20. September. (Um Ueberlassung eines städtischen Platzes) zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung ersuchten die Parteigenossen unsern Bürgermeister. Das Gesuch wurde abgelehnt. Die Parteileitung wird es aber trotzdem möglich machen, die Versammlung abzuhalten. Der Herr Bürgermeister kann aber versichert sein, daß die Sozialdemokratie durch solche Mittel, die er anwendet, in der Entwicklung mehr gefördert als gehemmt wird.—

Oschersleben, 20. September. (Zur Zeitungsagitation.) Die Arbeiterbewegung an unserm Orte schreitet immer mehr vorwärts. Nun gilt es vor allen Dingen die Leserzahl der „Volksstimme“ und mit ihr zugleich die Mitgliederzahl für den Sozialdemokratischen Verein zu mehren. Zum bevorstehenden Quartalswechsel bietet sich Gelegenheit für unsre Arbeiterpresse, die „Volksstimme“, zu agitieren. Jeder Arbeiter, der auch nur etwas Interesse an den politischen Ereignissen hat und in der Politik unterrichtet sein will, darf es nicht versäumen, auf die „Volksstimme“ zu abonnieren. Die Zeitungskommission ist bereits einige Tage an der Arbeit, Probeexemplare zu verteilen. Jeder muß die Agitation kräftig unterstützen, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben. Im Hinblick auf den Stand der Bewegung und nach den abgegebenen Stimmen zu den Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen ist die Leserzahl am Orte viel zu klein, da muß eine Besserung eintreten. Die bürgerliche Presse, vor allem die „Bodezeitung“, muß aus der Arbeiterwohnung verschwinden. Diese Zeitungen vertreten keine Arbeiterinteressen, sondern versuchen immer wieder die Arbeiterschaft zu verunglimpfen. Nur zum Quartalswechsel geht die bürgerliche Presse eifrig auf Abonnentenfang aus, denn das Geld von der Arbeiterhand wird gern genommen. Zum großen Teile zählen Arbeiter noch zu den Abonnenten und unterstützen mit ihren Mitteln die Gegner der Arbeiterbewegung. Die spaltenlangen Berichte in der bürgerlichen Presse über allerlei patriotische Festlichkeiten bringen dem Arbeiter keine Aufklärung über seine Lage. Ueber Arbeiterfragen ist aber dort nichts zu finden. Darum müssen wir die Abonnenten der „Volksstimme“ vermehren. Jeder beachte die Worte „Wo die Arbeiterpresse fehlt im Haus, da sieht es öd' und traurig aus“. —

Quedlinburg, 20. September. (Werbt für die „Volksstimme“!) Nur wenige Tage trennen uns vom Quartalswechsel. Es ist deshalb angebracht, die Partei- und Gewerkschaftsgenossen auf die „Volksstimme“ aufmerksam zu machen. Die jetzige Leserzahl ist für Quedlinburg eine viel zu niedrige, es ist eine Pflicht der Genossen, nur die Vergrößerung des Leserkreises zu sorgen. Bei etwas gutem Willen dürfte es für jeden Genossen ein leichtes sein, bis zum 1. Oktober einen Abonnenten zu gewinnen. Die bürgerliche Presse, insbesondere das „Quedlinburger Kreisblatt“ erfreut sich, trotz aller Beschimpfung der Arbeiter, immer noch einer großen Leserzahl in den Arbeiterkreisen. Ja selbst ein Teil der organisierten Arbeiter unterstützt diese Blätter ohne zu bedenken, daß das Verrat an der Arbeitersache ist. Der Einwand, daß die Frau sich einmal an das Blatt gewöhnt habe und etwas von Quedlinburg hören will, ist nicht stichhaltig. Zunächst steht fest, daß in der letzten Zeit die „Volksstimme“ über alles für den Arbeiter Wissenswerte berichtete. Diese Berichterstattung kann aber noch bedeutend erweitert werden, wenn die Genossen mithelfen und alles für unsern Ort Bemerkenswerte an die in Frage kommende Stelle berichten. Es ist weiter ganz besonders aber von den Frauen darauf zu achten, daß diejenigen Geschäfte, in denen sie ihre Einkäufe machen, auch in der „Volksstimme“ inserieren. Ein andrer Einwand ist, daß angeblich die „Volksstimme“ wegen des hohen Preises nicht gehalten werden kann. Dieser Einwand entspricht erstens nicht ganz den Tatsachen und dann ist dazu noch zu bemerken, daß es mit der Zeitung ebenso steht, wie mit jeder andern Ware. Die beiden Eigenschaften billig und gut passen in den meisten Fällen nicht recht zueinander. Die Arbeiterpresse hat auch mit der Justiz weit mehr zu rechnen als die bürgerliche. Will man aber, daß unsre Presse alle Mißstände aufdecken und die Interessen der Arbeiter rücksichtslos vertreten soll, so muß man auch bereit sein, das kleine Opfer zu bringen. Nur wenn wir dem gemeinsamen Ziele Opfer zu bringen wissen, werden wir unwiderstehlich und siegreich sein. Parteigenossen! Leser! Habt ihr Freunde, Bekannte, Mitarbeiter, so erkundigt euch, ob sie Abonnenten der „Volksstimme“ sind. Wenn nicht, so erachtet es als eure erste Parteipflicht, sie für das Abonnement zum 1. Oktober zu gewinnen. Jeder Parteigenosse ist Miteigentümer des Blattes und als solcher an der gedeihlichen Entwicklung desselben mit interessiert. Versuche also jeder nach seinen Kräften, für unsre Presse zu wirken. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

— (Parteiarbeit.) Die Parteigenossen werden ersucht, sich am 21. September, abends 6 Uhr, zu einer wichtigen Parteiarbeit zahlreich im „Kaiser Friedrich“ (Lesezimmer) einzustellen. Zahlreiche Beteiligung ist notwendig. —

Schönebeck, 20. September. (Fahrraddiebstähle.) In der letzten Zeit wurde fast wöchentlich ein Rad gestohlen und meistens sah der Bestohlene sein Eigentum nie wieder. Wird ein Arbeiter so bestohlen, ist es für ihn ein empfindlicher Schaden. Für ein Rad muß ein Prolet schon einen Monat lang dem Kapitalismus frönen. Die Arbeiter sollten aber auch etwas vorsichtiger sein und ihre Räder sichern, wenn sie ohne Aufsicht stehen. —

---

schreis seinem eignen großmütigen Herzen keineswegs. Er machte nur eindringlich geltend, daß gerade nach Nöte Sheriff auch andre schrien, und daß sich dafür andre finden würden, jenem Notschrei zu gehorchen. Er war ja auch in Not, er brauchte sie ja auch und sie ihn, wenn sie sich nur die Zeit nehmen wollte, ihr eignes Herz anzuhören. Sie brauchten einander dringend, jedes tat dem andern not und diese Not war die oberste. Die Frauen in Indien konnten sich ja auch noch länger gedulden, später, wenn die C. C. C.*) durch Topaz laufen und Tarvin sein Schäflein geschoren haben würde, konnten sie miteinander hinübergehen und jenen Hilfe bringen. Einstweilen wollten sie glücklich sein, sich lieben!

(Fortsetzung folgt.)

* Die C. C. C. oder „Die drei C.“ bedeutet die Central-Colorado-California-Eisenbahnlinie. Die Gewohnheit, derartige Bezeichnungen nur mit den Anfangsbuchstaben zu geben, ist für Amerikaner wie Engländer bezeichnend. Anm. des Autors.

Stadt-Theater.

Magdeburg, 19. September.

Strandkinder. Schauspiel von Hermann Sudermann.

Wenn Sudermanns jüngstes Bühnenwerk am kgl. Schauspielhause dreißigmal gegeben werden konnte, so ist das noch kein Maßstab für den literarischen Wert desselben. An Hervorrufen wurden häufig Stücke gegeben von Autoren, denen das Fünfzigmalgeschriebenwerden mindestens zu einer so süßen wie einträglichen Gewohnheit geworden ist. In diesem Stücke ist Prinzip: Verherrlichung der heutigen Gesellschaftsordnung, und sei es durch Schilderung von Zuständen oder Einrichtungen, welche zeitlich weit ab vom heute liegen, die aber die Bürgerlichen ansehen für die verklärtesten Rechte der Zukommenden des Himmels der Gegenwart. Auch Sudermann ist jetzt in diesen Schoß von Gesellschaft zu finden. Er beginnt seine eigentliche Handlung mit den Einrichtungen des Ordenswesens in Preußen, schafft durch den Spruch des Komturs in Danzig den innern Konflikt und schließt mit theatralisch-süßlicher Weise über die Segnungen der Ordensherrschaft. Jeder weiß aus der Geschichte, wie diese mönchischen Ordensritter die Grundlage bilden für eine der Neubetätigungen des Thrones. Der bürgerliche Hörer übernimmt ohne weiteres die Moral des einen auf den andern, und der Zweck, auch der „Strandkinder“, ist erreicht.

Die Fabel: Zwischen den Hela-Leuten und den Einwohnern von Danzig ist seit alters her bittre Fehde. Strandräuber waren sie alle, legten in Sturmnächten Strandfeuer an den Klippen an, wo die Segler in Meeresnot elend zerschellen mußten. So brachten sie Reichtum in ihre elenden Fischerhütten. Die Schiffbrüchigen wurden erschlagen. Wurden Kinder mit ans Land gebracht, so ließ man sie zwar leben, aber sie waren für immer Leibeigne. „Strandkinder“ nannte man sie. Mit scheelen Augen maßen die Danziger mißgünstig den wachsenden Wohlstand der Helaer. Und umgekehrt. Trieb Sturmnot die einen oder andern an den feindlichen Strand, so fanden sie ihr sicheres Ende unter den Schwertern ihrer Feinde. So war Gregor Runkelohns Vater von Hela schon vor einer Reihe von Jahren an der Danziger Küste von dem Falkner erschlagen. Die Söhne schwuren bittre Rache, und als eines Nachts der Falkner an die Helaküste getrieben wurde, erschlug ihn Gregor unter Beihilfe seines Bruders Heimeringk.

Hier setzt die eigentliche Handlung ein. Des Falkners Tochter Brigolla klagt beim Komtur von Danzig und fordert Richtspruch über Gregor. Gregor erhebt Widerklage wegen seines Vaters. In der Gerichtsverhandlung verrät Brigolla aber in heißer Rache, daß der alte Runkel drüben bei Danzig am Strande verscharrt läge. Da fällt der Komtur den Spruch, daß sich beide Parteien ehelich verbinden, und Brigolla muß dem Heimeringk die Hand zum Bunde reichen. Doch zwischen Brigolla und Gregor ist das Feuer der Leidenschaft aufgelodert, und da Heimeringk sich wegen seiner Liebe zu Welide, einem Strandkind, schlaff und der stolzen Brigolla nicht gewachsen zeigt, so beschließen sie, ihn durch ein falsches Strandfeuer zu täuschen, so daß sein Schiff zerschellen muß. Aber Welide läßt mit Hilfe der Strandkinder das richtige Feuer auflodern. Gregor und Brigolla fliehen, kommen aber in den Fluten um, und als Heimeringk als neugebackener Ordensritter zurückkehrt, darf er Welide, ein Fürstenkind aus Byzanz, heimgeleiten und der Orden nimmt sich der armen Strandkinder an, was er schon längst hätte tun sollen.

So Sudermann. Wenn den Stoff ein Dichter in die Hände gekriegt hätte, würde vielleicht etwas daraus geworden sein. So aber schildert Sudermann eigentlich nichts weiter als eine salomonische Gerichtsverhandlung im zweiten Akt und im dritten ein Duett zwischen einem Paar, das sich innerlich schon längst angehört. Der einleitende erste Akt ist ziemlich überflüssig und konnte seinem Inhalt nach ganz gut dem zweiten aufgebogen werden. Ebenso der vierte, der die Gerechtigkeit des Himmels schildert, vom dritten. Also Bühnenkunst bringt Sudermann hier nicht. Er behandelt einen finstern Stoff, kann aber gegen diese gewaltigen Klippen eigentlichen Interesses im Wort, in der Sprache, kein bergendes Boot finden. Die Materie liegt ihm manchmal viel zu fern. Infolgedessen verfügt er in beiden Grundbedingungen einer Bühnendichtung. Und der Titel „Strandkinder“ hat auch keine innere Berechtigung.

Die Darstellung war gut. Die Regie Heinrich Vogelers war hoch einzuschätzen; denn seine Bühnenbilder waren mindestens interessant und im Zusammenspiel zeigte sich fleißige Arbeit. Die großen Rollen waren bewährten Kräften zuteil. So spielten mit Auszeichnung Hans Mühlhofer als Gregor, Gisela Hawelka als Brigolla, Karl Eberlein als Heimeringk, Bernhard Wenthaus als Komtur, Hermann Vogeler als Kuhpen und Ilse Berka als Welide. Die kleinen Rollen waren gut besetzt. -gt-

Kleine Chronik.

Die Cholera.

Die bakteriologische Untersuchung des am Sonntag unter Choleraverdacht ins Krankenhaus zu Elbing eingelieferten Patienten hat keine Cholera festgestellt. — Die Cholera in Ungarn nimmt weiter zu. Am Sonntag und Montag wurden in Mohacs und mehreren Orten der Umgebung 41 neue Fälle, davon 5 tödliche, gemeldet. Mohacs soll bald ganz abgesperrt werden. Alle Jahrmärkte in allen Ortschaften längs der Donau sind behördlich verboten worden. — Wie eine Meldung aus Rom besagt, sind in Apulien vom Sonntag zum Montag in 24 Stunden fünf neue Erkrankungen und vier Todesfälle an Cholera vorgekommen. — Einer Meldung aus Odessa zufolge hat sich in Akjerman in Bessarabien ein neuer tödlicher Pestfall ereignet. Die Aerzte befürchten den Ausbruch einer Epidemie. —

Um die Beute des Bombenwerfers.

Der in Barmen verhaftete Komplice Werner des Bombenwerfers Winges wird am Dienstag von Gießen nach Friedberg transportiert werden. Die Studierenden der Friedberger Gewerbe-Akademie, die mit Werner verkehrt hatten, als er im Burghotel wohnte, sind benachrichtigt worden, um ihn zu rekognoszieren. Es ist außerdem eine Depesche von einem Fabrikanten in Leipzig eingetroffen, bei dem der Bankräuber Winges gearbeitet, und dem er 8000 Mark gestohlen haben soll. Nach seinem Selbstmord wurden, wie erinnerlich, bei der Leiche noch 4700 Mark gefunden. Diese Summe beschlagnahmte die Stadt Friedberg, um sie später als Entschädigung für die durch das Attentat verursachten Schäden in Anspruch zu nehmen. Jetzt hat aber auch der Fabrikant eine Forderung auf diesen Betrag erhoben, weil das Geld von den ihm gestohlenen 8000 Mark herrühren soll. Durch die Erklärung des verhafteten Werner soll festgestellt werden, ob die Stadt Friedberg oder der Leipziger Fabrikant auf die Beute des Bombenwerfers Anspruch hat. —

Um einen Hasen.

In Gegenwart seiner Angehörigen erschoß sich in seiner Wohnung der 64jährige, in Erbenheim bei Wiesbaden stationierte Jagdaufseher Koch. Das Motiv der Tat ist in einem Urteil zu suchen, das die Wiesbadener Strafkammer gegen ihn ausgesprochen hatte. Koch war nämlich zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er 2 Tage nach Schluß der Jagd noch einen Hasen geschossen hatte. —

Der Flug über den Simplon,

Der Aviatiker Chavez unternahm am Montag früh um 6 Uhr 18 Minuten auf seinem Blériotmonoplan als erster einen Versuch für den Flug über den Simplon. Der Himmel war bedeckt, der Wind wehte nur sehr schwach. Nach 12 Minuten mußte aber Chavez, nachdem er eine Höhe von etwa 700 Metern erreicht hatte, wieder zurückkehren, da es zu kalt war. Um 6 Uhr 22 Minuten unternahm Weymann einen Probeflug. Nach dem offiziellen Bericht hat Chavez eine Höhe von 2300 Metern über dem Meere erreicht. Die Leichenblässe und das starke Zittern Chavez' nach der Landung schrieb man ursprünglich der Kälte zu, womit er zuerst seine Rückkehr begründete. Später wurde es aber klar, daß er einen Nervenchok erlitten hatte. „Gerade, als ich über dem Kaltenwassergletscher flog," erzählte er, „fiel ich ganz plötzlich, anscheinend ohne Ursache, um 50 Meter tiefer. Das Barometer schlug mir ins Gesicht. Dazu wehten heftige Stürme und herrschte bittere Kälte; ich glaubte, es sei das Ende. Als ich mich etwas erholt hatte, schlug ich instinktiv den Rückweg ein. Das, was ich erlebt habe, hat noch kein Flieger mitgemacht. Der Sieger in dieser Konkurrenz gewinnt den Tod." Die Wirkung dieser Erzählung blieb nicht aus. Die Stimmung ist viel ernster geworden. Am Montag traf der einzige deutsche Flieger, Wienczierz, ein. Er erklärte aber, daß er sich an dem Flug über den Simplon nicht beteiligen werde. Zur Ausführung des Planes sei ein wochenlanges Studium der Gegend nötig und eine Traversierung des Simplon sei bei dem jetzigen Stande der Aviatik noch verfrüht. —

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt, 19. September.

Aufgebote: Leutnant Friedrich Ludwig Eduard Otto Lehmann hier mit Margarete Auguste Henriette Protz in Berlin. Schutzmann Johann Heinrich Christoph Friedrich Bohr hier mit Ernestine Berta Marie Taatz in Nietleben. Telegr.-Assistent Karl Joh. Drosihn hier mit Lucie Alice Gerta Glatz in Hohenneuendorf.

Geburten: Anna, T. des Handelsmanns Emil Kaftan. Rose-Marie, T. des Mauer- u. Zimmermeisters Theodor Jacobs. Martha, T. des Zimmermanns Karl Braunsdorf. Erich, S. des Maurers Heinr. Fehrmann. Liselotte, T. des Stadtbauführers Robert Theuerkauff.

Todesfälle: Kaufmann Oskar Hornemann, 69 J. 10 M. 18 T. Altsitzer (Landwirt) Georg Perlberg aus Rietzel, 67 J. 5 M. 27 T. Landwirt Georg Friesland, 58 J. 8 M. 11 T. Kassenbote Friedrich Reichardt, 56 J. 8 M. 22 T. Zimmermann Ed. Schneider aus Pretzien, 49 J. 7 M. 29 T. Elisabeth geb. Benzin, Ehefrau des Lehrers em. August Hertel, 48 J. 6 M. 26 T. Emilie geb. Fruth, Ehefrau des Inspektors Ed. Hildebrandt, 46 J. 2 M. 26 T. Anna Pusch, unverehel., 44 J. 4 M. 10 T. Witwe Pauline Winkler geb. Vogler, 43 J. 1 M. 5 T. Werner, S. unehelich, 6 M.

Sudenburg, 19. September.

Aufgebote: Buchdrucker Artur Otto Illinger mit Anni Harbey. Arbeiter Friedrich Schätzle mit Berta Maria Luise Köhler.

Geburten: Kurt, S. des Kaufmanns Kurt Kießling. Otto, S. des Formers Otto Röver. Erwin, S. des Konditors Franz Krause.

Todesfälle: Schlosser Paul Seiberlich, 43 J. 8 M. 7 T. Hedwig, T. des Arbeiters Lorenz Skrzipczyk, 3 M. 19 T. Ida geb. Schröder, Ehefrau des Arbeiters Friedrich Gebert, 20 J. 10 M. 27 T.

Buckau, 19. September.

Aufgebot: Kaufmann Hermann Möbes mit Lona Werner.

Todesfälle: Elisabeth, T. des Arbeiters August Herm, 4 T. Marie geb. Wille, Ehefrau des Schmieds August Fabian, 52 J. 2 M. 21 T.

Neustadt, 19. September.

Aufgebot: Schlosser Ernst Willi Mölle mit Wilhelmine Kösling.

Eheschließung: Schlosser Gustav Dietze mit Berta Henning.

Geburten: Hedwig, T. des Arbeiters Albert Döring. Elsbeth, T. des Arb. Erich Voigt. Hildegard, T. des Versicherungsbeamten Willi Görsch.

Todesfälle: Erwin, S. des Eisenbahnarb. Ernst Niewerth, 25 T. Eisendreher Albert Ziepel, 47 J. 5 M. 14 T.

Salbke.

Aufgebot: Bezirksschornsteinfegermstr. Karl Richard Töpel in Magdeburg mit Elise Marie Stecher hier.

Eheschließung: Glaser Hermann Oskar Förtsch in Buckau mit Antonie Emilie Schrader hier.

Geburten: Rudolf Erich, S. des Fabrikarbeiters Wilhelm Meier. Fritz Max, S. des Fabrikarbeiters Hermann Königstein in Westerhüsen.

Aschersleben.

Geburten: S. des Schneiders Wilhelm Sprengler. T. des Schmieds Albert Fricke. T. des Arbeiters Friedrich Jahns.

Todesfälle: Schachtaufseher Christian Bindseil, 58 J. 3 M. 21 T. Ehefrau Luise Schuster geb. Goepke, 41 J. 10 M. 19 T. Ehefrau Helene Müller geb. Freytag, 61 J. 6 M. 12 T. Rentiere Nanni Haller, unverehel., 60 J. 11 M. 18 T. Willi, S. des Arbeiters Franz Döring, 11 T.

Schönebeck.

Aufgebote: Zimmermann Otto Ebeling mit Anna Scheer. Fabrikarbeiter Ernst Nimsky mit Emilie Hoyer geb. Dieme. Maschinenschlosser Karl Hörning in Groß-Salze mit Pauline Becker hier. Arbeiter Stephan Kolata hier mit Berta Agnes Balzer in Bernburg.

Eheschließungen: Bäcker Otto Heinemann mit Luise Große. Kupferschmied Willi Göhre mit Helene Michel.

Geburten: Luise, T. des Kutschers Heinrich Bruse. Helene, T. des Fabrikarbeiters Karl Scharmacher. Herta, T. des Kaufmanns Paul Geffert. Karl, S. des Fabrikarbeiters Eduard Petzold.

Todesfälle: Ernst, S. des Streckenwärters Gustav Schellhase, 2 M. Tapezier- und Sattlermeister Eduard Müller, 62 J. Totgeb. S. des Eisenbahngehilfen August Schubotz.

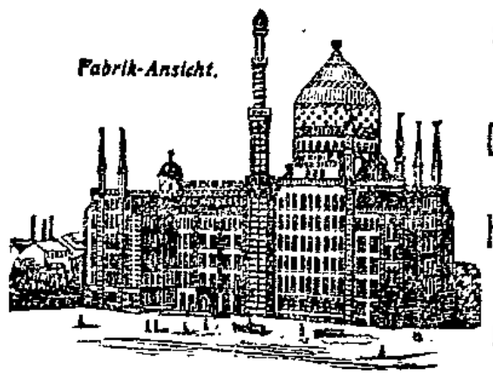
Staßfurt.

Aufgebot: Dachdecker Franz Herbst in Leopoldshall mit Ida Hesse hier.

Geburt: T. des Arbeiters Hermann Vorstadt.

Sind Sie Cigarettenkenner?

Dann sind die Nachahmungen der **Salem Aleikum** für Sie wertlos.
Einen wirklichen Genuss haben Sie nur von der echten. Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Stempel täuschen und überzeugen Sie sich, dass der Druck auf der Hülse lautet: M 134



Salem Aleikum Nr.
Orient. Tab.- & Cigart.-Fabr. Yenidze, Inh. Hugo Zietz, Dresden.
Preise:
Nr. 3½ 4 5 6 8 10
3½ 4 5 6 8 10 Pfg.

„Ich litt seit 3 Jahren an gelbl. Ausschlag, mit furchtbarem
Hautjucken.
Als ich noch nicht die Hälfte Ihrer Zucker's Patent-Medizinalseife aufgebraucht hatte, war der Ausschlag mit dem Jucken vollständig beseitigt. H. Sch., Polizei-Sergeant in T." a Stck. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugehörige Zucooh-Creme 75 Pf. u. 2 M., ferner Zucooh-Seife (mild) 50 Pf. und 1.50 M. In der Löwen-, Engel- u. Viktoria-Apotheke, bei G. Hubert, Jakobst. 16, Hennenberg & Co., Wilhelmstraße 19, Hans Eger, Breiteweg 188, J. F. Baum, Breiteweg 19, R. Wirth Nachf., Breiteweg 137, A. Löschbart, Breiteweg 265, Kaesebier & Ulrich, Gr. Münzstraße 19, Gebr. Polack Nchf., Breiteweg 267, Hugo Starkloff, Halberstädter Str. 113 und Diesdorfer Str. 25, Adolf Haeuber Nchf., Buckau, sowie in sämtlichen Apoth., Drog. u. Parf. erhältl. Nichts and. aufred. lassen. Es gibt dafür keinen Ersatz! 2752

Rauht Engelhardt Cigaretten
überall erhältlich
LEUCO, Gold 2 Pfg., CATO, Gold 3 Pfg., LUX, 3 Pfg., MANETO, 4 Pfg., LEO, Gold 4 Pfg., MAZEPPA, 5 Pfg.
Das Beste vom Besten!
2721

Möbel für Brautpaare
liefert billig und gut die
Möbeltischlerei von
G. Meinicke
Großes Lager Marstallstraße 7. — Große Auswahl.

Den schönsten Fuß
bodenanstrich erzielt man mit Pranges Bernstein-Oellack mit Farbe. Derselbe trocknet über Nacht steinhart auf ohne nachzukleben, besitzt vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pfd. = 1.50 Mk., 5 Pfd. = 3.50 Mk., 10 Pfd. = 6.50 Mk. inkl. Büchse, ausgewogen 1 Pfd. 65 Pf., bei 5 Pfd. à 60 Pf., sowie sämtliche Lacke, Farben, Pinsel usw. in anerkannt besten Qualitäten zu billigsten Preisen.
Erwin Prange Erstes Spezialgeschäft a. Platze
2583 29 Berliner Straße 29

Apfel und Birnen 2 Pfd. 15 Pf.
Paul Mertens, Hohe Str. 11.

Schulartikel empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Billiger als jede
Tapeten-Auktion
verschleudern wir jetzt, um Platz für neue Ware der Saison 1911 zu schaffen, alle noch vorhandenen Küchen- und Zimmer-Tapeten
zu nur 4 Preisen!
Serie I Jede Rolle kostet 14 Pf.
ganz gleich, ob der Wert der Tapete 18, 20, 25 Pf. ist
Serie II Jede Rolle kostet 17 Pf.
ganz egal, ob die Tapete einen Wert von 28, 30, 35 Pf. hat
Serie III Jede Rolle kostet 23 Pf.
ohne Rücksicht darauf, ob die Tapete 40, 45, 50 Pf. wert ist
Serie IV Jede Rolle kostet 28 Pf.
uns ist es gleich, wenn der Preis für die Tapete sonst auch 60, 70, 80 Pf. und höher ist
Tapeten-Rester zu Spottpreisen!
Sämtliche Tapeten sind von bester Qualität, aus eigner Fabrik und sind die Rollen ca. 8 Meter lang wie überall. — Kein Hausbesitzer, kein Mieter versäume dieses wahrhaft konkurrenzlose Angebot in
Cremers Tapetenhaus, Gr. Münzstraße 2
Feinste Fußbodenlackfarbe 2-Pfd.-Büchse 1.20
Wanzentod Flasche 60 Pf.

Burg 2904 Burg
Nähmaschinen-Reparaturen!
Reparatur. an Nähmaschinen aller Systeme, auch Spezialmaschinen werden sofort und fachgemäß in unsrer Werkstatt ausgeführt. Ersatzteile und Nadeln zu unsern Maschinen sowie Garne, Seide und Maschinenöl halten stets zu mäßigen Preisen auf Lager.
Singer Co. Nähmaschinen-Akt.-Gesellsch. Schartauer Straße 37.

Burg!
Leder-Ausschnitte, Schäfte, Werkzeuge, Artikel für Schuhmacher und alle Arten Einlegesohlen empfiehlt 2918
Gustav Götze.

Burg Burg
Große Auswahl in
Hochmod. Schürzen
finden sie stets bei
Wilhelm Felsche.

6 Fenster Gardinen
ganz neu, spottbillig 895
Breiteweg 255, III, bei Ziemer.

Waschen Sie schon mit
Kluges 2718
Seifensalmiak?

50 Mark Wochenlohn
oder 50—60% Provision
erhält jeder, der den Vertrieb meiner weltberühmten und konkurrenzlos. Aluminiumschilder und -waren übernimmt, darunter letzte Neuheit, u. konkurrenzlose Weihnachtsartikel. Vertretung wird auch als Nebenbeschäftigung übertragen. — Aluminiumwaren sind spielend leicht verkäuflich. Auskunft und Muster gratis. Es versäume daher niemand, anzufragen. Postkarte genügt. Adresse:
Schilderfabrik
Post Erbach i. Westerwald.

Maschinenstopferinnen
sofort gesucht 2992
Sacklagerschuppen Güterbahnhof Neue Neustadt

Konsum-Verein
für Magdeburg und Umgegend, eingetr. G. m. b. H.
Mittwoch in unsern Lagern
Frische Seefische
Pfund 20 Pf.
Ende der Woche ankommend: 8008
Feinste Zuckerkartoffeln
Feinste Magnum bonum.

Globin
bester Schuhputz
gibt Schuh u. Stiefel schönsten Glanz
erhält das Leder weich u. ganz.
In grossen Dosen a 20 Pfg.
überall erhältlich

Oeffentliche politische Versammlungen.

Der Sozialismus in Deutschland und Amerika

Ueber dieses Thema spricht Genosse

Vahlteich (Nordamerika)

Mittwoch den 21. September, abends 8½ Uhr, in Neue Neustadt im Weissen Hirsch, Friedrichsplatz 2

Donnerstag den 22. September, abends 8½ Uhr, in Sudenburg in der Zerbster Bierhalle, Schöninger Straße 28

Freitag den 23. September, abends 8½ Uhr, in Buckau in der Thalia, Dorotheenstraße 14.

Des Kaisers Zivilliste und des Volkes Lebenshaltung

Ueber dieses Thema spricht Genossin

Wilhelmine Kähler (Dresden)

Freitag den 23. September, abends 8½ Uhr, in der Alten Neustadt in der Krone, Moldenstraße 43/45. 2699

Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, für den Besuch der Versammlungen recht lebhaft zu agitieren. **Der Einberufer.** Fr. Henneberg, Magdeburg, Hohepfortestraße 63.

Oeffentliche politische Versammlung.

Die Genossinnen 2699

Klara Zetkin (Stuttgart) und Wilhelmine Kähler (Dresden)

reden

am Mittwoch den 21. September, abends 8½ Uhr, im Saale des „Sachsenhofs", Gr. Storchstraße 7,

in einer

Öffentlichen Frauenversammlung

Auch Männer sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Die Einberuferin. Dorothee Kaßner, Magdeburg, Königsborner Weg 5.

Meiner geehrten Kundschaft hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich meine Fleischerei mit dem heutigen Tage dem Fleischermeister Herrn **Reinhold Hätzer** übergeben habe. Für das mir bewiesene gütige Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dasselbe auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen. 3002

Hochachtungsvoll

Emil Herrmann

Fleischermeister.

Bezugnehmend auf obige Annonce die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage die Fleischerei von Herrn **Emil Herrmann, Dorotheenstraße 13,** übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meiner werten Kundschaft nur gute und reelle Ware zu liefern und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Reinhold Hätzer

Fleischermeister.

Möbelfuhren

mittels offnen od. verdeckt. Wagens werden prompt u. gewissenhaft bei billig. Berechnung ausgeführt durch **Ernst Funke, Buckau** Nordstraße 7 — Fernspr. 1757

Küchenzettel der Magdeburger Volksküche Große Marktstraße 12.

Mittwoch: Wirsingkohl mit Rindfleisch.

Frauen-Speisesaal parterre.

2692

Wollen Sie **gute** Pianos kaufen? Grosse Auswahl jedes Stück **2 Mark** finden Sie **Dreiengelstraße 1.**

Zur Messe!

Sind wie alljährlich auf der diesjährigen Messe an den bekannten Plätzen mit unsern **Würstchen**

„Echte Winkler".

Wir bitten, unsre Marke zu beachten und wünschen unsern Freunden und Gönnern guten Appetit = = =

Hochachtungsvoll 2994

Karl Winkler, Gesellschaft

Oeffentliche politische Versammlungen!

Donnerstag den 22. September 1910, abends 8 Uhr,

in Quedlinburg

im „Kaiser Friedrich". 2997

Freitag den 23. September, abends 8 Uhr,

in Thale

in der „Grünen Tanne".

Tagesordnung:

Gottgewollte Abhängigkeiten, Himmelsinstrumente und Menschenrechte. — Referent: — Reichstagsabg. **Karl Severing** (Bielefeld).

Die Versammlung in Quedlinburg wird sich weiter noch mit dem Unfug, den der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hierorts mit seinem Arbeitsnachweis treibt, beschäftigen.

Freie Diskussion für jedermann.

Kein Arbeiter darf in diesen Versammlungen fehlen!

Der Einberufer.

Verband d. Maler, Lackierer u. Anstreicher

Filiale Magdeburg.

Mittwoch den 21. September, abends Punkt ½9 Uhr, im Saale des Restaurants von Ed. Holtz, Tischlerkrugstr. 22

Außerordentliche Versammlung

Tagesordnung:

Die Arbeiterkämpfe der Gegenwart

Referent: Landtagsabgeordneter **Leinert** (Hannover).

Diskussion.

Sämtliche Kollegen Magdeburgs sind hierzu eingeladen.

2995 **Die Ortsverwaltung.**

Kino-Salon Aschersleben, Düsteres Tor 6

Heute Dienstag Programmwechsel. 2570

Fahrräder

neuestes unter Garantie lieferungsfähig, schnell u. preiswert. Lager u. Anfertigung sämtlicher Ersatz- u. Zubehörteile. Emaillierung u. Vernickelung.

R. O. Müller, Blasebeilstraße 8.

Raucht **Maldiva-** Zigaretten! 734

Geübte 2999

Zigarrenkisten-Bekleberin

findet bei gutem Lohn dauernde Stellung bei

Gottlob Nathusius

Altes Brücktor 8—10.

Singer-Nähmaschine, tadellos nähend, f. 12 Mk. z. verkaufen **Göke,** Goldschmiedebrücke 5, v. I r.

Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet.

Frau Pätzold, Plätterin

Neustadt, Angerstraße 3 b.

Gummiwaren Damenbinden Irrigatoren etc. kaufen Damen am ungeniertesten **Alte Markt 17** Hof rechts parterre.

Maurer

900

werden noch eingestellt **Neubau Salbke,** Neuer Ottersleber Weg. Zu melden beim Partier **Schlee.**

Konsumverein für Quedlinburg u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Wir empfehlen in unsern **Warenabgabestellen Thale, Brückenstraße,** und **Quedlinburg**

Frische Bratschollen.

Donnerstag früh eintreffend.

Unser Geschäftsjahr schließt am 30. September. Sämtliche Marken müssen spätestens am 1. Oktober umgetauscht werden. Wir ersuchen unsre Mitglieder, aufgesammelte Marken schon jetzt an an den ersten drei Tagen der Woche abzuliefern. 2559

Der Vorstand.

Leih-Haus

Adolph Michaelis

Apfelstraße 16, I.

(Gegr. 1881) 2709

Höchst-Beleihung

jeder Wertsache.

Strengste Verschwiegenh

Musik!

Konzerte, Bälle ꝛc. von der kleinsten bis größten Besetzung werden preiswert und gut ausgeführt vom

Magdeburger Orchester

Gefl. Aufträge **nur** an Capellmstr. **Br. Schrader,** Grünearmstraße 4. Telephon 5375.

Imbiß-Halle

Alte Ulrichstr. 10

Bringe meine ff. Küche sowie gut gepflegte hiesige und fremde Biere in empfehlende Erinnerung.

Hermann Bensing.

Kalte und warme Speisen bis nachts 2 Uhr zu haben. 2793

Eldorado 2685

Große Junkerstraße Nr. 12

Jeden Abend 8 Uhr

Varieté und Kabarett

Damen-Ringkampf.

Vormittags 11 Uhr: **Matinee.**

Vorzugsbillett

Vorzeiger der Annonce zahlen im

Kaiser-Theater

Montag Mittwoch Sonnabend — **Kinder 5 Pfg.** — **Erwachsene 15 Pfg.** 2697

Programmwechsel Dienstag und Freitag.

ZENTRAL-THEATER

Das wunderbare, von Publikum und Presse glänzend beurteilte

Attraktions-Programm!

Alles lacht und jubelt!

Paul Sandor 2690

Schneider-Duncker in seinen glänzenden Schlagern, u. a. **Der Schatz vom Kaiser-Wilhelm-Platz.**

≡ 3 Lottos ≡ das spannende, urkomische Fußballmatch per Rad.

Der berühmte Illusionist **Thorn** mit seinen sensationellen Novitäten.

Alles staunt!

Dr. Angelos lebender Marmor und weitere 5 Schlager.

Stadt-Theater.

Mittwoch den 21. September Anfang 7½ Uhr. 2. Abend (hellgrüne Karten). Ende nach 10½ Uhr.

Nathan der Weise.

Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.

Donnerstag den 22. September

Martha.

Die nächste Aufführung der Lustspiel-Novität **Das Konzert** findet am Sonnabend den 24. September statt.

Wilhelm-Theater

Mittwoch den 21. September Großer durchschlagender Erfolg! Neue prachtvolle Ausstattung!

Zigeunerliebe.

Donnerstag den 22. September

Zigeunerliebe.

Freitag den 23. September

Der Graf von Luxemburg

Sonntag, nachmittags

Wiener Blut.

Zur güldenen Rose

Breiteweg 57.

Täglich:

Gr. Freikonzert.

Von 11 Uhr an:

Matinee.

Bitte um fleissigen Besuch 2671

Wilh. Lüdge.

Mittwoch 2717

Frische Wurst

A. Weber Nachf.

R. Dedlow, Schöneckstr. 9.

Wohin gehen wir heute?

Alle zum

Fürstenhof-Theater

Müller-Liparts Varieté- und Volks-Theater

Eing. Prälatenstr.

Anfang 8¼ Uhr

Die Tochter des Brandstifters übern großen Teich zurück.

Dazu der neue Spezialit.-Spielpl. (10 Num.), anerk. reichh. Spielpl. Vorzugskart. gelten u. sind gratis in d. Expedition d. „Volksstimme", Große Münzstraße 3. zu haben.

Messe 1910

Neues Programm!

Täglich 5 große Vorstellungen

Anf. 3, 4½, 6, 7½ u. 9 Uhr.

Walhalla-Theater

Noch nie dagewesener sensationeller Erfolg!

Halloh!

Die große Revue

von J. Freund.

Musik von P. Lincke.

In Szene gesetzt v. Direktor **Fritz Steidl.** 2683

Stephanshallen

— Dir. Rich. Froherz. —

Abends 8 Uhr 2682

Varieté-Vorstellung.

Streng gezentes Programm für Familien-Publikum.

Kauft nur 27

Kremmlings Nährzwiebac

Danksagung.

Für die vielen Beweise h licher Teilnahme bei dem gräbnis unsrer lieben unverg lichen Tochter

Marta Försterling

sagen wir allen Freunden, kannten, Hausbewohnern und d Klub Fidelion unsern herzlich Dank. Besonders danken wir d Herrn Pastor Kurau für trostreichen Worte.

Die tiefbetrübten Eltern Großeltern, Geschwister, Schwager und Schwäger

---

Todesanzeige.

Am 19. d. M., nachmittags 4 Uhr, starb unser langjähriges Vorstandsmitglied

Friedrich Strobach

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 3 Uhr statt.

Die Verwaltung des Konsumvereins Barleben

e. G. m. b. H. zu Barleben.

Sozialdemokratischer Verein Neuhaldensleben-Wolmirstedt

Bezirk Barleben.

Nachruf.

Am Montag den 19. d. M. starb nach langem Leiden im 31. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit Genosse

Friedrich Strobach.

In ihm verlieren wir einen langjährigen, tätigen Genossen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. 3000

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

Todesanzeige.

Am Montag nachmittag 4 Uhr verstarb plötzlich und unerwartet mein herzensguter Mann, unser treusorgender Vater, der Schlosser 3

Gustav Meyer

im 46. Lebensjahr. Tie zeigen an die tiefbetrübten Hinterbliebenen

Sophie Meyer geb. Sandun nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 5 Uh vom Trauerhaus, Lemsdorf Ottersleber Str. 10, aus statt

---

Todesanzeige

Montag nachmittag 4 Uh starb nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder und Schwager, der Heizer

Wilhelm Friese

in Olvenstedt im 56. Lebensjahre. Dies zeigen an mit der Bitte um stilles Beilei

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 3½ Uh vom Trauerhaus, Olvenstedt Magdeburger Str. aus stat